

Informationen  
der Stadt



## Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 16. Mai 2015

Im Rahmen der Bürgerfrageviertelstunde wurde nach dem aktuellen Sachstand der geplanten Bebauung eines Teils des Klinikparks gefragt. Dort soll laut Landkreispänen eine Erweiterung der Kreisklinik entstehen, unter anderem mit einer Station für psychisch Erkrankte. Bürgermeister Klaus Heilinglechner berichtete, er sei noch nicht offiziell von dem Vorhaben unterrichtet worden. Solange könne er hier auch noch kein Statement abgeben.

Weiter informierte sich ein Bürger nach den weiteren Arbeiten am Ufergrün am Walseerweg. Auf der östlichen Seite sehe es noch „wie auf einer Baustelle“ aus. Heilinglechner erklärte ihm, laut einer Auflage des Landratsamts dürfe dort nur Magerrasen entstehen. Eine angelegte Grünfläche sei nicht vorgesehen. Er werde sich jedoch erkundigen, ob man die Stelle nicht verschönern könne. Auch lud er den Bürger ins Rathaus ein, um sich selbst von den Auflagen des Landratsamts zu überzeugen.

Kritisiert wurde der Mahler-Bus, der etwa 25 Mal pro Tag die Königsdorfer Straße entlangfähre, ohne Fahrgäste unterwegs ein- oder aussteigen zu lassen. Das sei doch in Zeiten, in denen auch der Bürgermeister aus ökologischen Gründen ein E-Fahrzeug fahre, nicht sinnvoll. Laut Bürgermeister Heilinglechner habe die Stadt hier jedoch keine Gestaltungsmöglichkeiten. „Auch wenn die Firma Mahler nichts dagegen hätte, auch die anderen Bushaltestellen auf der Route zu bedienen“, erklärte er. Dies widerspreche einfach dem Vertrag mit dem RVO.

Über den Zustand an den Wertstoffinseln in Wolfratshausen beklagte sich eine Bürgerin. An den „chronisch überfüllten Stationen“ könnten die Wolfratshausener ihre Wertstoffe einfach nur noch in Plastiktüten daneben stellen. Laut Heilinglechner ist dieses Problem der Stadt und auch dem Landkreis bekannt. Allerdings hat die WGV Recycling-Wertstoffgewinnungs- und Vermarktungs GmbH in Quarzbühl die Betreuung der Wertstoffinseln aus der Hand gegeben. „Das ist eine vertragliche Geschichte“, erklärte er. „Solange ein Vertrag läuft, ist es immer schwer, etwas zu ändern.“ Die Wolfratshausener Kreisräte wollen das Thema aber in der nächsten WGV-Sitzung ansprechen.

### ● TOP 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner begrüßte die Räte zur Sitzung, entschuldigt fehlten Claudia Drexler (CSU) und Peter Plöb (CSU).

Seit der vergangenen Sitzung konnte eine ganze Reihe Stadträte Geburtstag feiern: Peter Plöb (CSU, 23.4.), Fritz Meixner (SPD, 14.5.), Renate Tilke (CSU, 17.5.), Fritz Schnaller (SPD, 25.5.), Kathrin Gschwendtner (BVW, 27.5.) und Peter Ley (BVW, 11.6.)

### ● TOP 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 21. April 2015

Die von Dr. Hans Schmid (Grüne) in der vergangenen Sitzung geforderten Korrekturen wurden durchgeführt. Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.

### ● TOP 3: Schulentwicklungsplanung hier: Voranfrage an die Regierung von Oberbayern auf Zusammenlegung der Mittelschulen Wolfratshausen und Waldram

Sachverhalt: In mehreren Zusammenkünften von Vertretern der Fraktionen, sowie im Einzelfall unter Hinzuziehung der Schulleiter, Vertreter des Schulamts und der Verwaltung wurde das Thema „Schulentwicklung in Wolfratshausen“ besprochen und von allen Seiten durchleuchtet. Im Rahmen des Treffens am 22. April 2015 wurde gemeinsam auf der Grundlage der Ausarbeitungen von Fritz Meixner ein Vorschlag an den Stadtrat zur weiteren Planung erarbeitet, der allen Mitgliedern des Stadtrats vorliegt.

Dieser Vorschlag erfordert als erste Maßnahme eine Voranfrage über des staatlichen Schulamts Bad Tölz-Wolfratshausen an die Regierung von Oberbayern auf Zusammenlegung der beiden Mittelschulen Wolfratshausen und Waldram an der Schule am Hammerschmiedweg. Wenn der Stadtrat beschließt, diese Voranfrage zu stellen und eine Zusammenlegung von der Regierung von Oberbayern befürwortet wird, können weitere Planungsschritte erfolgen.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner erläuterte, der Arbeitskreis Schulentwicklung habe die Schullandschaft in Wolfratshausen durchleuchtet. Dabei sei herausgekommen, der Schulstandort Mittelschule Waldram sei weniger zufriedenstellend. Die Klassen 5 bis 9 seien nur noch einzügig, Wahlmöglichkeiten könnten in Waldram nicht ermöglicht werden. „Zugleich steht die Sanierung der Hammerschmiedwegschule an“, fügte er hinzu. Der Arbeitskreis hatte daraus folgernd verschiedene Planungsvarianten entwickelt, das Schulamt Tölz hat sich auf Variante 2 verständigt. „Der Stadtrat muss jetzt beschließen, ob er grundsätzlich eine Zusammenlegung der Mittelschulen wünscht. Im Anschluss werde eine Voranfrage an die Regierung von Oberbayern gestellt, ob diese der Zusammenlegung zustimmt. Danach könnte man in die Planungen einsteigen.“

Kritisch sieht das Vorhaben BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller. „Die Schülerzahlen sind ja eigentlich eher rückläufig. Doch trotzdem wird das wohl der richtige Weg sein“, räumte er ein. In den Fachausschüssen wolle er den zeitlichen Ablauf der Zusammenlegung und die geschätzten Kosten vorgelegt bekommen. Bürgermeister Heilinglechner meinte dazu: „Die Prognosen bis 2019 sagen eine beständig gleich hohe Zahl an Schülern voraus.“

CSU-Fraktionsvorsitzender Günther Eibl versicherte, dass die Fraktion das Vorhaben nicht anzweifelt. Es müsse jedoch allen klar sein, dass mit diesem Projekt hohe Kosten auf die Stadt zukämen. Mit der Sanierung der Waldrammer Schule habe man ja schon leidvolle Erfahrungen gemacht. „Wir müssen mit unserem Haushalt vorsichtig sein“, warnte er.

Heinz-Walter Daffner (BVW) ist sich sicher, dass der Arbeitskreis eine gute Lösung gefunden hat. Damit würde für die Mittelschüler ein breit gefächertes Bildungsangebot ermöglicht. Und Sibylle Ulbrich (Grüne) fügte hinzu, dass die mei-

sten Schulen bereits fusionierten. „Es ist nur umsichtig, wenn man das jetzt in Wolfratshausen auch so macht.“

Nicht überzeugt ist Dr. Manfred Fleischer (CSU). Ihm gehe es aktuell einfach zu schnell. Auch schmerze ihn die bereits getätigte Investition in Höhe von rund 11 Millionen Euro in die Waldrammer Schule, wenn nach dem Umzug dann fünf bis sechs Räume leer stünden. Eine Ganztagesesschule aus der Waldrammer Schule zu machen, gefällt ihm nicht. Da sollte man vorher dringend mit den Eltern sprechen. Und dann befürchte er einen daraus entstehenden Schultourismus. Sicher sei die Variante 2 eine gute Diskussionsgrundlage, doch vorher sei noch einiges zu klären. „Es ist schon gut, wenn man seine Hausaufgaben macht. Aber nicht wenn man ein Streber ist, Herr Meixner“, sagte er. Wenn er eine Kostenschätzung vorliegen hätte, täte er sich mit dem Beschluss wahrscheinlich leichter.

„Wenn Sie die Unterlagen gelesen hätten, dann hätten sich einige Ihrer Anmerkungen erledigt“, stellte Meixner fest. In der Bildungspolitik jage nun mal eine Reform die andere und Waldram war damals als Hauptschule geplant worden. Mit Beendigung der Sanierung war dann die Mittelschulreform fertig. Viele leer stehende Räume erwartet er in Waldram durch die Schulzusammenlegung nicht, zudem empfehle das Schulamt den Grundschulen, entwicklungsfähig zu sein. Ebenfalls vom Kultusministerium gewünscht seien Ganztagsangebote. „Das entspricht der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung“, führte er aus. Die städtischen Angebote zur Kinderbetreuung wie Hort und Mittagsbetreuung seien schon jetzt „proppevoll“. Doch die Vereinbarkeit von Beruf und Schule sei eben ein harter Standortfaktor für eine Kommune geworden. „Ein Ganztagszug bedeutet übrigens nicht, dass die ganze Schule Ganztagsunterricht hat, sondern nur ein Klassenzug von den Klassen 1 bis 4“, so Meixner. Und Schultourismus gebe es in Wolfratshausen auch jetzt schon, so würden täglich 30 Kinder vom Hammerschmiedweg nach Waldram gebracht. Die Fachräume, die für die Sanierung der Waldrammer Schule extra geschaffen worden sind, könnten weiterverwendet werden. Die Schulküche und den Computerraum nutzen dann auch die Grundschüler. Und die gute Einrichtung des Werk- und Kunstraums könne umgezogen werden. „Natürlich muss man die Kosten im Blick haben“, räumte er ein. Doch die seien bei einem Großvorhaben ja immer vorab zu klären. Vor der Kostenschätzung müsste das Vorhaben jedoch erst einmal mit den Fachbehörden abgestimmt werden. „Vielleicht weiß das Kultusministerium ja etwas, was wir noch nicht wissen. Wir brauchen ein gezieltes, planerisches Vorgehen.“ Manfred Menke (SPD) schlug Dr. Fleischer vor, rechtzeitig mit ihm den Elternbeirat in Waldram zu informieren.

Ärgerlich über die entstandene Kostendiskussion zeigte sich Dr. Ulrike Kruschke (BVW). „Natürlich müssen die so hoch sein, dass wir sie noch stemmen können“, stellte sie fest. Doch wenn nichts geschehe, dann trügen die Mittelschüler die Kosten, da sie nötige Unterrichtsangebote nicht wahrnehmen könnten. „Die Schulleiter haben uns geschildert, wie schwer der Unterricht aktuell zu planen ist und, dass die Schüler regelmäßig von Waldram in die Stadt gefahren werden müssen.“ Das koste auch Geld. Und schließlich seien „die Kinder der wichtigste Rohstoff“. Dr. Hans Schmid und Annette Heinloth (beide Grüne) betonten, dass jetzt nur der Beschluss für die Voranfrage gefasst werden müsse. Konzepte und Kosten würden im Anschluss diskutiert. „Es ist wichtig, dass die Kinder eine ordentliche Ausbildung bekommen“, betonte Schmidt.

Schließlich brachten die Räte den Grundsatzbeschluss für die Voranfrage mit zwei Gegenstimmen (Manfred Fleischer und Richard Kugler, beide CSU) auf den Weg. Beschluss: Die Stadt Wolfratshausen stellt über das Schulamt Bad Tölz-Wolfratshausen bei der Regierung von Oberbayern eine Voranfrage auf Zusammenlegung der Mittelschulen Wolfratshausen und Wolfratshausen-Waldram an der Mittelschule Wolfratshausen am Hammerschmiedweg ab Beendigung der Erweiterung der Schule am Hammerschmiedweg.

### ● TOP 4: Vorlage der geprüften Jahresabschlüsse 2013 a) Städt. Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH b) Stadtwerke Wolfratshausen

#### a) Städt. Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH

Nach Mitteilung der StÄWo vom 26. Mai 2015 ergeben sich aus dem Abschlussbericht folgende Feststellungen:

Der Jahresabschluss 2013 wurde von Julia Heinzmeier, Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin, 86551 Aichach, gesetzlich geprüft. Im Bericht vom 27.10.14 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. 2. Der Genehmigungsbeschluss (Aufsichtsratssitzung vom 10.12.14, Gesellschafterversammlung vom 10.12.14) lautet:

**Beschluss Aufsichtsrat:** Der Aufsichtsrat nimmt den vorgelegten Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsbericht 2013 sowie die Erläuterungen des Geschäftsführers zur Kenntnis. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 mit dem Lagebericht und den Erläuterungen ist von der durch den Aufsichtsrat bestellten Wirtschaftsprüferin Julia Heinzmeier, Aichach, geprüft worden. Sie hat den Bestätigungsvermerk uneingeschränkt erteilt. Der Prüfungsbericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung werden durch den Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss gebilligt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss in der vorgelegten Form festzustellen.

Der Aufsichtsrat hat den Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverwendung überprüft. Er schließt sich dem Vorschlag an, neben 10% des Jahresüberschusses (37.705,41 €) auch den gesamten Bilanzgewinn 2013 in Höhe von 339.348,78 € in die Gewinnrücklagen einzustellen. Der Bericht des Aufsichtsrates wird wie vorgelegt beschlossen. Er wird dem Originalprotokoll beigelegt.

#### b) Stadtwerke Wolfratshausen (Kommunalunternehmen) einschließlich Beauftragte der Vorstandsbezüge

Nach Mitteilung der Stadtwerke vom 27.05.2015 ergeben sich aus dem Abschlussbericht folgende Feststellungen:

Der Jahresabschluss 2013 wurde gemäß Beschluss des Verwaltungsrates durch den Wirtschaftsprüfer Herrn Prof. Dr. Schwarzmann von der SWMP GbR geprüft. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen sowie der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadtwerke Wolfratshausen erhielten einen Prüfungsbericht zur Kenntnisnahme. 2.

Der Verwaltungsratsbeschluss vom 27.11.2014 lautet wie folgt: Nach Durchführung der Abschlussprüfung wird der Jahresabschluss 2013 für die Stadtwerke Wolfratshausen gemäß § 27 Abs. 1 KUV festgestellt. Der Jahresgewinn des Jahres 2013 in Höhe von 302.444,75 € wird auf die neue Rechnung vorgetragen. Der Vorstand der Stadtwerke Wolfratshausen wird entlastet. Die Jahresabschlüsse wurden zur Kenntnis genommen.

#### ● TOP 5: Ortsrecht; hier: 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Musikschule Wolfratshausen

Die Änderungen sind wie folgt:

1. § 7 Nr. 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Die Leihfrist für Bücher und Sprachkurse beträgt 4 Wochen, für Zeitschriften und DVD's beträgt sie 1 Woche, für alle anderen Medien beträgt sie zwei Wochen.“
2. § 7 Nr. 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Die Benutzerin/der Benutzer kann alle Medien zweimal verlängern lassen, sofern keine Reservierungen vorliegen.“
3. § 8 Nr. 3 wird ersatzlos gestrichen.
4. Nr. 4 der Gebührentabelle wird im Aufzählungspunkt 4, Spiegelstrich 2 wie folgt neu gefasst: „Beschädigte oder verlorene Hüllen für CD oder DVD – 1,00 €“ Die neue Gebührensatzung wurde einstimmig beschlossen.

#### ● TOP 6: Ortsrecht – Büchereisatzung; hier: 1. Änderung

Die Änderungen sind wie folgt:

- § 6 erhält folgende neue Fassung: „(1) Tritt während des Schuljahres eine Vergrößerung oder Verkleinerung der Gruppen ein, so ermäßigt bzw. erhöht sich die Gebühr anteilig zu Beginn des auf die Vergrößerung oder Verkleinerung der Gruppe folgenden Monats. (2) Tritt während des Schuljahres eine Situation auf, die eine Veränderung der Bücherschuld bewirkt, z.B. durch Umzug oder Änderung der teilnehmenden Geschwister, tritt die Erhöhung bzw. Verringerung der Gebühr im Folgemonat der Veränderung in Kraft.“
2. In § 7 Abs. 3 wird der Ermäßigungssatz von 25% auf 50% erhöht.
  3. In § 7 wird folgender neuer Absatz 6 angefügt: „Senioren (Bezieher von Renten oder Pensionen) erhalten ab dem 65. Lebensjahr eine Ermäßigung von 25% auf den Vokal-/Instrumentalunterricht. Ausgenommen sind Großgruppen- und Ensemble-Fächer.“

Die neue Büchereisatzung wurde einstimmig beschlossen.

#### ● TOP 7: Projektgruppe Radroutenkonzept a) Sachstandsbericht b) Grundsatzbeschluss zur Radverkehrsförderung

Sachverhalt: Der Stadtrat hat im Mai 2009 die „Projektgruppe Radroutenkonzept“ bestellt und sie mit der Überarbeitung und Vertiefung des damals vorgelegten Konzeptes beauftragt. Entsprechend dem im Mai 2009 ausgegebenen Motto „mit dem Rad zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen und in die Freizeit“ konnten bisher zahlreiche Verbesserungen für den Radverkehr erreicht werden. Dies waren im vergangenen Jahr die Erneuerung, Erweiterung und Teilüberdachung der Abstellanlagen in Waldram und Farchet, der Neubau eines Radrastplatzes nahe dem Isarweg und die Erweiterung des Fuß- und Radweges am Märchenwald. „Ich finde es sehr bedauerlich, was mit unserem schönen Radrastplatz geschieht“, berichtete Susanne Leonhard, sie betreut die Projektgruppe im Rathaus. Nachdem er kurz nach Errichtung bereits mit Graffiti „verziert“ worden war, fehlen mittlerweile sogar Dachziegel.

Parallel wurde die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Radverkehr deutlich gesteigert: Seit 2010 erscheinen Artikel in jeder „WOR aktuell“, Workshop am 26.10.2010, Stand auf der ILOGA 2011 und 2013 mit Umfragen zu Radthemen in WOR, Teilnahme an Radaktionstag von Bündnis90/Die Grünen 2012 und dem Werbekreis 2014, Werbung für Fahrradklimatest des ADFC 2012 und 2014, Kontakt über die Homepage zu Bauhof (Schadensmeldung) und Fahrradbeauftragter Liste der von den Bürgern benannten „Radfahr-Themen, -Brennpunkte und -Schwachstellen“ mit zugehörigen Bearbeitungsständen in regelmäßig aktualisierter Fassung auf der Homepage. „Hier bitten wir die Bevölkerung, Hinweise zu konkretisieren. Also nicht nur über zu viele Schilder klagen, sondern konkret Schilder benennen, die abmontiert werden könnten“, schlug Leonhard vor.

Nach der Kommunalwahl 2014 wurde die Projektgruppe auch vom neuen Stadtrat wieder bestellt; ihr gehören nun Frau Beyer, Herr Daffner, Herr Fraas und Frau Heintloth als Vertreter ihrer jeweiligen Stadtratsfraktion, Herr Dr. Fleischer als Umweltreferent, Herr Grimmeiß und Herr Höber für die örtlichen Interessenvertretungen in Radverkehrsangelegenheiten und Frau Leonhard für die Stadtverwaltung an.

Im Oktober/November 2014 fand der 2. Fahrradklimatest des ADFC statt; diesmal haben sich aus Wolfratshausen 135 Teilnehmer gemeldet, 2012 waren es 82. Leider konnte die Stadt ihr Ergebnis von 2012 nicht halten; die an Schulnoten orientierte Beurteilung fiel insgesamt von 3,72 (damals= Mittelwert aller gelisteten Städte < 100.000 Einwohner) auf 4,0 (Mittelwert aller gelisteten Städte < 50.000 Einwohner= 3,6). Verbessern konnte sich die Stadt nur im Abschnitt „Komfort beim Radfahren“, bei den Fragen zum Fahrbelag, den Abstellanlagen, der Führung bei Baustellen, der Mitnahme im ÖPNV und dem Diebstahlschutz.

Am 03.06.2015 sind die datenschutztechnisch bereinigten Antworten aus der „offenen“ Frage eingegangen; sie sollen nun gründlich analysiert werden, da sie mehr Aufschluss über die örtlichen Probleme der Radfahrenden geben können, als die Antworten auf standardisierte Fragen.

#### Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern

Wie bereits mehrfach berichtet, zählt die Stadt Wolfratshausen zu den 38 Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK).

Gemäß den Vereinsstatuten sollen die Gründungsmitglieder innerhalb von vier Jahren nachweisen, dass sie die beschlossenen Aufnahmekriterien erfüllen. Erst dann wird durch das Innenministerium die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ verliehen. Die Einhaltung der Kriterien wird auch danach in regelmäßigen Abständen von sieben Jahren überprüft, um das ständige Bemühen um Verbesserungen hoch zu halten. Am 17.03.2015 reiste deshalb die Prüfungskommission bestehend aus Vertretern der AGFK, der Obersten Baubehörde und des ADFC Bayern zur sog. Vorbereitung an; zu dem Termin waren auch Vertreter der Verkehrsbehörden geladen.

Bereits im Vorfeld war für die Prüfungskommission sowohl von Seiten der Stadt (Projektgruppe) als auch durch den ADFC eine umfangreiche Ausarbeitung zu erstellen, in der anhand der einzelnen Aufnahmekriterien der aktuelle Stand in Wolfratshausen dargelegt wird. Der Besuch selbst unterteilte sich in die Präsentation der Stadt und Diskussion mit den anwesenden Vertretern der Stadt und der Fachbehörden am Vormittag im Sitzungssaal und die gemeinsame Rundfahrt am Nachmittag. Seitens der Kommissionsmitglieder wurden dabei teilweise bereits vor Ort Vorschläge für Verbesserungen bzw. neue Ansätze für Betrachtungen vorgetragen, die bis zur Hauptbereisung einer weiteren Prüfung unterzogen werden müssten.

Zurück im Rathaus gab die Kommission nach einer kurzen Beratung eine Einschätzung ab.

Positiv beurteilt wurden: das erkennbare Engagement für den Radverkehr in Politik und Verwaltung, aber auch den externen Behörden (Polizei, SBA, LRA); die Einsetzung einer Projektgruppe und deren konkrete Zusammensetzung; die Finanzausstattung für den Radverkehr; die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen; die Einbindung des ADFC bei der Bauleitplanung; das Fahrradtaxi und die Einbeziehung desselben in Aktionen der Stadt (z. B. Grüner Markt); Verbesserungen und Erweiterungen der Abstellanlagen;

Nachbesserungspotential wurde bei folgenden Themen gesehen: Homepage – wird derzeit ohnehin neu erstellt; Verkehrsrechtliche Beschilderung – hier gab es überraschende Vorschläge zur Ausweisung von gemeinsamen Fuß- und Radwegen, die nun im Einzelfall mit den Verkehrsbehörden zu diskutieren sind; Radverkehrsführung auf den Hauptverkehrsstraßen – ein Dauerthema zwischen der Stadt und den Verkehrsbehörden, das mit den Anregungen aus der Vorbereitung nun neu diskutiert werden kann; Nutzung neuer verkehrsrechtlicher Möglichkeiten – z. B. Ausweisung von Fahrradstraßen; Wegweisende Beschilderung – mehr Hauptwegweiser an den vorhandenen Strecken und auf möglichen Zuführungen; Öffentlichkeitsarbeit / Marketing, z. B. Teilnahme beim Stadtradeln nochmals versuchen.

Vor einer Anerkennung ist zwingend ein Grundsatzbeschluss zur Radverkehrsförderung und den Prinzipien der AGFK sowie zur Festlegung des angestrebten Modalsplit erforderlich. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass die Stadt Wolfratshausen nach Ansicht der Kommission bei Fortsetzung der derzeitigen Arbeit und unter Berücksichtigung der vorgenannten Anregungen Aussicht auf eine positive Hauptbereisung hat; als zeitlicher Horizont für einen Termin zur Hauptbereisung wurden ein bis zwei Jahre genannt.

#### Geplante Maßnahmen für 2015

1. Anbringung von Schutzstreifen in der Pfaffenrieder Straße: Im Zusammenhang mit der 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20A für die Erweiterung des BayWa Bau- und Gartenmarktes wurde neben der notwendigen Anpassung der Zu- und Ausfahrten auch über die Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger in der Pfaffenrieder Straße gesprochen. Von Beginn der Planung an hat die Stadt dabei für die die Fahrbahn kreuzenden Personen den Einbau einer Querungshilfe verlangt, die von der Firma BayWa zu errichten ist.

Die festgesetzte öffentliche Verkehrsfläche der Pfaffenrieder Straße verfügt über eine Gesamtbreite von 17,50 m, einschließlich beidseitiger 2,0 m breiter Gehwege. Die vorhandene Gehwegbreite reicht dabei nicht aus, um diese regelkonform für den Radverkehr frei zu geben; hierfür wäre eine Breite von jeweils mindestens 2,50 m zuzüglich 0,75 m Sicherheitstrennstreifen erforderlich. Der Grundstücks-, Bau- und Umweltausschuss hat sich in seiner Sitzung am 09.07.2014 dafür entschieden, die Führung des Radverkehrs auch zukünftig auf der Fahrbahn abzuwickeln, die Sicherheit aber durch die Markierung von beidseitigen, jeweils 1,50 m breiten Schutzstreifen zu erhöhen.

Da im Bereich der Ein- und Ausbiegespuren sowie auf den Schutzstreifen nicht geparkt werden darf, ist dieses zukünftig nur noch einseitig, in entsprechend markierten Bereichen möglich.

#### Abstellanlagen

Im städtischen Haushalt 2015 sind für die Erweiterung und Verbesserung von öffentlichen Fahrradabstellanlagen erneut 40.000 EURO eingestellt worden. Bedarf besteht nach wie vor in der Innenstadt hinsichtlich Überdachungen und bei Lademöglichkeiten für E-Bikes. Ein wichtiges Ziel außerhalb der Innenstadt ist das Stadion; hier sollen die Abstellanlagen nach und nach erneuert werden. Am Bahnhof ist ebenfalls der sukzessive Austausch der Abstellanlagen geplant, allerdings kann dieser Standort erst überarbeitet werden, wenn feststeht, welche Flächen bei einer Verlängerung der S-Bahn für Baustellen oder sonstigen Bedarf benötigt werden.

#### Bauliche Maßnahmen an Fuß- und Radwegen

Im Haushalt 2015 sind 85.000 € für den Ausbau des Fuß- und Radweges am Stadion eingestellt. Bei der Beschlussfassung wurde die Verwaltung gebeten, günstigere Varianten, z. B. auch eine Ausführung mit mineralischer Oberfläche, zu prüfen. Die Projektgruppe spricht sich hier jedoch im Sinne einer Radverkehrsförderung ausdrücklich gegen eine Verschlechterung der Wegequalität aus. Mit einer solchen müsste aber gerechnet werden, da bei mineralischen Oberflächen insbesondere der Winterdienst nicht adäquat durchgeführt werden kann.

#### Verschiedenes:

Frau Gleißl (Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Tourismus) bearbeitet federführend die Einführung eines neuen Besucherleitsystems; die zusätzliche Auschilderung von örtlichen touristischen Zielen soll die vorhandene Beschilderung der Radrouten ergänzen.

Der Fernradweg „münchen venezia“ verläuft in der Umgebung von Wolfratshausen auf dem Isaradweg und wird demnach statt des Fernradweges Bavarica-Tyrolensis ausgeschildert. Er verbindet Radgenuss und Alpenüberquerung bis zur Adria; auf Radwegen, Radrouten oder kleinen Nebenstraßen erleben aktive Genussradler drei Länder mit ihren Tourismusregionen und vielen herausragenden Natur- und Kulturschönheiten.

Die Stadt Wolfratshausen bereitet derzeit eine völlig neu gestaltete Homepage vor, auf der zukünftig das Thema „Radverkehr“ schnell zu finden sein soll.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

### Projekt 2015: Stadtradeln

Die Kampagne STADTRADELN findet heuer zum achten Mal statt und nächstes Jahr wollen wir auch dabei sein! Im Rahmen des Fahrradklimatests haben die 132 Teilnehmer die in Wolfratshausen praktizierte Werbung für den Radverkehr nur mit der Note 4,6 bewertet- und wie könnte man besser Werbung machen, als mit der Teilnahme an so einer Aktion?! Die „Spielregeln“ sind einfach, denn innerhalb eines Zeitraumes von 21 aufeinander folgenden Tagen zwischen dem 01. Juni und dem 15. Oktober, die von der Stadt festgelegt werden, sollen so viele Kilometer wie möglich mit dem Rad zurückgelegt werden. 2014 haben 283 Kommunen in Deutschland, 141 davon aus Bayern an dem Wettbewerb teilgenommen und dabei 5,1 Millionen Kilometer erradelt! Teilnehmen können: Mitglieder des Stadtrates, Bürgerinnen und Bürger, alle Personen, die hier arbeiten, einem Verein angehören oder eine Schule besuchen. Wir suchen daher ab sofort potentielle Teamkapitäne aus allen Lebensbereichen (Schulklassen, Firmen, Vereine, Organisationen, Politik und Verwaltung, aber auch Familien) mit denen bereits die Vorbereitung und die Auswahl des Zeitraumes abgestimmt werden könnten.

### Ausblick

**Stadtbus:** Am 21. April 2015 hat der Stadtrat beschlossen, dass der Stadtbus öfter, länger und auf einer neuen Route fahren soll. Im Einzelnen wird gewünscht: dass die Fahrzeiten von montags bis samstags bis auf ca. 20:30 Uhr ausgeweitet werden, im Berufsverkehr zwischen 6 und 9 Uhr sowie 16 und 19 Uhr zwei Busse im 20 Minuten-Takt eingesetzt werden; während der restlichen Zeit nur ein Bus im 40 Minuten-Takt, ein Rundkurs, abwechselnd im und gegen den Uhrzeigersinn, gefahren wird, der die Kanalbrücke in Verlängerung der Grubigsteinstraße nutzt. Damit es hier auf der Brücke nicht zu Gefährdungen der zahlreichen Fußgänger und Radfahrer kommt, sollen diese einen eigenen, 4 Meter breiten, für Radfahrer benutzungspflichtigen Weg und falls erforderlich auch eine zusätzliche Brücke erhalten.

**Befragung:** Die Stadt muss in der nächsten Zeit den bestehenden Modal Split, d. h. die Aufteilung des Binnverkehrs nach den verschiedenen Verkehrsarten ermitteln, um sich anschließend ein Ziel für den zukünftigen Radverkehrsanteil setzen zu können.

**Zum Grundsatzbeschluss:** Wie im Sachstandsbericht dargestellt, ergibt sich aus der Vorbereitung durch die AGFK die Notwendigkeit für verschiedene Beschlüsse; allen voran ist dies ein grundsätzliches Bekenntnis zur Radverkehrsförderung, der Beschluss zur Anerkennung der Ziele der AGFK und der Beschluss über eigene Ziele in diesem Bereich.

Die meisten Inhalte des gewünschten Grundsatzbeschlusses wurden bereits an anderer Stelle bzw. zu anderen Zeiten gefasst, so dass es sich überwiegend um eine demonstrative Zusammenfassung handelt; die Formulierung eines Zielwertes für den zukünftigen Modal Split in Wolfratshausen ist erst möglich, wenn der heutige Radverkehrsanteil ermittelt wurde.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wolfratshausen sind in vielfältiger Weise von den Folgen der starken Belastung der durch die Stadt hindurch führenden, in der Regel übergeordneten, Hauptverkehrsstraßen betroffen. Eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs ist kurzfristig nicht zu erreichen, da sich im Bereich der Planungshoheit der Stadt keine kostengünstigen Alternativstrecken abzeichnen. Die Möglichkeiten für eine mittel- bis langfristige Verkehrsverlagerung („Entlastungsstraße“) sollen ab der zweiten Jahreshälfte gesondert diskutiert werden; die bisher erstellten und bewerteten Untersuchungen wurden allen Mitgliedern des Stadtrates und für die Bürgerinnen und Bürgern auf der Homepage bereit gestellt. Aber die Bewohner der Stadt Wolfratshausen könnten auch selbst und bereits heute zu einer Verringerung der Gesamtverkehrsbelastung und damit mehr Lebensqualität beitragen, nämlich durch Änderungen im Binnenverkehr, also Fahrten innerhalb von Wolfratshausen. Dies kann etwa durch eine vermehrte Nutzung des Stadtbusse, aber auch durch mehr Nahmobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad/Pedelec erfolgen.

Voraussetzung dafür ist ein attraktives Angebot. Dieses zu schaffen, auszubauen und zu erhalten entspricht den bestehenden Zielen der Stadt im Hinblick auf Nachhaltigkeit und die angestrebte Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern bis 2035. Bezüglich des Stadtbusse hat der Stadtrat für die Neuausschreibung der Linien eine entsprechende Taktverdichtung und Verlängerung der täglichen Fahrzeit ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2016/17 bestellt. In Bezug auf die Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad setzt dies vor allem sichere und bequeme Wege sowie gute und zahlreiche Abstellmöglichkeiten an den bekannten Zielen voraus. Die Stadt hat hier in den vergangenen Jahren bereits große Investitionen getätigt. Neben den „harten“ infrastrukturellen Maßnahmen sind aber auch Information, Kommunikation und Werbung zur Schaffung und Förderung eines fußgänger- und fahrradfreundlichen Klimas erforderlich, wofür sich in Wolfratshausen nicht zuletzt die Projektgruppe kümmert.

Für die Formulierung konkreter Ziele hinsichtlich des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr ist die Feststellung des derzeitigen Modal Splits erforderlich; die notwendigen finanziellen Mittel sollen in den Haushalt 2016 eingestellt werden.

Großes Lob sprach BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller der städtischen Bauamtsmitarbeiterin Susanne Leonhard aus. Sie ist die treibende Kraft hinter dieser Projektgruppe. „Da sieht man, was möglich ist in einer kleinen Stadt.“ Auch Roswitha Beyer (SPD), Mitglied in der Projektgruppe, dankte Leonhard: „Sie leisten Hervorragendes.“ Den Bürgermeister fragte sie, wie er zu einem Antrag für eine Drückerkampel auf Höhe des Tengelmann in der Königsdorfer Straße stünde. Eine Querungshilfe sei hier ja nicht zu realisieren, da in der Nähe die geplante S-Bahn-Trasse verlaufen soll. Zwar verlasse die Freie Schule ihren Standort, doch werde dort ja Übergangswiese ein neuer Kindergarten geschaffen. Eine solche Ampel wäre an dieser Stelle eine gute Lösung. Dem stimmte der Bürgermeister grundsätzlich zu und forderte Beyer auf, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Arbeit der Projektgruppe lobte auch Dr. Manfred Fleischer (CSU), hier werde viel bürgerschaftliches Engagement aufgebracht. Die Impulse seien „wirklich gut“. Allerdings würden die Ergebnisse in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen, weswegen er verstärktes Marketing vorschlug.

Dr. Hans Schmidt hatte noch eine Bitte an die Projektgruppe beziehungsweise die Stadt. So müssten in Wolfratshausen eine Reihe von abgesehenen Bürgersteigen abgerundet werden. Heilinglechner bat ihm um eine Aufstellung der entsprechenden Bordsteine.

Das Prädikat „Fahrradfreundliche Kommune“ strebt Annette Heinloth (Grüne) an. Doch noch sei es sehr anstrengend, mit Kindern durch die Stadt zu radeln.

Einstimmig wurde beschlossen: a) Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht der Projektgruppe Radrouthenkonzept zur Kenntnis. b) Der Stadtrat stellt fest, dass die Förderung des Radverkehrs und der Nahmobilität wesentliche Bestandteile der Energiewende und Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensqualität in Wolfratshausen sind, sie sind bei allen Planungen der Stadt zu berücksichtigen. Als Ansprechpartner und Koordinator für Bürger, Behörden, Betriebe sowie innerhalb der Stadtverwaltung dient ein/e Radverkehrsbeauftragte/r, der/die vom Bürgermeister benannt wird. Für die Erarbeitung und kontinuierliche Weiterentwicklung eines konkreten Konzepts zur Förderung des Radverkehrs und der Nahmobilität wird eine Projektgruppe aus je einem Vertreter der Fraktionen bestellt, die vom Stadtrat namentlich beschlossen werden. Der Projektgruppe sollen außerdem die/der Umweltreferent, je ein Vertreter der örtlichen Interessensvertretungen und die/der Radverkehrsbeauftragte angehören. Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich die bisherige Mitgliedschaft in der AGFK Bayern und unterstützt deren Ziele, die alsbaldige Anerkennung als „fahrradfreundliche Kommune“ ist gezielt anzustreben. Im Haushaltsplan 2016 sind Mittel für die Ermittlung des derzeitigen Modal Split einzuplanen.

### ● TOP 8: Bewerbung der Stadt Wolfratshausen als „FAIRTRADE-Stadt“ hier: Bildung einer Steuerungsgruppe

Sachverhalt: Fünf Kriterien müssen erfüllt sein, um eine FAIRTRADE-Stadt zu werden:

Ratsbeschluss mit Ansprechpartner bei der Kommune, Bildung einer Steuerungsgruppe, Angebot von Fair Trade-Produkten im Einzelhandel und der Gastronomie, Angebot von Fair Trade-Produkten oder Veranstaltungen zum Thema Fair Trade in Schulen, Vereinen und Kirchen, Berichte der örtlichen Medien.

In der Stadtratssitzung vom 21. April 2015 wurde einstimmig der Beschluss gefasst, dass sich die Stadt Wolfratshausen für den Titel der „FAIRTRADE-Stadt“ im Rahmen der internationalen Kampagne von TransFair bewirbt. Jetzt muss eine lokale Steuerungsgruppe gebildet werden, die auf dem Weg zur „FAIRTRADE-Stadt“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Es müssen sich mindestens drei Vereine verschiedener Zielgruppen zu einer Steuerungsgruppe finden (z.B. ein Mitglied des Stadtrates, ein Vertreter der Städtischen Verwaltung, ein Vertreter eines Weltladens, ein Vertreter aus Kirche, Schulen oder den Vereinen). Sachstand: Zum „Weltladen“ besteht bereits Kontakt. Weiterhin angedacht ist, Kontakt zur lokalen Wirtschaft (UWW, LAW, Werbekreis) sowie zu den in Wolfratshausen ansässigen Schulen und kirchlichen Gemeinden aufzunehmen.

Einstimmig wurde Dr. Ulrike Krischke für die Steuerungsgruppe als Vertreterin des Stadtrates entsandt.

### ● TOP 9: Aussprache über das Presseinterview des Ersten Bürgermeisters vom 29. Mai 2015

Auf der Website der Bürgervereinigung veröffentlichte Bürgermeister Klaus Heilinglechner folgenden Brief:

„Auf Grund der Berichterstattung der Presse in den letzten Tagen möchte ich folgende Stellungnahme abgeben: Ich habe den Stadtrat weder belogen noch dem Gremium mit Absicht eine niedrigere Kostenschätzung vorgelegt als sie zum damaligen Zeitpunkt möglich gewesen wäre. Wie es zu meiner leider sehr unglücklichen Wortwahl anlässlich der UWW- Veranstaltung gekommen ist, möchte ich kurz skizzieren:

Am 08. Oktober 2014 wurden in der Haushaltsvorberatung zusätzlich zu den in den Vermögenshaushalten von 2012 und 2013 beschlossenen Mitteln von 110.000 Euro weitere 350.000 Euro für die Renovierung des Gebäudes am Untermarkt 10 bewilligt. Der Grund für diesen Beschluss war eine vorläufige Kostenschätzung durch die Verwaltung der Stadt Wolfratshausen, die sich aufgrund von Erfahrungswerten anhand der Quadratmeter Nettogrundfläche des Gebäudes berechnet. Ich wurde von der Verwaltung der Stadt zu diesem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass eine Kostensteigerung aufgrund der alten Bausubstanz auf uns zukommen könne, diese jedoch zum Zeitpunkt der Haushaltsberatung nicht definierbar sei. Somit konnte am 8. Oktober 2014 nur über die vorläufige Kostenschätzung von 460.000 Euro abgestimmt werden. Insofern habe ich – ahnend, dass eine Kostensteigerung wahrscheinlich ist – keine falschen Zahlen genannt: es waren die einzigen zu diesem Zeitpunkt belastbaren Zahlen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der vom 8. April 2015 berechneten Zahlen habe ich diese dem Fachausschuss am 6. Mai 2015 bekanntgegeben.

Da es sich beim Gebäude im Untermarkt 10 um ein denkmalgeschütztes Objekt handelt, kann erst nach einer detaillierten Kostenschätzung durch entsprechende Fachplaner eine genaue Investitionssumme genannt werden, wobei selbst dann immer noch das Risiko einer Baukostenmehrung von 30 Prozent besteht.

Kostensteigerungen sind leider in vielen kommunalen Bauvorhaben bittere Wahrheit, auch wenn die Verwaltungen, Bauausschüsse und die Stadträte möglichst alles tun, um dies zu verhindern. Insbesondere im Bereich der Bestandsgebäudesanierung passiert dies oft, wie wir es in der Vergangenheit schon mehrfach erleben mussten. Bei der Sanierung des Gebäudes Untermarkt 10 geht es vordringlich um die Instandsetzung des Gebäudes, unabhängig von der späteren Nutzung: Es ist seit mittlerweile rund 40 Jahren nicht nachhaltig saniert worden. Die Nutzung des Gebäudes als Mietobjekt für den Bürgerladen war nachrangig, und der fehlenden Nahversorgung in der Innenstadt geschuldet.

Dass das Projekt „Bürgerladen“ für viele Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, zeigt die Tatsache, dass bisher schon 260 Anteile gezeichnet wurden. Die derzeitige Verzögerung ist nicht durch die vorläufige Kostenannahme zu erklären, sondern beruht auf der Tatsache, dass ein großer Kostenpunkt auf das geplante, jedoch nicht zwingend notwendige Café/Bistro entfällt. Wenn man die zusätzlichen Installationen für Be- und Entlüftung, Abwasserbeseitigung und Gastronomieküchenanschlüsse nach aus der Kostenplanung herausnimmt, schrumpft die Investitionssumme. Wie Sie alle wissen, hat der Bauausschuss aus genau diesem Grund das Projekt zurück gestellt und der Gesellschafterrat des Bürgerladens hat unverzüglich ebenfalls darauf reagiert: das Café/Bistro wird gestrichen. Ich fände es sehr schade, wenn das Projekt „Bürgerladen – Nahversorgungssicherung in der Innenstadt“, ausgelöst durch meine unglückliche Wortwahl, der drastisch formulierten Wiedergabe in der SZ, und meiner daraufhin ablehnenden Haltung der SZ gegenüber nun politische Grabenkämpfe nach sich ziehen sollte.

Der Stadtrat war sich fraktionsübergreifend einig, dass ein Nahversorger dringend gebraucht wird, daher sollte unbedingt gemeinsam an der Umsetzung festgehalten werden.

Mein Anliegen ist eine fraktionsübergreifende, zielführende Zusammenarbeit in Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger. Es stehen gerade in der nächsten Zeit sehr viele wichtige und zukunftssträchtige Entscheidungen an, die wir nur gemeinsam, zum Wohle unserer Stadt, auf den Weg bringen können.“

Im Rahmen der Stadtratssitzung bezog Bürgermeister Heilinglechner zu dem Vorfall noch einmal Stellung. Er bedauerte, dass die mehr als unglücklichen Formulierungen Unruhe und Frust in das Gremium gebracht hatten. Deswegen wolle er sich nun öffentlich dafür entschuldigen. Auch entschuldigte er sich, falls er im vergangenen Jahr durch seine persönliche Ausdrucksweise jemanden verletzt haben könnte. Nun denke er allerdings, sei ein Blick nach vorne angebracht. Er hofft, dass das Gremium den Streit hinter sich lassen kann. Gemeinsam sollten die Themen angepackt werden, wofür das Gremium ja auch gewählt worden ist. Er selbst wolle an seinen „persönlichen Fähigkeiten“ arbeiten: „Die letzten drei Wochen haben gezeigt, nur wer mit Freude bei der Sache ist, ist auch mit dem Herzen dabei.“ Er hoffe, dass die Räte die Entschuldigung akzeptieren: „Ich biete Ihnen die Hand und hoffe, dass sie diesen Schritt in Ihre Richtung auch annehmen.“

Nach einer von Fritz Meixner (SPD) beantragten fünfminütigen Sitzungsunterbrechung bestätigte jede Fraktion, die Entschuldigung anzunehmen. „Im Namen der SPD bedanke ich mich für die Entschuldigung“, so Meixner. Sie sei aus Sicht der Fraktion richtig und wichtig gewesen. Nun glaubt und hofft er, dass damit wieder die Grundlagen für die Zusammenarbeit gegeben seien. „Der Vorfall hat mich einiges an Zeit, Kraft und Nerven gekostet. Politisch bin ich ja noch grün hinter den Ohren. Für mich muss es eine zwischenmenschliche Ebene geben.“ Als Lehre aus dem Vorfall solle die Stadt eine offene Informationspolitik betreiben.

Auch die Grünen nahmen die Entschuldigung an, wie Annette Heinloth versichert. Sie hofft, dass nun wieder mehr Raum für die Themen der Stadt sei. „Natürlich wird es in den kommenden fünf Jahren nicht immer konfliktfrei abgehen, diese sollten aber konstruktiv aufgearbeitet werden. Und sie ist sehr zuversichtlich, dass das auch gelingen wird.“

„Wir freuen uns über diese Entschuldigung“, stellte CSU-Fraktionssprecher Eibl fest. Für Heilinglechner sei dies sicherlich kein leichter Schritt gewesen. Nun hoffe er auf eine offene und ehrliche Zusammenarbeit.

Für die Ansprache dankte BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller. „Lasst uns nun weiterarbeiten. Wir wollen gemeinsam für Wolfratshausen einiges bewegen.“

Bürgermeister Klaus Heilinglechner dankte dem Gremium für seine Zustimmung.

● **TOP 10: Bekanntgaben und Anfragen**  
**Bekanntgaben des Bürgermeisters:**

**2-Familien-Haus in der Anemonenstraße:** Bauantrag der Oberbayerischen Heimstätte zum Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern an der Anemonenstraße Den Bauantrag der Oberbayerischen Heimstätte zum Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern an der Anemonenstraße behandelte der Grundstücks-, Bau- und Umweltausschuss zuletzt in der Sitzung am 06.05.2015 im Rahmen der offiziellen Anhörung durch das Landratsamt gemäß Art. 67 Abs. 4 BayBO. Das Landratsamt hatte mit Schreiben vom 09.04.15 mitgeteilt, dass der Antrag geprüft wurde und man zu dem Ergebnis gekommen sei, „dass ein positiver Bescheid für das Vorhaben nicht versagt werden könne.“ Gleichwohl verweigerte der Ausschuss das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB. Mit Bescheid vom 09.06.2015 wurde das gemeindliche Einvernehmen nunmehr ersetzt und die Baugenehmigungen erteilt.

**Freie Waldorfschule:** Der Umzug der Freien Waldorfschule verzögert sich. Erst nach dem 6. Juli werde das Gebäude für die Stadt leer sein. Die Umbauarbeiten für dort vorgesehenen Kindergarten können demnach auch erst später beginnen. Die Stadt versucht, den Eröffnungstermin Mitte September zu halten.

**Anfragen der Räte:**

Renate Tilke (CSU) regte an, den Parkplatz an der Hammerschmiedwegschule in den Schulferien auch vormittags für alle Parker freizugeben. Dieter Lejko, Bauamtsleiter, nahm den Vorschlag entgegen. Realisiert werden kann er, indem die Beschilderung in dieser Zeit abgehängt wird. Er will das aber noch prüfen.

Weiter berichtete sie von verunstalteten Plakaten zum Flussfestival. Das sei eine schlechte Werbung. Der Bürgermeister erklärte, einige Plakate seien schon erneuert worden. Er will den Sachstand prüfen lassen.

Dr. Ulrike Krische (BVW) erkundigte sich nach dem Sachstand „Surferwelle“. Laut Bürgermeister Klaus Heilinglechner sei nicht nichts endgültig entschieden, doch die Stadt sei nach wie vor an dem Projekt dran. Aktuell gebe es in der Stadt eine Umfrage unter den Bürgern, an der sich möglichst viele beteiligen sollten. Eine erweiterte Machbarkeitsstudie sei bereits durchgeführt worden. Der Kraftwerksbetreiber sei in die Planungen eingebunden.

Außerdem klagte Krischke über die zu kurze Ampelschaltung für Fußgänger Ecke Moosbauerweg/Schießstättstraße. Selbst ein Fußgänger ohne Handicap schaffe es nicht in der Grünphase über die Straße. „Kann man hier nichts machen“, fragte sie. Laut dem Bürgermeister sei das kaum möglich, da das Einstellen der gesamten Ampelanlage mit Abstimmung der Ampel an der Königsdorfer Straße extrem kompliziert sei. Drehe man nur ein bisschen an der Fußgängerampel, sei an anderer Stelle wieder mit einem extremen Rückstau der Fahrzeuge zu rechnen. Und eine Querungshilfe könne dort leider nicht errichtet werden. Dies bestätigte auch Roswitha Beyer, ehemalige langjährige Sprecherin des Arbeitskreis Verkehr (LAW). Sie hätte große Bedenken, wenn hier an der Ampelschaltung etwas verändert werde. Roswitha Beyer (SPD) lud die Stadträte zum Stuhlfest der Freundschaftsstadt Manzano ein. Dieses findet heuer schon im Juli statt.

Wie schon in den vergangenen Jahren drängte sie darauf, dass die Büsche und vor allem auch Brennnesseln entlang des Radlwegs am Gleisdreieck von den Wolfratshausen Bürgern zurückgeschnitten werden. „Bitte sprechen Sie als Bürgermeister eine Mahnung aus. Oder Sie drohen, dass Büsche und Brennnesseln von der Stadt auf Kosten der zuständigen Anwohner beseitigt werden.“ Dies bekräftigte auch die Waldramer SPD-Rätin Gerlinde Berchtold. Auch in diesem Ortsteil ragten die Büsche zum Teil sehr weit in die Gehwege hinein, sodass Schulkinder gelegentlich sogar auf die Straße ausweichen müssten. Der Bürgermeister nahm diese Hinweise zur Kenntnis.

Neues aus  **WOLFRATSHAUSEN**  
...die Flößerstadt

**Kgl. priv. Feuerschützengesellschaft WOR**  
Schießergebnisse KW 25-2015

- **Kleinkaliber Sportpistole/Sportrevolver:**  
**Schützenklasse:** 1. Linß Andreas (203 Ringe)  
**Altersklasse:** 1. Antoch Franz (268 Ringe), 2. Kopperschmidt Edmund (228 Ringe), 3. Sander Frank (224 Ringe)  
**Seniorenklasse:** 1. Wolf Konrad (265 Ringe) 2. Langhammer Karl (240 Ringe) 3. Dietsche Josef (234 Ringe)
- **Großkaliber Sportpistole/Sportrevolver:**  
**9 mm – Junioren:** 1. Prakesch Maximilian (341 Ringe)  
**Altersklasse:** 1. Antoch Franz (331 Ringe), 2. Christ Burkard (298 Ringe)  
**Seniorenklasse:** 1. Dopfer Frank (211 Ringe)  
**.357 Magnum – Altersklasse:** 1. Prakesch Oliver (346 Ringe)  
**Seniorenklasse:** 1. Ruhdorfer Adi (366 Ringe), 2. Amesberger Claus (240 Ringe), 3. Stache Michael (231 Ringe)  
**.45 ACP – Altersklasse:** 1. Gröbmair Robert (356 Ringe), 2. Langhans Rudi (272 R.)  
**Seniorenklasse:** 1. Liba Erich (352 Ringe)
- **Kleinkaliber Gewehr:**  
**Schützenklasse:** 1. Auer Hubert (251 Ringe)  
**Seniorenklasse:** 1. Pflugbeil Hans (272 Ringe), 2. Bromberger Peter (271 Ringe), 3. Resch Georg (255 Ringe)  
**Senioren mit Hilfsmittel:** 1. Hamberger Karl (281 Ringe), 2. Höpfer Wenzel (276 Ringe), 3. Block Adalbert (274 Ringe)

**BCF Wolfratshausen** 

**Kinderturnen – Gute Nachrichten!!!**

Das Kinderturnen für die Kleinsten ab 3 Jahren kann wieder beginnen. Immer montags von 15.30–16.30 Uhr (außer in den Ferien) in der Mehrzweckhalle in Far- chet. Informiert euch: [www.bcf-wolfratshausen.com](http://www.bcf-wolfratshausen.com) oder 08171/489848.

**Briefmarken-Sammler-Verein „Isaria“ e.V.**  
**Wolfratshausen**

Einladung zum nächsten Vereinsabend des Briefmarken-Sammler-Vereins „Isaria“ e.V. am **Mittwoch, den 1. Juli 2015** um 19.00 Uhr im Klubraum Katholisches Pfarrheim St. Josef, Wolfratshausen-Waldram, Steinerstr. 22. Gäste sind immer herzlich willkommen!

**TSV Wolfratshausen**  
v. 1864 e.V.  
**Abt. Leichtathletik** 



**Schülersportfest**  
**Baierbrunn am 14. Juni**

Als einziger Teilnehmer des TSV startete hier Xaver Seelos (Jahrgang 2005) im Mehrkampf der U12. Xaver zeigte hier sein ganzes Können. Mit drei persönlichen Bestleistungen, er legte die 800 Meter in 2:55.98 Minuten zurück, kam im Weitsprung auf 3,67 Meter und sprang als einziger Teilnehmer 1,25 Meter hoch sowie mit 9,06 Sekunden als Zeitschnellster über die Hürdenstrecke von 50 Meter holte er sich den Gesamtsieg der 22 Teilnehmer.

Informationen  
der Stadt



## Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 22. April 2015

### ● Bürgerfrageviertelstunde

Zur Bürgerfrageviertelstunde gab es zwei Anfragen. Eine Bürgerin berichtete von Hundekottüten, die anstatt in Mülleimern entsorgt, häufig an den Hundekottütenspendern festgeknotet werden. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) bestätigte dies, auch beim Ramadan am vergangenen Wochenende habe man viele Hundekottüten gefunden. „Vielleicht sollten wir an die Tütenspenden einen Aufkleber machen, mit einem Hinweis, wie man mit den Tüten nach Gebrauch umgehen sollte“, überlegte er.

In den Vertrag zwischen Stadt und Loischauen GmbH möchte Heinz Wensauer schon länger Einsicht erhalten. Ihn interessiert unter anderem der Baukostenzuschuss und wie viel städtisches Geld in den Bau des Wirtshauses Flößerei geflossen ist. „Mittlerweile ist öffentlich bekannt, dass von den zirka vier Millionen Euro Baukostenzuschuss der Stadt zur Renovierung der Halle und den etwa 400.000 Euro Zuschuss für die Küche des Gasthauses, weit mehr als die angekündigten 400.000 Euro in die Gastwirtschaft geflossen sind. Ich wundere mich, dass mit Ausnahme kein Mitglied der Projektgruppe, die diesen Vertrag vorbereitet hat, ernsthaft die Gründe dafür wissen will“, stellte er fest und fragte, ob die Stadträte wirklich nicht wissen sollten, welches „Erbe sie übernommen haben“. Weiter fragte er, wer bei der Renovierung der Halle und dem Neubau für die Baukontrolle und Baukostenkontrolle verantwortlich gewesen war. Auch hätte er gerne Informationen zu den Schadensfällen in der Loischauhalle. „Warum wird das Sachverständigengutachten über die Schadensfälle in der Loischauhalle wie ein Staatsgeheimnis gehütet? Ich habe das Gefühl, die ganze Loischauhalle ist ein Tabu“, stellte er fest. Zudem sei er irritiert, dass für die Kulturarbeit der Stadt heute noch genauso viel ausgegeben werde, wie vor dem Vertragsschluss. Er wollte wissen, wie viele Veranstaltungen von der Loischauen GmbH durchgeführt würden.

Der Bürgermeister berichtete ihm von einem Gespräch über die Baumängel mit Herrn Sailer vom Hofbräuhaus Traunstein. Derzeit werde ein Gutachten vom Rechtsanwalt geprüft. Das Thema Baukostenzuschuss wolle er aber „hier nicht noch einmal aufrollen“, dazu bräuhete es einen Auftrag des Stadtrats. Außerdem bezweifelt er, dass man dem Vertragspartner nachweisen könne, wohin die städtischen Gelder genau geflossen seien. Der Vertrag mit der Loischauen GmbH sei geschlossen, daran gebe es nichts mehr zu rütteln. Das Thema Kulturarbeit der Stadt sei ein „altes Thema“. Die Loischauen GmbH mache sehr wohl Kulturveranstaltungen. „Fragen Sie doch Herrn Tabak selbst, ich kann Ihnen die Frage heute nicht genau beantworten“, bat er Wensauer.

### ● TOP 1: Sitzungseröffnung

Nach der Bürgerfrageviertelstunde eröffnete Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) die Stadtratssitzung, entschuldigt fehlten Markus Höft (BVW) und Roswitha Beyer (SPD).

Weiter informierte Heilinglechner, dass Punkt 6 „Ortsrecht – Büchereisatzung; hier: 1. Änderung“ verschoben werden muss. Im Kulturausschuss war der Bericht von Büchereileitung Andrea Poloczek vorgestellt worden, die von ihr vorgeschlagenen Änderungen wurden nicht angenommen. Nun soll sie die Änderungsvorschläge erst noch einmal vor dem Gremium erläutern.

### ● TOP 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 10. März 2015

Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.

### ● TOP 3: Beschlussfassung zur Erstellung eines Energienutzungsplans

Sachverhalt: Im Jahr 2013 wurde von der B.A.U.M. Consult GmbH ein integriertes Klimaschutzkonzept für den gesamten Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen erstellt. Hierbei wurden unter anderem die bereits genutzten und bis 2035 noch erschließbaren Potentiale hinsichtlich Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regionaler erneuerbarer Energien im Landkreis abgeschätzt.

Darauf aufbauend soll nun für die Stadt Wolfratshausen ein Energienutzungsplan erstellt werden um diese Potentiale auf städtischer Ebene zu konkretisieren. Ein Energienutzungsplan dient ähnlich dem Flächennutzungsplan als informelles, räumliches Planungsinstrument und stellt damit ein übergeordnetes Gesamtkonzept der künftigen Energieversorgung dar. Es werden konkrete, räumlich verortete Maßnahmen entwickelt und wirtschaftlich bewertet.

Für die Erstellung des Energienutzungsplans wurden Mittel in Höhe von 40.000 Euro in den Haushalt 2015 eingestellt. Über die „Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen“ ist eine Förderung durch den Freistaat Bayern in Höhe von bis zu 70 Prozent der zuzuschussfähigen Kosten möglich.

Prof. Dr. Petra Denk, vom Institut für Systemische Energieberatung GmbH an der Hochschule Landshut, stellte den Räten die möglichen Elemente und das Vorgehen zur Erstellung eines Energienutzungsplans für Wolfratshausen vor. Zu Beginn gelte es einige Fragen zu klären, wie zum Beispiel: „Wie weit ist die Energiewende vorangeschritten?“, „Macht ein zentrales Wärmenetz oder ein Mikronahwärmenetz in einem bestimmten Quartier aus ökologischer und ökonomischer Sicht Sinn?“, „Wie kann der Eigenstromverbrauch der kommunalen Liegenschaften erhöht werden?“ und „Welche erneuerbaren Energiepotentiale bestehen noch in der Kommune?“. Zur Klärung benötige es unter anderem eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation von Strom, Gas und Wärme mit Erfassung des elektrischen Energiebedarfs, einer gebäudescharfen Erfassung der kommunalen Liegenschaften und eine Abfrage zum Beispiel der Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Als Datenquellen stünden zum Beispiel die Energieversorgungsunternehmen, die

Stadtwerke, kommunale Verwaltung und auch direkter Kontakt mit Betreibern zur Verfügung. „Interessant ist, dass bundesweit die Hälfte der Energie für Wärmeerzeugung verbraucht wird“, berichtete sie. Es folgen Mobilität und dann erst Strom. „Und gerade Wärme ist eine kommunale Aufgabe.“ In diesem Zusammenhang sei die Erstellung eines Wärmekatasters empfehlenswert, bei dem der Wärmebedarf pro Straßenzug ermittelt wird, mit dem Ziel herauszufinden, wo eine zentrale Wärmeversorgung sinnvoll ist. Aus der Ist-Analyse lassen sich dann die Potenziale erneuerbarer Energien darstellen, wie zum Beispiel Biomasse, Wasserkraft, Windkraft oder Photovoltaik.

Aufgabe der Stadt sei nun, Schwerpunkte zu setzen, wie zum Beispiel eine Solarthermieanlage auf dem Klärwerk. „Sie müssen sich überlegen, wo Sie landen wollen“, betonte Denk. In jedem Fall sei ein Energienutzungsplan sowohl ökologisch als eben auch ökonomisch sinnvoll, was gerade für Kommunen wichtig sei. Bürgermeister Klaus Heilinglechner dankte der Professorin für ihren Vortrag. Er ist sich sicher, dass ein Energienutzungsplan für Kommune und Einwohner erforderlich ist. „Ich hoffe zum Beispiel auf mehr Möglichkeiten für zentrale Wärmeversorgungsquellen.“

Dr. Hans Schmid (Grüne) betonte die spezielle Situation der Stadt Wolfratshausen als Gründungsmitglied der Energiewende Oberland. Die drei beteiligten Landkreise haben ein „extrem ambitioniertes Ziel“: energieautark sein bis 2035. Denk erklärte ihm, dass für einen Energienutzungsplan ermittelt werde, ob es für den Ort überhaupt die technische Möglichkeit zu einem Ausstieg gebe und ob dieser denn auch wirtschaftlich sei.

Auf eine gute Zusammenarbeit mit Prof. Denk freute sich dann sogar schon Bepo Praller, Fraktionssprecher der BVW. „So schnell geht das aber gar nicht“, schränkte Bürgermeister Heilinglechner ein. Der Energienutzungsplan müsse erst einmal ganz regulär ausgeschrieben werden.

Über die Kosten für die Aufstellung des Energienutzungsplans informierte sich Manfred Menke (SPD), wie auch über die Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung. Zu den Kosten konnte Denk nichts sagen: „Wir wollen uns ja auch bewerben.“ Und die Bürger und lokalen Akteure sollen natürlich nach Möglichkeit dann integriert werden. Wie die Chancen für Wolfratshausen für Geothermie gesehen werden, erkundigte sich Peter A. Plöbl (CSU). „In der Nachbarschaft gibt es sehr gut funktionierendes System“, erklärte er.

Schließlich fassten die Räte einstimmig den Beschluss: Die Stadt Wolfratshausen beabsichtigt einen Energienutzungsplan erstellen zu lassen. Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote einzuholen und einen Antrag auf Förderung über die „Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen“ zu stellen. Der 1. Bürgermeister Klaus Heilinglechner wurde beauftragt, die Erstellung eines Energienutzungsplans in Auftrag zu geben.

### ● TOP 4: Neuvergabe Stadtbushlinie – Festlegung der Daten für die Ausschreibung 2015

Sachverhalt: **Vorgeschichte:** Der Vertrag mit dem Betreiber der Stadtbushlinien 301 und 302 läuft Ende 2016 aus. Der Stadtrat hat am 15. Juli 2014 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern jeder Fraktion beschlossen, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Vorschläge für Linienführung und Taktfrequenz der zukünftigen Stadtbushlinien machen sollte. Die Stadtbush-Arbeitsgruppe hat sich mit dem MVV, Herrn Happel, und dem Landratsamt, Herrn Kunz, kurzgeschlossen und verschiedene Alternativen der Linienführung und Taktzeiten diskutiert.

In der Februarsitzung des Stadtrats wurde der Inhalt der „Vorabveröffentlichung“ abgestimmt. Dabei wurde offengehalten, welche Linienführung, welche Taktfrequenz und welche Fahrzeiten endgültig ausgeschrieben werden. Die endgültigen Festlegungen sollten erst nach einer Bürgerbefragung getroffen werden. Um den engen Zeitplan für die Ausschreibung einzuhalten, muss laut Auskunfts des MVV die Entscheidung über die endgültigen Randbedingungen in der Aprilsitzung des Stadtrats fallen.

**1) Bürgerbefragung:** Die Bürgerbefragung hat im Zeitraum vom 26. Februar (Auslegen von 3.000 Flyer an hochfrequentierten Stellen) über 7. März (10.000 Exemplare Wolfratshausen Aktuell) bis einschließlich 19. März stattgefunden. 343 Bürgerinnen und Bürger haben geantwortet (2,6 Prozent Rücklauf), davon nur 56 Prozent über die Einlage von Wolfratshausen Aktuell.

Das Ergebnis der Bürgerbefragung: Ein Großteil der Antworten kam aus dem Umkreis der bisherigen Stadtbushlinien 301 und 302 (Farchet und Waldram). Wichtigstes Fahrziel war der Bahnhof (47 Prozent der Antwortenden, gewichtet mit der Anzahl der Fahrten pro Woche), gefolgt von der Altstadt (21 Prozent), der Schule Waldram (6,5 Prozent) und den Discountern an der Königsdorfer Straße (4,3 Prozent). Zirka Zweidrittel der Antwortenden fahren seltener als zweimal pro Woche und nur 13 Prozent täglich. Von denen, die täglich fahren, sind 27 Prozent unter 18 und 34 Prozent über 60 Jahre alt. Gewichtet mit der Fahrzahl pro Woche fahren 18 Prozent zwischen 6 und 9 Uhr (Schüler und Werkstätige) und 23 Prozent zwischen 9 und 12 Uhr (davon 83 Prozent älter als 60). 68 Prozent aller Antwortenden gaben als Grund dafür, dass sie selten oder nie fahren, an, dass entweder die Fahrzeiten für sie ungenügend seien oder der Bus zu selten fährt. Davon waren mehr als 90 Prozent mindestens 30 Jahre alt. Die bisherige Linienführung 301+302 mit 60-Minuten-Takt wollen 31 Prozent der Antwortenden beibehalten, ebenfalls 31 Prozent wollen einen 30-Minuten-Takt. Den vorgeschlagenen Rundkurs mit 40-Minuten-Takt wünschen sich 10 Prozent und mit 20-Minuten-Takt 25 Prozent der Antwortenden. Gewichtet mit der Fahrzahl pro Woche (Mehrfachnennungen möglich) gaben als Zweck der Fahrt 34 Prozent der Antwortenden Einkäufen an, 30 Prozent Behörden- und Arztbesuche, 23 Prozent Schul- und Arbeitsweg und 13 Prozent Freunde und Verwandte besuchen. Die Wünsche und Erwartungen an die neue Stadtbushlinie waren (grob gewichtet): keine Veränderung, Einbindung Poing/Münsinger Straße, evtl. über MW-Linie 373 und 372, Discounter Königsdorfer Straße einbinden, Weidach mit einbinden, häufigere Fahrten, pünktliche Ankunft zur S-Bahn, Pufferzeit für S-Bahn-Verspätungen, Richtungsumkehrung, um kurze Fahrzeiten zu ermöglichen, Schulbeginn Schule Waldram: Verstärkerbus, behindertengerechte Ausstattung der Busse, Auch während Marktsperre Busanbindung Innenstadt, Fahrzeilanzeige an der Busfront, bessere Lesbarkeit der Fahrpläne, Fahrer sollten deutsch sprechen.

Fortsetzung auf Seite 22

**Fortsetzung von Seite 20**

Am 30. März wurde in der Aula der Hammerschmiedeschule eine Informationsveranstaltung zum Thema Stadtbus durchgeführt, zu der nur insgesamt 25 Bürgerinnen und Bürger kamen. In dieser Veranstaltung wurde das Ergebnis der Stadtbusumfrage vorgestellt. Als zusätzliche Anregungen wurden notiert: Stadtbus sollte alle Stadtteile bedienen. Senioren ab 80 Jahren sollten kostenfrei fahren können, Anwohner der Kanalbrücke besorgt wegen Verlegung Fahrbahn und Verkehrszunahme, Kanalbrücke sollte langfristig für Verkehr geöffnet werden (zweite Ausfahrt Waldram) – wurde als nicht themenbezogener Punkt registriert.

**2) Vorstellung der Routen:** Bisherige Routen 301 und 302 (siehe Anhang) – wird als bekannt vorausgesetzt: Bisher 60-Minuten-Takt; mit 2 Bussen 30-Minuten-Takt möglich.

**Vorschlag der Arbeitsgruppe: „Rundkurs“:** 40-Minuten-Takt sollte möglich sein (wird aktuell vom MW geprüft); d.h. mit 2 Bussen attraktiver 20-Minuten-Takt analog zum S7-Fahrplan möglich. Bus startet zirka 10 Minuten nach planmäßiger Ankunft der S7 am Bahnhof und kommt zirka 10 Minuten vor der planmäßigen Abfahrt der S7 zum Bahnhof zurück. Damit ist sicherer Puffer gegeben. Bis auf die Schlesierstraße werden alle Haltestellen der bisherigen Routen erfasst. Länge nur 8,8 km im Vergleich zu 15,4 km der 301+302 (Kosten proportional zu Länge). Öffnung Kanalbrücke nur für Busverkehr (gewährleistet durch funkgesteuerte Schranken an Brücke). Sicherer Schulweg durch Trennung des Rad- und Fußweges mit Geländer von Busfahrbahn. Durch Geländer und Schranken sind auch die Radfahrer auf den Rad- und Fußweg gezwungen. Richtungswechsel, um kurze Fahrzeiten zu ermöglichen. Bewegung nur kritisch in Holunderstraße – Holzstraße – Waldeckstraße, die durch Absprache der Fahrer entschärft werden sollte. Einbindung Poing/AWO-Heim, um auch bei Marktsperren den Markt bedienen zu können (neue Haltestellen Johanniggasse). Schule Waldram: Abfahrt von Bahnhof mit „Rundkurs West S“ um ca. 7.25 Uhr, Ankunft an Schule zirka 7:40 Uhr (Schulbeginn 7:59 Uhr). Nachteil: komplexer Fahrplan.

**Fahrplanzeiten:** Die Taktfrequenzen sollen einen guten Anschluss an die S7 ermöglichen und werktags geringfügig in die Abendzeiten ausgedehnt werden (geschätzte Mehrkosten zirka 15.000 Euro im Jahr): Montag – Freitag: Ausdehnung von zirka 19. auf zirka 20.30 Uhr; samstags: Ausdehnung von zirka 17.15 auf zirka 20:30 Uhr.

**Schätzung Investitionskosten Rundkurs:** Größter Posten wäre die Nutzung der Kanalbrücke, die zu diesem Zweck umgebaut werden müsste. Das Ingenieurbüro Wehbe schätzt die Kosten für eine parallele, neue Fußgänger- und Radfahrerbrücke auf zirka 0,5 Millionen Euro, inklusive Zufahrtswege von der Kanalstraße und der Sudetenstraße. Die Kosten für die Ertüchtigung der Brücke mit einem Ausleger für den breiteren Rad- und Fußweg dürften deutlich günstiger sein. Zweitgrößter Posten dürfte die Aufweitung des bisherigen Anschlussstücks Badstraße – Äußere Beuerberger Straße sein, damit der Bus von der Haltestelle AWO-Heim problemlos wieder zurück fahren kann. Kleinere Kosten wären die Einrichtung zweier zusätzlicher Haltestellen in der Johanniggasse und einer Haltestelle an der Königsdorfer Straße, Höhe Aldi/Rewe.

**3) Vergleich der Betriebskosten (wird aktuell vom MVV geprüft) Stadtbus 2015 – Kostenvergleich Linien 301+302 mit „Rundkurs“:**

Randbedingungen: MW-Kosten pro Fahrkilometer = 3,30 €, MW-Tage Mo-Fr/Sa pro Jahr = 249/53, Fahrten 302 werktags mit 2 Lücken, 301 ohne Lücke, laut aktuellem Fahrplan, Fahrten Rundkurs analog aktuellem S-Bahn-Fahrplan Ankunft Wolfratshausen, Fahrtbeginn ab Bahnhof morgens ca. 6:15 (Mo-Fr) bzw. 8:15 (Sa) Uhr, Letzte Fahrt ab Bahnhof abends ca. 20:15 Uhr (Mo-Sa), Rundkurs mit neuer Verkehrsführung über Kanalbrücke  
Gesamtlänge Linien 301/302: 9,1+6,3 = 15,4 km; Anzahl der Fahrten (Montag bis Freitag) bisher: 13,5/11, Fahrt alle 60 Minuten: 14,5/12; alle 30 Minuten: 29/24; Anzahl der Fahrten (Montag bis Freitag) bisher: 9,5/8; Fahrt alle 60 Minuten: 10,5/9; alle 30 Minuten: 21/18; Fahrkilometer pro Jahr: bisher: 57.573 km; Fahrt alle 60 Minuten: 62.224 km; alle 30 Minuten: 124.448 km; Gesamtkosten pro Jahr: bisher: 189.990 Euro; Fahrt alle 60 Minuten: 205.339 Euro; alle 30 Minuten: 410.878 Euro.

„Rundkurs“: Gesamtlänge 8,8 km; Anzahl Fahrten pro Tag (Montag bis Freitag), alle 40 Minuten: 20; alle 20 Minuten: 38; Anzahl der Fahrten am Samstag, alle 40 Minuten: 18; alle 20 Minuten: 34; Fahrkilometer pro Jahr, alle 40 Minuten: 52.219 km; alle 20 Minuten: 99.124 km; Gesamtkosten pro Jahr, alle 40 Minuten: 172.323 Euro; alle 20 Minuten: 327.109.

Im Bauausschuss hatten die Räte beschlossen, zwei Varianten auszuschreiben. „Wir haben uns informiert, es ist leider nicht möglich. Wir müssen uns heute für eine Variante entscheiden“, erklärte der Bürgermeister. Er danke dem Arbeitskreis Stadtbus für die „immense Arbeit“, die er geleistet habe. Bedauerlicherweise seien von den 13.000 Fragebogen nur 343 an die Stadt ausgefüllt zurückgeschickt worden: „Es ist uns leider nicht gelungen, die Bürger in der kurzen Zeit mitzunehmen.“ Dennoch wolle man die Attraktivität des Busses verbessern. Dabei müsse man die aktuelle Entwicklung zur S-Bahn-Verlängerung im Blick haben. So könnte dann eventuell schon 2014 eine Anbindung des Stadtbusses an den Geltlinger Bahnhof nötig werden. Deswegen schlage er vor, das gut genutzte, bestehende System mit zwei Bussen – einer für Waldram und einer für Farchet – beizubehalten. Angepasst werde sollen die Taktfrequenz und die Verlängerung des Fahrplans in den Abendstunden.

Dem widersprach Menke, der dem Arbeitskreis Stadtbus angehört hatte. Auch wenn nicht so viele Fragebögen zurückgekommen waren, so hätte man dennoch einen Trend erkennen können. Und dieser decke sich ungefähr mit dem Konzept des AK: Zusammenlegung der Buslinien 301 und 302 zu einem Rundkurs, Öffnung der Farcheter Brücke für den Stadtbus mit Bau einer Fußgänger- und Radbrücke sowie Beibehaltung der meisten Haltestellen. Und trotz geforderter Taktverdoppelung zwischen 6 und 9 Uhr morgens sowie 16 und 19 Uhr abends käme diese Variante etwa 60.000 Euro günstiger als die Lösung mit zwei Buslinien. „Die neue Brücke hat sich dann schnell amortisiert“, betonte er.

Für das bestehende System setzte sich Heilinglechner ein: „Unser Bus wird laut MVV im Verhältnis zu anderen sehr gut angenommen, mit 47 Prozent ist er der

beste im MVV-Gebiet.“ Seiner Meinung nach gebe es natürlich Verbesserungsbedarf. Hingegen liegen belastbare Zahlen, die eine höhere Frequentierung durch einen Rundkurs belegen sollen, natürlich nicht vor. Er befürchtet, dass die neue Kanalbrücke dann nicht mehr benötigt würde.

Eine definitive Kostenersparnis erwartet sich allerdings Günther Eibl, Fraktionssprecher der CSU. Außerdem müsse man die Überalterung der Gesellschaft bedenken, die eine zwangsweise Einschränkung mit sich brächte. Ein gut konzipierter Stadtbus könnte Abhilfe schaffen und diesen Menschen Mobilität ermöglichen. Auf die S-Bahn-Verlängerung zu warten, empfehle er nicht. Bis zur Einweihung werde sicherlich noch viel Zeit vergehen und die Brücke habe sich ja schon in drei bis vier Jahren bezahlt gemacht.

Die Argumentation unterstützte auch Dr. Hans Schmid: „Herr Bürgermeister, Sie wollen doch die Mehrkosten nicht in Kauf nehmen, die die Beibehaltung der zwei Buslinien mit sich bringen würde, oder?“ Und nur mit dem Rundkurs sei ein echter 20-Minuten-Takt möglich.

Dass nicht zwei Varianten ausgeschrieben werden können, bedauerte der Waldramer Stadtrat Benedikt Brustmann (BVW). Er empfindet eine Verbesserung des Stadtbuskonzepts als dringend nötig, da tagsüber – auch wenn es die beste Stadtbuslinie im MVV-Gebiet sein soll – im Durchschnitt nur fünf Personen pro Fahrt im Bus saßen. „Entweder wir schaffen den Stadtbus ganz ab, oder wir optimieren ihn“, betonte er. Bei einem Rundkurs müsste allerdings Abhilfe für die wegfallenden Parkplätze in der Sudetenstraße und der Kräuterstraße geschaffen werden.

Auch Annette Heinloth (Grüne) erwartet sich durch den Rundkurs eine deutliche Effizienzsteigerung. Der Bau der Brücke sei wirtschaftlich vertretbar und auch ökologisch sinnvoll. Durch die neue Linie würde eine schüler- und altenfreundliche Verknüpfung der beiden Stadtteile geschaffen.

Laut Dr. Ulrike Krischke hätte der Rundkurs den Vorteil, dass auch die Farcheter Schüler der Waldramer Grund- und Mittelschule zukünftig den Stadtbus nutzen könnten. Hier müsste man nur die Taktung des Busses an die Schulzeiten anpassen.

Einzig Beppo Praller (BVW) bestätigte die Argumentation des Bürgermeisters. Schließlich beschlossen die Räte mit 17:6 Stimmen: Die Stadt Wolfratshausen hat sich als Gründungsmitglied der „Energiewende Oberland“ zu einer ehrgeizigen Energiewende verpflichtet. Diese Energiewende ist nicht ohne Wende beim Individualverkehr erreichbar, der durch ein besseres Stadtbuskonzept zum Umsteigen motiviert werden soll. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, die Ausschreibung der zukünftigen Stadtbuslinien unter folgenden Bedingungen zu veranlassen:

1. Fahrzeiten: Die Fahrzeiten des Stadtbusses werden von montags bis samstags bis auf zirka 20.30 Uhr ausgeweitet
2. Busrouten: Der „Rundkurs“ wird übernommen (23 bzw. 20 Haltestellen, außer Bahnhof alles Bedarfshalte)
3. Taktfrequenzen: Es werden zwei Busse im 20 Minuten-Takt im Berufsverkehr zwischen 6 Uhr und 9 Uhr sowie 16 und 19 Uhr eingesetzt, während der restlichen Zeit nur ein Bus im 30 Minuten Takt.
4. Die Ausschreibung erfolgt gemeinsam mit der Stadt Geretsried
5. Investitions- und Betriebskosten werden in den Haushalten 2016 und folgend festgesetzt.
6. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Ausschreibung der Planung einer Fuß- und Radwegbrücke zu veranlassen.

● **TOP 5: Entwurf eines Vertrags zwischen dem Erzbischöflichen Späterufenenseminar St. Matthias Wolfratshausen-Waldram und dem Verein „Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald“ e.V., Fl.Nr. 1620/7, Gemarkung Wolfratshausen, Kolpingplatz 1–3 – Zustimmung zur geplanten Überlassung**  
Sachverhalt: Mit Schreiben vom 31. Januar 2015 hatte die Stadt der Erzbischöflichen Finanzkammer ihre Änderungswünsche zum Vertragsentwurf mitgeteilt, die sich auf die mögliche Rechtsnachfolge des Vereins durch die Stadt Wolfratshausen bzw. einer Freistellung der Stadt bezüglich des Nachbesserungsanspruches beziehen. Die Erzbischöfliche Finanzkammer erklärte sich mit den Änderungswünschen der Stadt einverstanden und legte uns den aktualisierten Vertragsentwurf vor.

Die Nachbesserungsklausel (Seite 8, Nr. 4 des Vertragsentwurfs) enthält nun folgende Textfassung: „Wenn innerhalb einer Frist von 20 Jahren (ab Übereignung des Grundstücks an den Verein) der Verein „Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald“ sich auflösen oder insolvent werden sollte und die Stadt Wolfratshausen die Rechtsnachfolge antreten müsste, verzichtet die Späterufenenseminar, Stiftung St. Matthias Wolfratshausen, für folgende Fälle auf eine Rückzahlung gemäß der Nachbesserungsklausel: Weitere überwiegende Nutzung als Dokumentations- und Begegnungsstätte oder – Nutzung für caritativ mildtätige, sozial-gemeinnützige Zwecke wie KiTa, Bürger-Cafe, VHS, Tafel oder Seniorengaststätte (andere Nutzungen sind ausgeschlossen.)“

Das Erzbischöfliche Ordinariat bittet den Stadtrat, der Überlassung des Objekts am Kolpingplatz 1 und 3 an den Verein „Bürger fürs Badehaus“ nochmals zuzustimmen. Des Weiteren wird um eine Bestätigung gebeten, dass sämtliche Voraussetzungen, einschließlich bestehender Bedingungen und Auflagen für die Bezeichnung und sonstige Finanzierungsmittel erfüllt sind. Sofern diese ausschließlich noch unter der aufschiebenden Bedingung der Grundstücksübergabe an den Verein (z. B. Städtebauförderung) stehen. Diese Bestätigung sei notwendig, um anschließend die Grundstücksübergabe durchführen zu können, die möglichst zeitnah erfolgen soll.

Zu den vom Stadtrat am 15. Oktober 2013 beschlossenen 10 Punkte:

1. „Gesamtfinanzierung muss gesichert sein“: Dies kann erst nach Zustimmung durch die Stadt erfüllt werden.
2. Erledigt: Kostenaufstellung wurde durch einen öffentlich vereidigten Sachverständigen geprüft und der Stadt vorgelegt.
3. „Eigenleistungen müssen im Finanzierungsplan genau definiert sein“: erst nach Zustimmung der Stadt
4. „Verein muss Eigentümer der Immobilie sein“: kann erst nach Zustimmung der Stadt erfüllt werden.

5. Der Zuschuss ist anteilig zurückzuerstatten, wenn das Projekt innerhalb der nächsten 25 Jahre ab Auszahlung der ersten Rate aufgegeben wird. Hierfür ist eine entsprechende Absicherung im Grundbuch mit Auflassungsvermerkung und Übernahmerecht der Stadt vorzunehmen: Im Entwurf der Überlassungsurkunde ist in einer Nachbesserungsklausel für den Fall einer Rechtsnachfolge durch die Stadt eine Frist von 20 Jahren vorgesehen.

Die Grundbuchsicherung für den Zuschuss der Stadt kann erst nach Überlassung der Immobilie mit einer gesonderten Urkunde erfolgen.

6. „Die Stadt beteiligt sich weder an den laufenden Unterhaltskosten noch übernimmt sie einen evtl. Defizitausgleich im Rahmen der Bewirtschaftung“ Dies ist in einem gesonderten Vertrag zwischen Stadt und dem Verein zu regeln.

7. „Der Verein hat sämtliche Zuschussmöglichkeiten von dritter Seite auszuschöpfen“: Das ist erst im weiteren Verfahren nach Zustimmung der Stadt zur Grundstücksübertragung möglich.

8. „Soweit durch Zuschüsse von dritter Seite die Gesamtkosten für das Projekt überschritten werden können, verringert dies den Zuschuss der Stadt“: siehe Erläuterung zu Punkt 7.

9. „Auszahlung des Zuschusses nach Sicherstellung der Gesamtfinanzierung“: siehe Erläuterung zu Punkt 7.

10. Erledigt: Der Zuschuss in Höhe von 500.000 Euro wurde im Haushalt eingepplant.

Die Kostenschätzung über 1.339.746 Euro brutto (+ 30 Prozent Risikozuschlag) wurde durch den öffentlich bestellten vereidigten Sachverständigen, Ing. Depping, geprüft und der Stadt die Bewertung mit Schreiben vom 31. März 2015 vorgelegt. Die mit 60.000 Euro angesetzte Eigenleistung des Vereins wurde vom Sachverständigen realistisch auf zirka 40.000 Euro geschätzt. Mit der geprüften Kostenschätzung durch Ing. Depping sind die zum jetzigen Zeitpunkt erfüllbaren formellen Voraussetzungen für eine Zustimmung gegeben.

Der Bürgermeister führte weiter aus, dass von den zehn geforderten Punkten zwei bereits erfüllt sein. Und die versprochenen 500.000 Euro Zuschuss der Stadt seien im Haushalt eingestellt.

Einen Antrag zur Geschäftsordnung brachte dazu noch Günther Eibl (CSU) vor, der auch einstimmig angenommen wurde. So erklärte er, der Beschlussvorschlag sei missverständlich formuliert, die Stadt müsse dem Vertragsentwurf nicht zustimmen, da dieser sie ja „gar nix angeht“. Allerdings müsse der Stadtrat der Änderung der Nachbesserungsklausel zustimmen, was sie dann auch einstimmig taten.

#### ● TOP 6: Ortsrecht – Büchereisatzung; hier: 1. Änderung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde verschoben.

#### ● TOP 7: 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 für das Wohngebiet südlich der Angerstraße – Satzungsbeschluss

Sachverhalt: Der Grundstücks-, Bau- und Umweltausschuss hat am 8. Oktober 2014 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 72 im gesamten Geltungsbereich hinsichtlich der zulässigen Gestaltung der Garagendächer zu ändern; das Verfahren wurde im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Die Öffentlichkeit hatte im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) vom 17. November mit 12. Dezember 2014 und im Rahmen der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) vom 16. Februar mit 20. März 2015 Gelegenheit, sich über die geplante Änderung zu informieren und sich dazu zu äußern.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, hatten im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB) bis zum 19. Dezember 2014 und im Rahmen der öffentlichen Auslegung ebenfalls bis zum 20. März 2015 Gelegenheit, zur Planung Stellung zu nehmen.

Anregungen oder Bedenken sind während der frühzeitigen Beteiligung nicht eingegangen; lediglich ein Hinweis auf einen Schreibfehler in Festsetzung 5.

In der öffentlichen Auslegung wurden ebenfalls keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.

Die Stadträte beschlossen einstimmig die Änderung des Bebauungsplans.

#### ● TOP 8: Erweiterung des Kindergartens an der Badstraße um eine Krippengruppe – Genehmigung als städt. Baumaßnahme

Sachverhalt: Am 14. Oktober 2014 hat der Stadtrat beschlossen, dass der Kindergarten an der Badstraße schnellstmöglich um eine Gruppe zu erweitern ist; mit der Planung wurde das Architekturbüro Schmauser beauftragt. Geplant ist ein Anbau an das bestehende Gebäude, das heißt eine profilgleiche Verlängerung um zirka 12,70 Meter in Richtung Campingplatz; die vierte Gruppe soll als Krippe genutzt werden. Entsprechend der Stellplatzsatzung der Stadt Wolfratshausen müssten für die zusätzliche Krippengruppe mindestens zwei weitere Stellplätze nachgewiesen werden. Da dies auf dem Grundstück nicht möglich ist, ist eine Ablösung erforderlich.

Die Kostenschätzung nach DIN 276 des Ingenieurbüros Josef Wehbe vom 21. März 2015 schließt mit insgesamt brutto 712.633,64 Euro (ohne 10%-Anteil für unvorhersehbares und ohne Ablösung); Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

„Das ist ein ganz schöner Batzen, den wir da investieren werden“, stellte Annette Heinloth (Grüne) fest. Deswegen empfinde sie die Entscheidung als nicht ganz unproblematisch. Da die Stadt aber die Kindergartenplätze stringent ausbauen muss und andere Möglichkeiten nicht gefunden wurden, werde sie der Erweiterung zustimmen.

Gegen den Beschluss sprach sich BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller aus. „Für mich gibt es immer eine Alternative“, stellte er fest. Er habe die Berechnung der Kosten für die Erweiterung geprüft und jeder Euro sei auch fachlich nachweisbar. „Dennoch finde ich 800.000 Euro für die Erweiterung um nur eine Gruppe sehr teuer. Ich würde es gut finden, wenn die Verwaltung einen anderen Ort und Betreiber finden würde“, stellte er fest.

Beschluss: Der Stadtrat genehmigte mit zwei Gegenstimmen die Erweiterung des Kindergartens an der Badstraße um eine Krippengruppe nach Maßgabe der vom Architekturbüro Dipl. Ing. Andreas Schmauser gefertigten Planzeichnungen vom 26. März 2015 als städtische Baumaßnahmen.

#### ● TOP 9: Nutzungsänderung von Schulcontainern in eine Kindertagesstätte – Genehmigung als städt. Baumaßnahme

Sachverhalt: Am 14. Oktober 2014 hat der Stadtrat beschlossen, dass als Interims-Lösung die Container der Freien Waldorfschule an der Königsdorfer Straße übernommen werden, in denen von September 2015 bis August 2017 mit Option für weitere zwei Jahre 3–4 Kindergruppen untergebracht werden können. Nach der Feststellung des Bedarfs ist nun die Nutzungsänderung für eine Kindergartengruppe und drei Krippengruppen beabsichtigt.

Annette Heinloth (Grüne) klagte über das abweisende Äußere der Container an der Königsdorfer Straße. „Wenn ich einen Krippenplatz für mein Kind suchen würde, wären dieser nicht attraktiv für mich“, stellte sie fest. Eine Mutter wolle doch kein „Schließfach für ihr Kind“. Sie schlug vor, mit der Freien Waldorfschule zu sprechen, dass die bestehenden Anpflanzungen nach dem Auszug der Schule bleiben können. Weiter sollte die Stadt einen Landschaftsarchitekten mit der Gestaltung des Außenbereichs beauftragen. „Es werden wohl mehrere Kindergartengenerationen dort hingehen, für die ist es keine Interimslösung“, betonte sie. Bauamtsleiter Dieter Lejko versprach, das Thema im Haus zu lösen. Und BVW-Rat Peter Ley schlug vor, eine Gestaltung über die Ehrenamtsbörse zu organisieren, wie es auch schon beim Pausenhof der Waldramer Schule gelungen war. Beschluss: Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Nutzungsänderung von Schulcontainern in eine Kindertagesstätte (Interims-Lösung) nach Maßgabe der vom Architekten Thomas Wenig gefertigten Planzeichnungen vom 18. März 2015 als städtische Baumaßnahme.

#### ● TOP 10: Antrag der Fraktion Bürgervereinigung Wolfratshausen; hier: Bewerbung der Stadt Wolfratshausen als „FAIRTRADE-Stadt“

Sachverhalt: Im März 2015 stellten Dr. Ulrike Krischke und Beppo Praller im Namen der Fraktion Bürgervereinigung Wolfratshausen den Antrag, alles Erforderliche in die Wege zu leiten, um eine Teilnahme der Stadt Wolfratshausen an der Kampagne „FAIRTRADE Towns“ zu ermöglichen.

#### Der Antrag: Bewerbung der Stadt Wolfratshausen als „FAIRTRADE-Stadt“

Um eine Teilnahme an der Kampagne „FAIRTRADE Towns“ zu ermöglichen, stellen Dr. Ulrike Krischke und Josef Praller im Namen der Bürgervereinigung Wolfratshausen den Antrag auf folgende Beschlüsse:

„Wolfratshausen bewirbt sich für den Titel der „FAIRTRADE-Stadt“ im Rahmen der internationalen Kampagne von TransFair.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Verwaltung zu beauftragen, die für die Kampagne „FAIRTRADE Towns“ erforderlichen Anträge zu stellen. Die für eine Verleihung des Titels erforderlichen Kriterien sind schnellstmöglich zu recherchieren und zu erfüllen. Die Verwaltung wird durch die noch zu gründende Steuerungsgruppe unterstützt.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Verwaltung zu beauftragen, künftig bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro fair gehandelten Kaffee auszuschenken und ein weiteres Produkt (z.B. Tee, Saft, Zucker, Kakao) aus fairem Handel zu verwenden.

Begründung: Die Globalisierung forciert die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt und vertieft dramatisch die Kluft zwischen Arm und Reich. Hinzu kommen in weiten Teilen der Welt durch Stammes- und Religionskonflikte ausgelöste korrupte Machenschaften, sowie durch einen starken Preisdruck und mangelnde geeignete Infrastrukturen unfaire Produktions- und Handelsbedingungen. Diese falschen Rahmenbedingungen zwingen Menschen in allen Teilen der Welt bis heute vielfach, Natur zu zerstören und persönliche Risiken einzugehen, um ihre Existenz zu sichern. Mehr als 800 Millionen Menschen hungern und die Zahl der Umwelt- und Kriegsflüchtlinge ist auf Rekordhöhe. Der Druck wird immer größer, weil die Ungerechtigkeiten weltweit zunehmen und die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet.

Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Zustände spüren wir auch in Europa, in Deutschland, in Bayern, in Wolfratshausen: Rund 110 Flüchtlinge aus 12 Nationen haben bisher in Wolfratshausen Zuflucht gesucht und gefunden und bis zum Ende des Jahres werden es noch viele mehr. Diesen Menschen geben wir Wolfratshausen gerne Heimat und Perspektive. Aber wir müssen auch bedenken: Niemand verlässt seine Heimat freiwillig ohne Hab und Gut in eine ungewisse Zukunft!

Darum müssen wir alle – auch in Wolfratshausen – endlich nicht nur aus menschlichen Erwägungen heraus, sondern auch wegen rein sachlicher, ökologischer und ökonomischer Gründe handeln. Wir müssen Maßnahmen einzuleiten, die den Menschen in ihrer Heimat helfen, eine humane, ökologisch nachhaltige Wirtschaft aufzubauen, die frei von Korruption aber mit einer klaren und tragfähigen Zukunftsperspektive sein kann. Die Globalisierung von Mindeststandards für soziale und ökologische Rahmenbedingungen muss – auch von uns – vorangetrieben werden!

Für Wolfratshausen gibt es hierfür einen klaren Weg: die Umsetzung der Prinzipien einer FAIRTRADE-Stadt.

FAIRTRADE-Stadt zu werden bedeutet, ein konkretes Zeichen für eine gerechtere Welt zu setzen. Das FAIRTRADE Siegel steht für gute Arbeitsbedingungen, gegen illegale Kinderarbeit, für stabile Mindestpreise, für langfristige Handelsbeziehungen und für einen umweltschonenden Anbau in allen Teilen der Welt. Die mit diesem Gütesiegel versehenen Lebensmittel sind frei von gentechnisch veränderten Zutaten, die meisten stammen darüber hinaus aus biologischem Anbau – zum Schutz von Mensch und Natur.

Mit dem Erwerb des Titels FAIRTRADE-Stadt kann sich Wolfratshausen als innovative und weltoffene Stadt positionieren, die für ihre Bürgerinnen und Bürger eine Vorbildfunktion einnehmen will. Unsere Stadt hat die Möglichkeit, sich mit über 1400 FAIRTRADE-Kommunen international zu vernetzen. Gleichzeitig setzt Wolfratshausen im Rahmen dieser Kampagne vor Ort wertvolle Impulse für die Themen Umwelt, Energie, soziale Verantwortung und globale Gerechtigkeit.

Wir bitten die Mitglieder des Stadtrats aus allen Fraktionen, diese Initiative zu unterstützen und die Weichen so zu stellen, dass Wolfratshausen sich bald um den Titel der FAIRTRADE-Stadt bewerben kann.“

Die Stadträte beschlossen einstimmig: Wolfratshausen bewirbt sich für den Titel der „FAIRTRADE-Stadt“ im Rahmen der internationalen Kampagne TransFair.

Fortsetzung auf Seite 24

**Fortsetzung von Seite 23**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Verwaltung zu beauftragen, die für die Kampagne „FAIRTRADE Towns“ erforderlichen Anträge zu stellen. Die für eine Verleihung des Titels erforderlichen Kriterien sind schnellstmöglich zu recherchieren und zu erfüllen. Die Verwaltung wird durch die noch zu gründende Steuerungsgruppe unterstützt.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Verwaltung zu beauftragen, künftig bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro fair gehandelten Kaffee auszuschenken und ein weiteres Produkt (z.B. Tee, Saft, Zucker, Kakao) aus fairem Handel zu verwenden.

**● TOP 11: Bekanntgaben und Anfragen****Bekanntgaben des Bürgermeisters**

**Zusätzliche Zugänge für Fußgänger und Radfahrer zum Gelände des Tengelmänn-Marktes an der Königsdorfer Straße:** In der Bürgerfrageviertelstunde im Juli 2014 war der Bürgermeister gebeten worden, Kontakt zur Firma Tengelmänn aufzunehmen und die Möglichkeiten für die Schaffung zusätzlicher Zugänge zum Gelände des Marktes an der Königsdorfer Straße von Norden oder/und Osten zu klären. Aufgrund des entsprechenden Schreibens der Stadt fand im Januar 2015 eine Ortsbesichtigung statt, bei der die Vertreterin der Firma Verständnis für das Anliegen der Stadt bzw. der Kunden zeigte. Leider hat die interne Abstimmung bei Tengelmänn ergeben, dass wegen der derzeitigen Situation des Unternehmens keine größere Baumaßnahme am Standort vorgenommen werden kann.

**16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19A für die Grundstücke Sauerlacher Straße 11–15, Anfrage von Stadtrat Fritz Meixner zum Sachstand:** Der Stadtrat hat am 11. Februar 2014 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 19A für oben genannte Grundstücke sowie die angrenzende Verkehrsfläche zu ändern. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfes wurde der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt. Es wurden bereits „vorgezogene Konzeptüberlegungen“ vorgelegt. Derzeit wird ein Planentwurf erstellt, der voraussichtlich in der Juni-Sitzung dem Bauausschuss zur Anerkennung vorgelegt werden soll.

**Anwesen Bahnhofstraße 9 in Wolfratshausen (vorm. Klein Antonie), Sachstandsbericht:** Die Vermietung der Wohnung im Erdgeschoss blieb unverändert. In der Wohnung im Obergeschoss wurde in Absprache mit der Nachlassverwalterin und der Miteigentümerin, der Katholischen Kirchenstiftung Wolfratshausen, eine Asylbewerberfamilie untergebracht. Ein Teilbereich des Schuppens wurde an die Kolpingfamilie Wolfratshausen zur Lagerung ihrer Vereinsutensilien verpachtet. Diese Verpachtung erfolgte ebenfalls in Absprache mit der Nachlassverwalterin und der Kirche. Zur Vereinfachung der Bewirtschaftung wurde zwischen der Katholischen Kirchenstiftung und der Stadt Wolfratshausen eine Vereinbarung (Verwaltervertrag) abgeschlossen, wonach die Verwaltung des Anwesens der Stadt obliegt. Unterhaltarbeiten: In der Obergeschosswohnung wurden Anpassung und E-Check der Elektrotechnik sowie diverse kleinere Dachreparaturen des Wohngebäudes durchgeführt. Derzeit stehen noch folgende Arbeiten aus: Nach Abstimmung mit dem Denkmalmat Erneuerung der Bretterschalung am bestehenden Stadel an der Westseite; Erneuerung des Windfanges am Stadel und Nebengebäude; Erneuerung der Zaunanlage.

Weiter erinnerte er die Räte an den Festakt zur 150-Jahr-Feier der Freiwilligen Feuerwehr Wolfratshausen, die am 9. Mai 2015 stattfinden wird. Die Stadträte seien dazu eingeladen.

**Anfragen**

Claudia Drexl (CSU) erinnerte an die noch immer nicht vereinheitlichte Beschilderung am Walsersteg. Bauamtsleiter Dieter Lejko versprach, sich darum zu kümmern.

Alfred Fraas (CSU) erinnerte daran, dass er bereits mehrfach beim Bürgermeister die Einsichtnahme des Gutachtens Loisachhalle eingefordert hatte. „Dass ich immer noch keinen Einblick in die Sachlage erhalten habe, macht mich erheblich neugierig“, sagte er. Scheinbar seien die Inhalte so interessant, dass man sie nicht einsehen darf. Und dabei werde er im Rechnungsprüfungsausschuss doch so wieso die Möglichkeit haben, sich einzulesen. „Warum sind Sie dann so abweisend“, fragte er. Bürgermeister Heilinglechner antwortete ihm, dass er ihn doch bereits bezüglich des Gutachtens an den zuständigen Rechtsanwalt verwiesen hätte. „Laut dem Rechtsanwalt handelt es sich um einen privatrechtlichen Vertrag. Eine Einsichtnahme ist also nicht möglich. Ich kann den Rechtsanwalt auch nicht von seiner Schweigepflicht entbinden lassen“, erklärte er. Fraas dankte ihm für diese Auskunft, hätte sie aber gerne schon früher gehabt und schriftlich.

Manfred Menke (SPD), Informationsfreiheitsbeauftragter der Stadt, bot Fraas an, in seiner Funktion den Vertrag einzusehen. „Natürlich ohne eine Kopie anzufertigen.“ Dann könne er eine Beurteilung abgeben. Laut Bürgermeister Heilinglechner könnte dies eine Möglichkeit sein, wenn Fraas als Bürger und nicht als Stadtrat diesen Antrag stelle.

Weiter fragte Fraas, wie weit die Stadt bei der Möglichkeit der Beschlussverfolgung im Allris-Sitzungssystem sei. Amtsleiter Franz Gehring antwortete ihm, dass er an dem Thema arbeite. Doch eine Umsetzung einer gut funktionierenden Beschlussverfolgung sei mit Allris nicht so gut umzusetzen. „Wenn wir von einem Sachverhalt auch nur den ersten Schritt abgearbeitet haben, wird der Vorgang automatisch als abgeschlossen gekennzeichnet. Mit anderen Systemen kann man nach Arbeitsschritten differenzieren. Vielleicht bekommen wir ja noch ein neues Sitzungsprogramm“, so Gehring.

Annette Heinloth (Grüne) fügte hinzu, dass sich Gehring diesbezüglich vielleicht an das Landratsamt wenden könne. Hier habe man anscheinend mit Allris eine funktionale Lösung gefunden.

Dr. Hans Schmidt (Grüne) beklagte sich über das Vorgehen des Bürgermeisters mit Anträgen aus dem Stadtrat. Laut Geschäftsordnung gebe es genaue Richtlinien, wie mit Anträgen umgegangen werden müsse. So sei der Antrag der Grünen zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtgebiet bisher noch nicht behan-

delt worden. „Das Thema gehört zum Tagesgeschäft des Bürgermeisters“, erklärte ihm Bürgermeister Klaus Heilinglechner. Doch Schmidt vermisst bis heute eine Umsetzung des Antrags. So seien die Wolfratshausener Bürger von Heilinglechner zum Beispiel nicht aufgefordert worden, Parkbänke zu spenden. Darauf der Bürgermeister: „Wir von der Bürgervereinigung haben sofort zwei Bänke gesponsert. Und es ist meine Entscheidung, ob ich einen öffentlichen Aufruf mache.“ Diese Auskunft verärgerte Schmidt: „Sie können das doch in ihrer Selbstherrlichkeit nicht ablehnen. Ich bitte, das rechtlich prüfen zu lassen.“ In diesem Zusammenhang forderte er den Bürgermeister auf, auch den zweiten nicht erledigten Antrag der Grünen abzuarbeiten. Hier hatte die Fraktion den Bürgermeister aufgefordert, die Bürger aufzufordern, sich aktiv an der Umsetzung der Ziele der Energiewende Oberland zu beteiligen. „Der Appell wurde bis heute nicht an die Bevölkerung gerichtet.“ Heilinglechner darauf: „Wir wollen doch jetzt den Energienutzungsplan aufstellen lassen. In diesem Zusammenhang sollen die Bürger doch beteiligt werden. Dann machen wir das in einem Zug. Wenn ich jetzt aufrufe, dann kommt doch eh nix zurück.“ Schmidt wollte dies von dem Bürgermeister schriftlich bekommen.

Fritz Meixner (SPD) fragte den Bürgermeister, ob die Stadt bereits Mitglied im Badehaus-Verein ist. „Ich würde das anregen wollen“, sagte er. Laut Bürgermeister Heilinglechner ist die Stadt noch nicht Mitglied, auch wenn sie bereits vom Verein angesprochen worden ist. „Ich bin der Meinung, die Stadt bringt bereits eine große Geldleistung ein und stellt auch die Loisachhalle für die Benefizveranstaltung kostenlos zur Verfügung. Aber natürlich ist das eine Frage des Gremiums.“ Meixner antwortete ihm, dass es hier um Zweierlei gehe: die finanzielle Leistung der Stadt und die ideelle Unterstützung des Vereins. Er werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Neues aus



## Einschreibetermine an der Staatlichen Realschule Wolfratshausen

von Montag, 11.05. bis Mittwoch, 13.05.2015, von 9.00–12.00 Uhr,  
Montag, 11.05. und Dienstag, 12.05.2015, auch 14.00–17.00 Uhr

Schüler und Schülerinnen der 4. Klasse der Grundschule werden mit dem Übertrittszeugnis für das Schuljahr 2015/16 angemeldet. Schüler und Schülerinnen der 5. Klasse Mittelschule müssen mit dem Zwischenzeugnis angemeldet werden.

**Zur Anmeldung bringen Sie bitte folgende Unterlagen mit:**

- Anmeldebogen, online ausgefüllt (zu finden unter [www.rs-wor.de](http://www.rs-wor.de))
- Erfassungsbogen (nur bei Fahrern), online ausgefüllt
- Übertrittszeugnis im Original
- Geburtsurkunde bzw. Familienstammbuch
- Passbild (bei Fahrern)
- Ggf. Sorgerechtsbeschluss
- Ggf. Attest für LRS oder Legasthenie
- Zwischenzeugnis im Original (bei Schülern, die aus der 5. Klasse übertreten möchten)

Die Anmeldungen erfolgen im Sekretariat der Schule.

Franz-Kölbl-Weg 2, 82515 Wolfratshausen, Tel.: 08171/7112, Fax: 08171/7113, E-Mail: [sekretariat@rs-wor.de](mailto:sekretariat@rs-wor.de), Homepage: [www.rs-wor.de](http://www.rs-wor.de)

## Verlängerung Vollsperrung Lärchenstraße bis 22.05.2015

Aufgrund von mehreren technischen Erweiterungen dauert die bereits begonnene Vollsperrung in der Lärchenstraße **noch bis zum 22. Mai 2015**.

Der Verkehr wird umgeleitet über Blumen-/Flora-/Teilstück Holunder-/Stobäus-/Akelei-/Kräuter-/Margeriten-/Schießstätt-/Äußere Sauerlacher Straße.

Der Bus entfällt weiterhin. Anliegerverkehr ist frei bis Baustelle.

### Immo-Gesuche

**Landwirtschaftlicher Grund** ab 0,5 ha im Anzeigenbereich zu kaufen oder pachten gesucht. Zuschriften unter Z30280 an Isar-Kurier, Postfach 1420, 82525 Geretsried

**Baugrundstück 600 - 1.000m<sup>2</sup>** von Familie gesucht. Tel.: 0177/1588615

**3% Provision bei Abschluss.** Suche kleine Halle, Werkstatt, Garage in Geretsried Umgebung, Tel.: 08171/34377

**Suche 2-3 Zi.-Wohnung** von privat in WOR, Tel.: 0151/23728236

**Paar sucht EFH/DHH/RHH** od. gr. Gartenwhg. auch renovbed. od. Baugrundst. in WOR, Schäftl., Pull. z. Kauf, ☎ 0175/1794710 od. 089/567161 (abends)

**Wohnung zu kaufen oder mieten** von einheim. Rentnerpaar gesucht. Einzugsgebiet: südl. Landkreis Bad Tölz / Wolfratshausen. Größe: 2½ - 3 Zimmer, Küche, Bad, Garage, Keller. Lage: EG mit Terrasse und kl. Garten. Angebote unter: Tel.: 08171/62134

**Gebürtiger Geltinger** sucht in Geltling und Umgeb. EFH, DHH, Baugrund um hier wohnhaft bleiben zu können, ☎ 0171/5234359

### Immo-Gesuche

**Senioren: Ihre** Immobilie in Geld umwandeln & darin wohnen bleiben. Kaufe Ihre Immobilie gg. monatl. hohe Leibrente! Wohnrecht für Eigentümer auf Lebenszeit, Tel.: 089/208039677

**Suche Gewerbestand, 500 m<sup>2</sup>,** kleinen Bauernhof oder Friseurzeit., Seegrundstück zum Kaufen! Angebote an: [gewerbestand1@gmail.com](mailto:gewerbestand1@gmail.com)

**Junge, sympathische** Familie aus Münsing sucht neues Zuhause. Baugrundstück, renovierungsbedürftiges Haus oder EFH. ☎ 0172/8225490

**Suche für nettes Ehepaar Grundstück oder Haus** in guter Infrastruktur auch mit Altbestand, U. Horsthemke Immobilien, Tel.: 08170/9969090 oder 0160/8330200

### Beilagenhinweis:

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Prospekt von **Fressnapf** bei. Wir bitten um Beachtung.

Informationen  
der Stadt



## Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 10. März 2015

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung findet in Wolfratshausen immer die Bürgerfrageviertelstunde statt. Diese Woche nutzte unter anderem Heinz Wensauer die Chance, dem Bürgermeister vor den Stadtratsmitgliedern und den Bürgern Fragen zu stellen. So wollte er wissen: „Glauben Sie, dass es geschickt ist, wenn bei einem öffentlichen, politischen Frühschoppen von Finanzierungskosten in Höhe von 5 – 10 Millionen Euro gesprochen wird?“ Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) antwortete ihm, dass es nie geschickt sei, öffentlich über Kosten zu sprechen, wenn man noch in Verhandlung sei. Weiter fragte Wensauer nach Heilinglechners Einschätzung, was mit der S-Bahn geschehe, wenn diese (wie die S-Bahn rund um Nürnberg ab 2013, die Red.) durch eine europaweite Ausschreibung in französische Hände gelangen könnte. Er fürchtete um die Investitionen, die der Landkreis in die S-Bahn-Verlängerung stecken wolle. „Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Das was wir jetzt mit der S-Bahn-Verlängerung vorhaben, ist eine infrastrukturelle Maßnahme, an der wir uns als Kommune beteiligen wollen.“ Das werde einen potentiellen französischen Konzern wohl nicht weiter interessieren. Grundsätzlich wisse man aber ja noch gar nicht, wie es mit der Verlängerung weitergehe. „Wir sollten jetzt erst einmal den Runden Tisch abwarten. Und da wird auch nichts beschlossen werden!“

Eine Bürgerin informierte sich über die Regelungen zum Grünen Markt. Bürgermeister Heilinglechner berichtete vom Stadtratsbeschluss, der ein Ende des Markts um 13 Uhr festlegt. Bevor der Beschluss umgesetzt werde, bedürfe es noch einer Begehung mit der Polizei. „Dann ist die Marktsatzung gültig.“ Ob denn im Vorfeld zur Verlegung des Markts mit den Anwohnern der „Entlastungsstraßen Weidacher Hauptstraße, Bahnhofstraße, Am Floßkanal“ gefragt worden seien, ob sie mit dem Mehrverkehr einverstanden seien, wollte sie dann noch wissen. „Die tragen nämlich die Hauptlast und auch die Lärmbelastung“, stellte sie fest. Dies ist laut Heilinglechner nicht geschehen.

### ● TOP 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner begrüßte die Stadträte. Geburtstag gefeiert hatte zuletzt Josef Praller (BVW) am 28. Februar. Heilinglechner gratulierte und wünschte stets weise Entscheidungen zugunsten der Stadt.

### ● TOP 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 10.02.2015

Die öffentliche Niederschrift wurde genehmigt. Günther Eibl (CSU) hatte vergangenen Monat Korrekturen zum Sitzungsprotokoll gefordert. Gemeinsam mit Protokollführerin und Bürgermeisterssekretärin Claudia Holzer hatte er deswegen die Tonmitschnitte der Sitzung kontrolliert. „Und ich musste feststellen, dass ich von meinem Skript abgewichen bin. Das Protokoll stimmt also. Herr Bürgermeister, ich gratuliere Ihnen zu dieser hervorragenden Protokollführerin“, sagte er und entschuldigte sich für seine Kritik.

TOP 3: Überörtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008-2013 Behandlung der Prüfungsfeststellungen (Bericht des BKPV vom 08.10.2014)  
Vom Gesamtergebnis der überörtlichen Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurden die Ausschüsse in den Märzsitzungen unterrichtet. Die finanziellen Verhältnisse und die Kassenlage der Stadt waren im Berichtszeitraum geordnet. In den Berichtsjahren konnte insgesamt eine zufriedenstellende Investitionsrate erwirtschaftet werden.

Das Nettosteueraufkommen schwankte von 2008 bis 2013 zwischen rund 9,77 Millionen Euro (2010) und rund 14,11 Millionen Euro (2013); auf Einwohner umgerechnet was es stets unterdurchschnittlich. Die Schulden des Kameralhaushalts erhöhten sich im Berichtszeitraum von rund 10,84 Millionen Euro auf 16,52 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit Ende 2013 mit rund 936 Euro geringfügig unter dem zuletzt für 2012 veröffentlichten Landesdurchschnitt von 950 Euro.

Die Schulden der in der Rechtsform eines Komunalunternehmens geführten Stadtwerke und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft mbH beliefen sich Ende 2013 auf insgesamt rund 18,64 Millionen Euro. Im Berichtszeitraum konnten die allgemeinen Rücklagemittel erhöht werden; sie lagen am 31. Dezember 2013 bei rund 8,04 Millionen Euro. Nach den Ansätzen in der Haushalts- und Investitionsplanung bis 2017 sind für die Investitionen von rund 13,3 Millionen Euro Kreditaufnahmen nicht vorgesehen; bei entsprechendem Umlauf in der tatsächlichen Haushaltswirtschaft würden sich die Schulden um rund 3,85 Millionen Euro reduzieren.

Zu den einzelnen Prüfungsfeststellungen hat die Verwaltung Stellungnahmen gefertigt, die in der Hauptausschusssitzung, im Bauausschuss und im Kulturausschuss behandelt wurden. Die Ausschüsse haben die Prüfungsfeststellungen zur Kenntnis genommen. Aufgetretene Fragen wurden von der Verwaltung erläutert. Aufgrund einer Gesetzesänderung muss seit dem 1. Januar 2004 für den Entlastungsbeschluss nicht mehr die überörtliche Rechnungsprüfung abgewartet werden. Bereits nach der örtlichen Prüfung (Art. 103 GO) durch den Rechnungsprüfungsausschuss und der Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten wird vom Stadtrat mit der Feststellung der Jahresrechnung gleichzeitig die Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO beschlossen. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 13. November 2014 die Stadt aufgefordert, zu den Einzelfeststellungen im Prüfungsbericht Stellung zu nehmen. Die Rechtsaufsichtsbehörde wird über die Behandlung des Tagesordnungspunkts in der Sitzung unter Beilage der Kurzfassung der Stellungnahmen unterrichtet.

### ● TOP 4: Jahresrechnung 2013 a) Feststellungsbeschluss (Art. 102 Abs. 3 GO) b) Entlastungsbeschluss (Art. 102 Abs. 3 GO)

Bericht des örtl. Rechnungsprüfungsausschusses vom 14.11.2014

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses ist dritter Bürgermeister Helmut Holzheu (CSU). Er stellte zufrieden fest, dass ein Stöbern in einer Vielzahl von Ordnern aufgrund der Vorgehensweise nicht notwendig gewesen sei. Die Budgets seien stichpunktartig geprüft worden. Dabei habe es wieder eine Überschreitung des Budget 03 (Veranstaltungsmanagement, Tourismus und Wirtschaftsförderung, die Red.) gegeben. „Hier sollte eine realistische Planung angestrebt werden“, bat er.

Dem Stadtrat wurde die Jahresrechnung 2013 einschließlich des Rechenschaftsberichts und weiterer Anlagen bereits in der Sitzung am 17.06.2014 zur Kenntnisnahme vorgelegt und ausführlich erläutert. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat anschließend in 4 Sitzungen und einer Abschlussbesprechung der Zeit vom 18.09.2014 bis 13.11.2014 die Jahresrechnung 2013 nach Maßgabe des Art. 103 GO örtlich geprüft.

Folgende Prüfungsfeststellungen wurden getätigt.

II Prüfungsanmerkungen 2013

- Berücksichtigung von Skontoabzügen A1, A2
- Budgetüberschreitung – Budget 03 A1
- Verbuchung von Investitions- und Unterhaltskosten – Aufteilung A1, A2
- fristgemäße Einforderung von Abschlagszahlungen für Dienstleistungstätigkeiten (KVU) A1, Abt. 13
- Verwendung der Vermächtnisse und Stiftungen A1, Abt. 11 Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Jahresrechnung 2013 mit folgendem Ergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO beschlussmäßig festzustellen. Von der Verwaltung wurde eine Auflistung der Prüfungsfeststellungen erstellt und die Stellungnahmen der Ämter zu den noch offenen Nachfragen eingearbeitet und mit der Ladung zur Stadtratssitzung verschickt. Soweit Prüfungsanfragen bereits während der Prüfung erledigt werden konnten, wurden diese Punkte nicht mehr im Prüfungsbericht erwähnt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Jahresrechnung 2013 mit folgendem Ergebnis gem. Art. 102 Abs. 3 GO beschlussmäßig festzustellen. Gleichzeitig ist die Entlastung zur ordnungsgemäßen Haushaltsführung zu erteilen. Rechnungsergebnis 2013 Einnahmen und Ausgaben Verwaltungshaushalt: 31.682.345,48 € Einnahmen und Ausgaben Vermögenshaushalt: 6.069.424,07 € Stand des Vermögens und der Schulden: Der Bestand der allgemeinen Rücklage betrug zum 31.12.2013 der Entnahme somit 8.041.413,50 € (Vorjahr 7.274.941,33 €). Der Schuldenstand lag bei 16.518.401,87 Mio €. Die Pro-Kopfverschuldung beträgt 935,67 €. Dies entspricht 140,49 % des Landesdurchschnittes vergleichbarer Städte (2012: 666 €).

Die Stadträte beschlossen einstimmig: a.) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung (Art. 103 GO) wird die Jahresrechnung 2013 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt. b.) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung (Art. 103 GO) wird für die Jahresrechnung 2013 die Entlastung erteilt

### ● TOP 5: Entlastungsstraße für Wolfratshausen – Grundsatzentscheidung zum weiteren Vorgehen

Sachverhalt: Die Verkehrsbelastung einzelner Straßen in Wolfratshausen ist sehr hoch; neben Staus ent stehen vor allem erhebliche Lärmbelastungen, die mehrere hundert Einwohner betreffen (über 67 dB(A) tags, bzw. über 57 dB(A) nachts). Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat beschlossen, eine Lärmaktionsplanung gemäß EG Umgebungsrichtlinie durchzuführen. Vom 23. März mit 24. April 2015 findet die frühzeitige Bürgerbeteiligung und am 24. März eine öffentliche Informationsveranstaltung in der Aula der Schule Wolfratshausen statt.

Hier, wie auch in bereits vorliegenden Anträgen oder gerichtlichen Auseinandersetzungen werden immer wieder Alternativlösungen, Streckensperrungen für den Schwerlastverkehr und Geschwindigkeitsbeschränkungen zumindest während der Nacht gefordert. Um die verschiedenen Wünsche geordnet abarbeiten zu können, ist eine Grundsatzentscheidung über das weitere Vorgehen erforderlich.

Die Stadt Wolfratshausen hatte in den Jahren 2000/2001 beim Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes in Auftrag gegeben. Mit den Planungsarbeiten sollten Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die Stadt in ihren empfindlichen Bereichen vom Kfz-Verkehr entlastet werden kann. Die dafür erforderlichen Maßnahmen sollten möglichst wirksam, städtebaulich und landschaftlich verträglich und schließlich auch finanzierbar und umsetzbar sein.

Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, wurden Prof. Dr.-Ing. Kurzak (verkehrliche Wirksamkeit), das Büro Schlegl (bauliche Machbarkeit und Kosten) und das Büro Vogl/Kloyer (landschaftliche Verträglichkeit, Eingriffsregelung) beteiligt. Am 15. Juli 2000 fand ein moderierter Workshop mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern statt, nachdem diese bis Ende März 2000 hatten eigene Trassenvorschläge schriftlich bei der Stadt einreichen können.

Das Ergebnis der Untersuchung wurde dem Stadtrat vorgestellt und in den neuen Flächen-nutzungsplanung aufgenommen.

Im Anschluss fand auch noch die gesamtwirtschaftliche Bewertung der Trassen statt.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW): „Die Entlastungsstraßenproblematik ist in diesem Gremium über die Jahre immer mal wieder aufgetaucht.“ Doch jetzt sei es an der Zeit, für den aktuellen Stadtrat, sich mit dem Thema zu befassen. Heilinglechner strebe einen Beschluss an, damit klar sei, wie weiter vorgegangen werden solle. Damit wolle er keine Diskussion über mögliche Varianten vom Zaun brechen, sondern nur hören, ob die Räte sich eine Sondersitzung oder eine Klausur dazu wünschen. Um in das Thema besser einsteigen zu können, sollen nun erst einmal alle Stadträte auf den gleichen Wissensstand gebracht werden. Dazu sollen die entsprechenden Gutachten seit März 2001 digitalisiert und den Räten zur Verfügung gestellt werden. „Das ist wirklich umfangreich“, sagte er eindringlich, „deswegen lassen Sie sich bitte Zeit“. Im April oder Mai solle dann entschieden werden, wie es weitergehen könnte.

Bauamtsleiter Dieter Lejko versprach den Räten sowohl das Verkehrskonzept 2001 sowie die Kosten-Nutzung-Untersuchung aus dem gleichen Jahr. Fünf Jahre später waren dann noch einmal ein paar Trassen ins Gespräch gekommen, zu denen es Unterlagen gäbe.

Fortsetzung auf Seite 20

**Fortsetzung von Seite 18**

Günther Eibl, Fraktionssprecher der CSU, betonte die grundsätzlich positive Haltung seiner Fraktion zu einer Umgehungsstraße. Allerdings sehen er und seine Kollegen einige Schwierigkeiten, wie eben die beengten Möglichkeiten Wolfratshausens mit Fluss, Berg und FFH-Gebiet. „Es gibt gute Varianten, die sind aber auch sehr teuer“, stellte er fest. Die Stadt habe aktuell aber einige Projekte vor sich, die zu finanzieren seien, wie zum Beispiel die S-Bahn-Verlängerung nach Geretsried. An einer verkehrsträglichen Lösung werden sich wohl Wolfratshausen, Geretsried und auch der Landkreis beteiligen müssen. „Da werden wahrscheinlich schon sehr hohe Mittel gebunden, die uns die nächsten 50 bis 100 Jahre begleiten werden“, prognostizierte er. Für eine Umgehung sei daher kein Geld mehr da, doch sollte man dafür verkehrsfördernde Maßnahmen im Stadtgebiet angehen.

„Packen wir's an! Damit könnten wir zumindest einen Stein weiter setzen auf dem Weg zu einer Entlastungsstraße“, sagte BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller. Er bat Lejko den neuen Stadträten möglichst vollständige Unterlagen zur Verfügung zu stellen, denn über die Jahre seien ja immer wieder neue Varianten vorgestellt worden. Das Thema habe den Stadtrat und die Ausschüsse über Jahre begleitet. Wichtig sei zudem die aktuelle Beschlusslage aus dem Jahr 2007.

Sich nach 15 Jahren erneut mit dem Thema zu beschäftigen, empfindet Annette Heinloth (Grüne) als sehr sinnvoll. „Das ist durchaus angemessen, da sich die Fakten in der Zwischenzeit verändert haben“, stellte sie fest. Auch sei es richtig, nicht mehr von einer Umgehungsstraße zu reden. Für Wolfratshausen werde nur eine Entlastungsstraße für eine Tangente realisierbar sein. Deswegen sollten die Verkehrsprobleme der Stadt auch über andere Wege angegangen werden. „Eine gute Vorbereitung ist auf jeden Fall wichtig. Eventuell muss sogar die Verkehrsanalyse aktualisiert werden. Grundsätzlich bin ich aber nicht allzu optimistisch, sehr viele Varianten müssen sicherlich gleich zur Seite gelegt werden“, schloss sie. In diesem Zusammenhang kündigte Bürgermeister Klaus Heilinglechner eine Verkehrsschau an. Auch sei er sich sicher, dass die Räte das Thema nicht in einer vierstündigen Sondersitzung abschließend behandeln könnten. Da brauche es mehr Zeit.

Fritz Meixner (SPD) empfindet es als wichtig, dass sich der Stadtrat dem Thema stelle. „Auch wenn wir wissen, dass dies ein schwieriger und langwieriger Prozess wird“, sagte er. Im Hinblick auf die Verdichtung des Großraums Münchens werde es aber eben für Wolfratshausen sicherlich nicht einfacher werden.

In der April- oder Maisitzung wird das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

**● TOP 6: Bekanntgaben und Anfragen****Bekanntgaben des Bürgermeisters Klaus Heilinglechner (BVW)****Neue Öffnungszeiten Wertstoffhof**

In Absprache mit der WGV und dem Maschinenring werden die Öffnungszeiten für den Wertstoffhof und die Grüngutannahme dergestalt neu geregelt, dass die Öffnungszeiten entsprechend der offiziellen Sommer- und Winterzeit variieren. Während der Sommerzeit gilt folgende Regelung: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 13.30 bis 18.00 Uhr, Samstag von 10.00 bis 13.00 Uhr, Mittwoch geschlossen.

Während der Winterzeit verschiebt sich die Öffnungszeit: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils auf 12:30 bis 17:00 Uhr, Samstag bleibt bei 10.00 bis 13.00 Uhr, Mittwoch geschlossen.

Die Änderung der Öffnungszeiten tritt zum Beginn der Sommerzeit 2015, also ab Montag, 30. März 2015 in Kraft.

**Sachstandsbericht zur Untersuchung der Parkplätze durch das Büro Plankreis**

Das Büro Plankreis ist in Bearbeitung der Untersuchung zur Parkierung in der Innenstadt von Wolfratshausen, das zahlreiche und vielfältige schon vorhandene Gedankengut ist weitgehend ausgewertet. Als nächster Schritt sollten die Erkenntnisse daraus in einen gesamtstädtischen Zusammenhang gestellt werden. Dafür sind jetzt noch ergänzende Erhebungen vor Ort nötig.

Der Plankreis strebt an der Stadt bis Mitte des Jahres einen Zwischenbericht der aktualisierten vorbereitenden Untersuchung mit einem integrierten Parkierungskonzept zukommen zu lassen.

**Antrag zur Abstufung der B11 zur Ortsstraße**

Die Stadt Wolfratshausen hatte die Abstufung des Untermarkts zur kommunalen Straße mit gleichzeitiger Aufstufung der Straßen Bahnhofstraße und Teile Am Floßkanal beantragt: im Abschnitt Kreuzung Untermarkt/Bahnhofstraße bis Kreuzung Obermarkt/Johannissgasse sowie Aufstufung der Ortsstraßen Bahnhofstraße/Am Floßkanal und ein Teilbereich der Staatsstraße St 2070 zur Bundesstraße.

Das Staatliche Bauamt Weilheim hat den Antrag an die vorgesetzte Dienstbehörde, der Regierung von Oberbayern und der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern für Bau und Verkehr mit der Bitte um Vorprüfung, ob eine Abstufung der B11 zur Ortsstraße im Abschnitt Kreuzung Untermarkt/Bahnhofstraße bis Kreuzung Obermarkt/Johannissgasse sowie Aufstufung der Ortsstraßen Bahnhofstraße/Am Floßkanal und ein Teilbereich der Staatsstraße 2070 zur Bundesstraße möglich wäre.

Das Staatliche Bauamt Weilheim teilte in ihrem Schreiben vom 12. Februar 2015 folgendes Ergebnis der Vorprüfung mit: Grundsätzlich ist eine Umstufung bzw. eine Verlegung einer Straße oder von Streckenteilen nur dann möglich, wenn sich die Verkehrsbedeutung geändert hat. Für die Verkehrsbedeutung sind die von einer Straße vermittelten räumlichen Verkehrsbeziehungen maßgeblich sowie die Funktion, die eine Straße innerhalb des Gesamtstraßennetzes erfüllt.

Es ist nur dann sinnvoll das Einverständnis für eine andere Verkehrsführung von Bundesstraßen beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einzuholen, wenn sich die Verkehrsbedeutung innerhalb eines Straßenzuges insgesamt geändert hat. Das ist aktuell nicht gegeben. Im Übrigen müssten zunächst von der Stadt Wolfratshausen alle rechtlichen Voraussetzungen für die gewünschte Umstufung geschaffen werden.

Der Bürgermeister informiert, dass die Stadt aufgrund der Verkehrssituation mit der derzeitigen Einbahnstraßenregelung in Wolfratshausen von Seiten des Bundes keine Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben erhalten wird. Denn durch die

vorgeschlagenen Linienführung seitens der Stadt über die Sauerlacher Straße (St 2070) sowie die Ortsstraßen „Am Floßkanal“ und „Bahnhofstraße“ würde gegenüber der bisherigen Bundesstraßenführung bei einer Mehrlänge von ca. 700 m insgesamt für den Bund auch kein Vorteil entstehen. Im Allgemeinen ist der Bund an möglichst kurzen und direkten, insbesondere in Ortsdurchfahrten, als an langen Linienführungen durch eine Gemeinde interessiert.

Der Bürgermeister erklärte: „Eine Abstufung der B11 erscheint vor diesem Hintergrund nicht realistisch. Wir stehen Ihnen jedoch gerne für weitere Gespräche zur Verbesserung der verkehrlichen Situation in Wolfratshausen zur Verfügung.“

**Rama Dama 2015**

Das von der WGV Quarzbühl initiierte, jährliche Rama Dama findet heuer am 18. April statt. Die schriftlichen Einladungen an Vereine und Organisationen werden in den nächsten Tagen versendet.

**Anfragen der Stadträte**

CSU-Rat **Dr. Manfred Fleischer** regte an, dass der Bürgermeister beim Runden Gespräch zur S-Bahn-Verlängerung die Chance nutze, den Verkehrsminister auch auf die ungleiche Verkehrsbelastung der Gemeinden Wolfratshausen und Grünwald hinzuweisen. Die Grünwalder Isarbrücke sei nur für Fahrzeuge bis 3 Tonnen Gewicht zugelassen. Lastwagen könnten somit im Münchner Süden nur noch über die Wolfratshausener Marienbrücke über die Isar kommen. „Die Verkehrslasten sollten gerecht verteilt werden“, forderte er.

**Richard Kugler** (CSU) ist von den neuen Öffnungszeiten des Wertstoffhofs begeistert. Auch gefalle ihm die Begrenzung auf 1 Kubikmeter nicht. „Es ist doch besser, wenn man seinen Müll hier in Wolfratshausen abgeben kann und ihn nicht quer durch den Landkreis bis nach Quarzbühl fährt“, meinte er. Seiner Meinung nach habe der Wertstoffhof eine Reform dringend nötig, vor allem da es immer das Verpackungsmaterial immer mehr werde. Gelegentlich sei es nämlich auch schon vorgekommen, dass die Müllpresse schon voll sei, und er mit seinen Wertstoffen wieder nach Hause geschickt wurde. „Wir hätten hier doch wirklich genug Platz.“

Der Bürgermeister nahm den Hinweis zur Kenntnis, gab jedoch zu bedenken, dass 1 Kubikmeter für einen privaten Haushalt schon sehr viel sei.

Dem widersprach **Alfred Fraas** (CSU). Er übernehme zum Beispiel die Müllentsorgung für die gesamte Hausgemeinschaft. „Das ist doch nützlich, wenn nicht alle fahren müssen.“ Und auch er habe schon Schwierigkeiten beim Abgeben gehabt.

**Beppo Praller** (Fraktionssprecher BVW) erkundigte sich nach dem Sachstand „Tageseinrichtung für demente Erwachsene“ in der Geltinger Straße. Laut Susanne Leonhard vom Bauamt sei das Vorhaben nicht zustande gekommen. Der Betreiber der Tageseinrichtung sei mit dem Eigentümer nicht einig geworden. Praller bedauerte dies.

BVW-Rat **Helmut Forster** gab eine Stellungnahme zum SPD-Stammtisch im März ab. „Seit 16 Jahren bin ich nun kommunalpolitisch in unserer Stadt als Vertreter der BVW in den verschiedensten Positionen tätig. Die Devise der BVW und meine war und ist, Probleme mit anderen politischen Gruppierungen in Gesprächen miteinander anzusprechen und zu lösen und nicht über Facebook oder in Stammtischen über andere herzugehen. Ich bin der Meinung, das Forum eines Stadtrates ist die Stadtratssitzung.“

Ich möchte deshalb heute zu einigen Behauptungen, die im SPD-Stammtisch am 22. Februar 2015 bezüglich meiner Person, als ehemaliger 1. Bürgermeister getroffen wurden, Stellung beziehen.

• Frau Berchtold: Forster hat in seiner Amtszeit einige Dinge verschlafen. Dazu kann ich nur feststellen, dass ich Ihre Aussagen als inkompetent und ehrabschneidend empfinde. Dies ist schon enttäuschend, vor allem unter dem Hintergrund der vergangenen Jahre. Liebe Frau Berchtold, deshalb jetzt einige in meiner Amtszeit als 1. Bürgermeister umgesetzte Maßnahmen:

Weihnachtsbeleuchtung, Fahnen auf den Brücken, Solarkataster, Obdachlosenunterkunft, Loisachhalle, Neubau und Sanierung der Schule Waldram, energetische Sanierung der Schule Hammerschmiedweg, Umsetzung des Walser Steg mit seinen vorgeschalteten Grundstücktauschgeschäften, Bergwaldlehrpfad als europäisches Leaderprojekt, internationale Flößerstadt, Multifunktionsplatz vor der LH, Neugestaltung des Loisachufers-Ost mit Sitzstufen und Befestigung des Untergrundes der „Alten Floßlande“, Seniorenmesse, die Tartanbahnen im Isar-Loisach-Stadion und im Stadion Waldram, Städtefreundschaften mit Brody und Manzano, Neugestaltung der Sportlehrer zur Sportlergala, Neugestaltung des Birnmühlplatzes, erfolgreiche Vermittlungsverhandlungen für den Kauf des Schützenheimes durch die Gebirgsschützenkompanie zu außerordentlich günstigen Konditionen, Bürgerentscheid S-Bahn-Verlängerung, Bürgerbegehren interkommunales Hallenbad in Geretsried, Bürgerentscheid zum Archiv, energetische Sanierung Feuerwehrhaus am Hatzplatz, Neubau Kindergarten Wettersteinstraße, Schaffung von Kinderkrippenplätzen (am 1. Mai 2008 = 16 Plätze, am 1. Mai 2014 = 112 Plätze), Loisach-Volksfest, Flusssfestival, Angerstraße, Auf der Haid, Moosbauerweg, Neubau von Wohnungen der StäWo und Aufstockung und energetische Sanierung der Wohnungen an der Margeritenstraße, Einführung „Wolfratshausen Aktuell“, 1. Strom-Tankstelle im Oberland, Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes und der Grundsteuer, Gesamtinvestitionen von weit über Euro 20 Millionen, einer Aufstockung unserer Rücklagen auf rund 8 Millionen Euro und einer Schuldenreduzierung von Euro 19 Millionen, die durch das Umsetzen von SR-Beschlüssen aus der Zeit vor meiner Legislaturperiode (Schule Waldram, LH und Wirtshaus Flößerei) entstanden sind, auf Euro 15 Millionen zum 31.12.2014.

Dies alles und noch mehr war aber nur möglich durch die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Ausschüsse und des Stadtrates mit einem Großteil der heutigen Stadtratsmitglieder. Dabei sollte man nicht vergessen, dass wir 2009 und 2010 die Auswirkungen einer Weltwirtschaftskrise überwinden mussten, die auch uns getroffen hat.

Zu den Verhandlungen und Gesprächen im Wirtschaftsministerium wegen der Verlängerung der S-7 von WOR nach Geretsried habe ich von Anfang an meine Vertreter mitgenommen. Meinem Vorgänger war dies offenbar nicht möglich.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 20

• Aussagen von Herrn Berchtold:

Forster hat in seiner Amtszeit keine Strategie in Punkto Kinderbetreuung. Er darf nicht aus dieser Verantwortung entlassen werden. Er hat sich nicht um das Angebot des Landkreises gekümmert, den Anteil des Landkreises an der Landwirtschaftsschule zu kaufen. Dies stellt ein Versäumnis dar, das uns ein dreiviertel Jahr kostet.

Zu diesen Aussagen von Herrn Berchtold: Wie vorhin schon ausgeführt wurden in meiner Amtszeit die Kinderkrippenplätze von 16 Plätzen auf 112 Plätze erhöht. Wir haben den Kindergarten Wettersteinstraße gebaut und der Kindergarten in der Auenstraße wurde auf der Haid mit unserem Zuschuss neu erstellt und vergrößert. Auch die Betreuung in den Kinderhorten hat in dieser Zeit deutlich zugenommen und wir haben den Kinder- und Jugendförderverein dabei immer unterstützt. Herr Berchtold ist - wie ich - Kreistagsmitglied und weiß - wie ich - dass in der Kreistagsitzung der Verkauf des Anteils des Landkreises auf der Tagesordnung steht. Diese Sitzung fand statt am 25. Februar 2015. Der Kreisausschuss hatte im November 2014 einen entsprechenden empfehlenden Beschluss gefasst. Herr Landrat Niedermeier hatte auf meine Bitte im Jahre 2012 ein Gutachten über den Verkehrswert des Anteils des Landkreises durch den Gutachterausschuss erstellen lassen. Das heißt, die Initiative kam von mir. Die Erstellung des Gutachtens hat einige Zeit in Anspruch genommen und das Gutachten war dann beim Eingang in unserem Rathaus mit dem Vermerk „Vertraulich“ versehen. Ich sehe es als meine selbstverständliche Verpflichtung an, vertrauliche Unterlagen auch vertraulich zu behandeln, so ein Gutachten in unserem Hause dann auch so weit als möglich nachzuprüfen. Dies ist durch unser Bauamt geschehen und für richtig empfunden worden. Mit diesem Gutachten war kein Kaufangebot des Landkreises verbunden. Die Aussagen von Herrn Berchtold kann ich deshalb nur als böse verstehen und sie enttäuschen mich sehr. Vielleicht sollte er sich einmal Gedanken zu seiner Legislaturperiode – speziell 2002-2008 – machen.

• Herr Meixner: Alle bisher gefassten Beschlüsse tragen die Handschrift der SPD. Herr Meixner, welche Beschlüsse meinen Sie denn damit? Den Beschluss zum Kauf des Anteils vom Landratsamt ist eine Idee von allen Gruppierungen und nicht von der SPD alleine. Die Idee, das Archiv im Landwirtschaftsamt unterzubringen kommt vom 1. Bürgermeister und nicht von der SPD. Zum Zeitpunkt der Prüfung von Alternativstandorten war die Landwirtschaftsschule überhaupt noch nicht im Gespräch, da sie auch nicht zur Verfügung stand. Herr Meixner war zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht Stadtrat und glaubt trotzdem, das alles zu wissen. Dann müsste er aber auch wissen, wie intensiv Herr Stadtrat Schnaller damals für den Standort an der Loisach und das Modell 3 gekämpft hat, wie viele Telefongespräche mit dem Architekten er geführt hat, damit das Modell 3 auch umgesetzt werden kann. Wenn Herr Meixner die Behandlung eines Themas in 8 Sitzungen des Stadtrates und des entsprechenden Fachausschusses innerhalb von 2 Jahren – mit entsprechenden Beschlüssen – als Brechstangenmentalität empfindet, nur weil er noch nicht dabei war, dann halte ich dies für nicht korrekt, sondern nur für unsachlich.

Die Unterbringung der Fachschule für Heilerziehungspflege ist die Idee von Herrn Meixner, die wir auch sehr begrüßen.

• Herr Schnaller: Der Stadtrat hat bereits viele Projekte auf den Weg gebracht. Man geht respektvoll miteinander um. Die SPD versteht sich gut mit der CSU, den Grünen und teilweise auch mit der BVW.

Offenbar ist Herrn Schnaller vollständig entgangen, dass das Klima in unserem Stadtrat nach meinem Amtsantritt am 1. Mai 2008 sehr schnell deutlich besser wurde, als in der Periode vorher und sogar die Presse dies feststellte (mehrfach mit der Aussage „Kuschelkurs im Stadtrat“). Vielleicht glaubt Herr Schnaller, dass es nun mit ihm als 2. Bürgermeister noch viel besser läuft, da er ja wohl der Überzeugung ist, durch seine verbindliche Art nachhaltig dazu beizutragen. Dies kann ich nicht bestätigen. Wenn man auf Stammtischen versucht, mit markigen Sprüchen, zu Lasten anderer sich selbst hochzuloben, dann halte ich dies persönlich für unterste Schiene. Dies werden Sie bei den Monatsversammlungen der BVW nie erleben. Wir leben und arbeiten mit Fakten – auch gerne fraktionsübergreifend. Persönliche Beleidigungen und Diffamierungen sind bei uns tabu. Dies, meine Damen und Herren war meine Antwort auf die ehrverletzenden Aussagen im SPD-Stammtisch vom 22. Februar 2015.“

**Gerlinde Berchtold** (SPD) rechtfertigte sich. „Ich habe gemeint, in Sachen Kindertagesstätten hätten sie einiges verschlafen.“ Die Stadt hätte vorausschauender handeln können, wenn sie sich nur bewusst die Bauvorhaben in Wolfratshausen angesehen hätte. Und die Dinge, die Forster alle aufgezählt habe, seien ja auch nicht alleine sein Verdienst, sondern auch der der Stadträte und Bürger gewesen. „Außerdem haben sie auch Geld in den Sand gesetzt“, warf sie ihm vor. So habe es beim Walserteg eine Kostensteigerung von 150 Prozent gegeben. Die Weihnachtsbeleuchtung sei zwar sehr schön, wäre aber mit „immensen Kosten“ verbunden gewesen. 100.000 Euro hätte der Architektenwettbewerb für das Archiv gekostet, das nun gar nicht gebaut werde und die Sanierung der Laufbahnen hätten in Farchet mit rund 800.000 Euro mehr als doppelt so viel und in Waldram 100.000 Euro mehr gekostet. Interessant sei die Verpachtung des Alten Vermessungsamts auf 99 Jahre gewesen, wobei das Rathaus nur kurze Zeit später aus allen Nähten platze. „Hier wurde auf die Schnelle etwas gemacht, ohne groß nachzudenken“, kritisierte sie. Gerade noch abgewendet worden waren die fast 700.000 Euro teuren Sanieranlagen für den Campingplatz in Wolfratshausen. „Jetzt renoviert der Pächter selbst und es kostet sehr viel weniger. Das Geld für die Planer musste aber dennoch bezahlt werden“, gab sie zu bedenken. Keine neue Erfindung sei die Seniorenmesse gewesen, die schon früher von Dietlind Diepen initiiert worden war. Weiter habe die Eröffnung der Loisachhalle nur stattfinden können, nachdem die Verhandlungen geführt worden waren. Und dies sei vor Forsters Zeit als Bürgermeister geschehen. Zur S-Bahn-Verlängerung stellte sie fest, dass diese unter Geretsrieds Bürgermeister Hans Schmid und dem Wolfratshausen Bürgermeister Reiner Berchtold eingeleitet worden war. „Sonst wären wir heute nämlich gar nicht so weit.“ Und bei der Landwirtschaftsschule habe Forster nicht vorausschauend vorgegangen. So sei vom Landkreis 2012 der Wert des Gebäudes per Gutachten ermittelt worden. Der Landkreis habe verkaufen wollen

und es sei Wolfratshausen angeboten worden. „Vieles war nicht Ihr Verdienst, das sie vorhin aufgezählt haben. Sie haben den Stein ins Wasser geworfen, mir war es eigentlich nur über die Kinderbetreuung gegangen.“

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) korrigierte Berchtold, den Stein ins Wasser geworfen habe die SPD bei ihrem Stammtisch.

Grünen-Stadtrat **Dr. Hans Schmidt** beantragte schließlich ein Ende der Debatte. Die Diskussion habe nichts mit dem Punkt Anfragen und Bekanntgaben zu tun. Heilinglechner bestätigte, dass dies sicherlich nicht zu diesem TOP passe. Doch auch er ist der Ansicht, dass man das Recht haben sollte, zu solchen Aussagen Stellung zu beziehen. „Der Stadtrat ist das Plenum, in dem so etwas besprochen werden sollte. Und wenn man etwas ausspricht, dann in der Form, dass man einen anderen nicht beleidigt“, betonte er. Dennoch folge er dem Vorschlag Schmidts, die weitere Diskussion zu diesem Thema zu unterbinden. Es gehe jetzt einfach um Anfragen und Bekanntgaben.

Zweiter Bürgermeister **Fritz Schnaller** (SPD) hätte sich dennoch gerne noch dazu geäußert. „Sie haben ja jetzt auch noch einiges dazu gesagt“, meinte er. Darauf Heilinglechner trocken: „Als Bürgermeister darf ich auch ein bisschen mehr reden als alle anderen.“

**Alfred Fraas** (CSU) kam noch einmal auf eine Wortmeldung Beppo Prallers aus der Februar-Sitzung zurück. Dabei hatte er betont, es sei für ihn nie ein Problem gewesen, Akteneinsicht zu bekommen. Er jedoch versuche seit verganginem Jahr ein Gutachten der Loisachhalle einzusehen. Für ihn als Kulturreferent sei alles rund um die Halle relevant. Doch auf die mehrfachen Schreiben an den Bürgermeister habe er keine Antwort erhalten. „Nicht einmal, dass ich die Akten nicht einsehen darf“, bedauerte er. Deswegen richte er nun öffentlich die Bitte an den Bürgermeister, sich zu seinem Antrag zu äußern. Bürgermeister Heilinglechner räumte ein, die E-Mail gelesen und wohl mehrfach wieder „nach hinten geschoben zu haben“. Er entschuldige sich dafür. Doch nun werde Fraas seine Antwort bekommen. Grundsätzlich habe aber ein bauliches Loisachhallen-Gutachten mit einem Kulturreferenten „nix zu tun“.

**Fritz Meixner** (SPD) erkundigte sich nach der Zeitschiene für die Parkraumgestaltung in Wolfratshausen. Laut Heilinglechner möchte der Plankreis noch bis Mitte 2015 einen Zwischenbericht vorlegen. Weiter wünsche er sich eine Begehung des Klein-Anwesens durch den Bauausschuss. Zum Alten Krankenhaus wünsche er sich einen Sachstand. Heilinglechner versprach ihm, im nächst öffentlichen Teil der Stadtratssitzung über das Klein-Areal Informationen herauszugeben.

## Bekanntmachung

### Bürgerversammlung für das Stadtgebiet Wolfratshausen

Unter Hinweis auf das Mitberatungsrecht der Bürger berufe ich  
für **Donnerstag, den 19. März 2015, 19.30 Uhr**  
in der **Loisachhalle Wolfratshausen, Hammerschmiedweg 6**,  
eine Bürgerversammlung zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten ein.

#### Tagesordnung:

1. Bericht des 1. Bürgermeisters zu Planungen und Entwicklungen im Stadtgebiet
2. Fragen, Anliegen und Anträge  
Gemeindebürger erhalten das Wort zur freien Aussprache  
*Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister*

## Neues aus



## Einladung zur Hauptversammlung 2015

Liebe Mitglieder und Freunde der Stadtkapelle Wolfratshausen, der Vorstand der Stadtkapelle Wolfratshausen e.V. lädt Sie herzlich zu unserer diesjährigen Hauptversammlung ein.

**Termin:** Freitag, den 20. März 2015 um 20:00 Uhr

**Ort:** Vereinsheim des Gebirgstrachten-Erhaltungsvereins 'D'Loisachtaler e.V.' am Hans-Urmiller-Ring 57.

**Programm:** 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Bericht des Kassenwarts, 4. Bericht der Revisoren (Entlastung Kassenwarts), 5. Bericht des Schriftführers, 6. Bericht des Vorstands, 7. Entlastung der Vorstandschaft, 8. Neuwahlen der Vorstandschaft, 9. Ehrungen, 10. Bericht aus dem Bezirk Isar – Mangfall von Bezirksleiter Matthäus Hammerl, 11. Wünsche und Anträge  
Wir würden uns freuen, Sie an diesem Abend begrüßen zu dürfen.

Die Vorstandschaft der Stadtkapelle Wolfratshausen e.V.

i. A. 1. Vorstand Christian Tomsu, 2. Vorstand Rainer Nikolaus, Tel. 08171-919165, e-Mail: info@stadtkapelle-wolfratshausen.de



## Jahreshauptversammlung

Wir laden unsere Mitglieder zur 100. Jahreshauptversammlung der Sektion Wolfratshausen des Deutschen Alpenvereins e.V. am Freitag, den 20.03.2015 um 19:00 Uhr im Gasthaus Oberhauser, Egling, Hauptstr. 11 ein.

**Tagesordnung:** 1. Rechenschafts- und Kassenbericht 2014; 2. Bericht der Kassenrevisoren; 3. Einnahmen/Ausgabenübersicht 2014 mit Planung; 4. Entlastung des Vorstandes; 5. Neuwahl des Vorstandes; 6. Bestätigung von Beiräten und Jugendleitern; 7. Änderung der Satzung: Bisher wurde der/die Leiter/in der Skischule nicht in der Satzung genannt, ebenso wenig das Vorstandsmitglied im Trägerverein des Kletterzentrums Bad Tölz. Dies soll in der Satzung jetzt nachgeholt werden. Dies betrifft nur den folgenden Paragraphen: – § 19 Beirat; 8. Verleihung der Ehrenzeichen; 9. Wünsche und Anträge

*Gerhard Hofmann, 1. Vorsitzender*

Informationen  
der Stadt



## Stadtratssitzung in Wolfratshausen am 10. Februar 2015

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung findet in Wolfratshausen immer die Bürgerfrageviertelstunde statt.

Eine Waldramerin erkundigte sich über die Pläne der Stadt in Sachen Umgehungsstraße Wolfratshausen. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) erklärte, dass es noch keine bevorzugte Trassenvariante für eine Wolfratshausener Umgehungsstraße gebe. „Wir wollen nur das Thema vorantreiben, eine spezielle Trasse haben wir aber noch nicht auf dem Schirm.“ Erst einmal müssten die Stadträte in Klausur gehen, um sich über das Thema zu unterhalten. Die Stadt habe bereits alle Varianten aus dem Jahr 2006 noch einmal prüfen lassen, doch keine davon habe einen positiven Kosten-Nutzen-Faktor ergeben. „Mittlerweile haben sich aber auch die örtlichen Gegebenheiten verändert und der Verkehr hat massiv zugenommen. Wir müssen wirklich eine Lösung finden“, drängte er. Im Laufe des Jahres werde man sich auch mit der Lärmaktionsplanung beschäftigen, gewissen Straßenbereiche in Wolfratshausen lägen nämlich weit über den Grenzwerten. Nach Gesprächen unter anderem mit der Regierung von Oberbayern und dem Straßenbauamt sei klar geworden, Wolfratshausens einzige Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, sei über eine Umgehungsstraße. Wenn die Stadt dann zwei mögliche Varianten erarbeitet habe, sei Bürgerbeteiligung vorgesehen. Heilinglechner plant eine große Veranstaltung in der Loisachhalle. „Jeder wird nach einer Umgehungsstraße schreiben, aber keiner will sie vor seiner Haustüre haben. Auch ich würde Wolfratshausen am liebsten untertunneln“, meinte er. Insgesamt werde die Umgehungsstraße ein Projekt von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten werden.

### TOP 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) begrüßte zur Sitzung. Entschuldigt fehlte Kathrin Gschwendtner (CSU). Geburtstag feierten seit der vergangenen Sitzung Walter Daffner (BVW), Günther Eibl (CSU) und Sibylle Ulbrich (Grüne).

### TOP 2: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2014

Das Protokoll wurde unter Berücksichtigung von Günther Eibl (CSU) vorgebrachter Änderung einstimmig genehmigt.

### TOP 3: Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Sondersitzung des Stadtrates vom 13. Januar 2015

Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.

### TOP 4: Kommunalrecht; Geschäftsführung; hier: Änderung gemäß der Beanstandung durch die Rechtsaufsichtsbehörden

**Sachverhalt:** Gemäß der Beanstandung der unteren Rechtsaufsichtsbehörde und den Empfehlungen der oberen Rechtsaufsichtsbehörde wurde die Geschäftsordnung einer Entwurfsfassung entsprechend abgeändert. Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

In §3 „Rechtsstellung der Stadtratsmitglieder“ wurde der Abs. 5 und 6 durch einen neuen Abs. 5 mit dem Formulierungsvorschlag aus der Mustergeschäftsordnung ersetzt.

§18 „Bürgerversammlung“ wurde durch die Formulierung in der Mustergeschäftsordnung ersetzt.

§37 Abs. 1 Sätze 1 und 2 wurden gestrichen und durch einen neuen Satz 1 mit der Formulierung aus der Geschäftsordnung ersetzt. Inwieweit eine Erweiterung der Niederschrift für besondere Vorkommnisse in der Sitzung auch in der Geschäftsordnung festgehalten wird oder dies im Einzelfall beschlossen wird, muss das Gremium beraten und entscheiden. Im Schreiben des Landratsamts als untere Rechtsaufsichtsbehörde findet man entsprechende Hinweise bzw. Ausführungen.

§41 – Bürgerinformationssystem nach Stellungnahme der oberen Rechtsaufsichtsbehörde nicht verändert.

Alfred Fraas (CSU) erinnerte daran, dass der Stadtrat sehr um diese Geschäftsordnung gerungen habe, die nun nicht gültig sein solle. „Keiner unserer Paragraphen verstößt aber gegen ein Gesetz. Und es muss doch möglich sein, mehr in eine Geschäftsordnung aufnehmen zu können.“ So könne die Stadt Wolfratshausen doch Verlaufsprotokolle der Sitzungen anfertigen lassen, andere Kommunen ließen sogar Wortprotokolle führen und die dann sogar ins Internet stellen lassen. „Wir wollen Transparenz, deswegen sind wir gegen den Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung“, erklärte er.

So sieht es auch Dr. Hans Schmidt (Grüne): „Ich möchte daran erinnern, dass alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen im Wahlkampf mehr Bürgerbeteiligung und mehr Bürgerinformation versprochen haben. Dies haben wir mit unserer heute von der Rechtsaufsicht kritisierten Geschäftsordnung auch mit großer Mehrheit umgesetzt.“ Die Argumente der Rechtsaufsicht habe das Gremium schon bei der Abstimmung im letzten Jahr zurückgewiesen, mit Beispielen, dass die Wolfratshausener Forderungen in anderen Kommunen umgesetzt sind oder sogar vom Innenministerium genehmigt sind. Die Rechtsaufsicht der Regierung von Oberbayern hat sich nun hinter die Meinung der Rechtsaufsicht des Landratsamts gestellt, die Argumente des Stadtrats von damals aber nicht entkräftet. Schmidt zitierte: „Die Rechtsaufsicht kann rechtswidrige Beschlüsse und Verfügungen der Gemeinden beanstanden und ihre Aufhebung oder Änderung verlangen. (Art. 112 Bay. Gemeindeordnung)“ In Bagatelldfällen – wie der Wolfratshausener Geschäftsordnung – sei ein rechtsaufsichtliches Einschreiten seiner Meinung nach unverhältnismäßig. Und aufgrund der ungeklärten Rechtssituation sei nun überhaupt nicht geklärt, ob die aktuelle Geschäftsordnung der Stadt gegen geltendes Recht verstoße. Nun werde die Grünen-Landtagsfraktion die Äußerungen der Rechtsaufsicht zum Akteneinsichtsrecht in den Landtag bringen und den Innenminister fragen, warum ihm unterstellte Behörden die Akteneinsicht von einzelnen Räten verbieten, während er diese Entscheidung in einer Landtagsanfrage ausdrücklich den Kommunen überlassen hat. „Bitte stimmen Sie mit uns gegen diese Vorlage der Stadtverwaltung, die einen Rückschritt beim Informations- und Akteneinsichtsrecht jedes

Stadtrats bedeutet, und die es dem Bürger verbietet, bestimmte Themen zusätzlich zu denen des Bürgermeisters auf die Tagesordnung von Bürgerversammlungen zu setzen“, bat Schmidt seine Kollegen.

Dem hatte BVW-Fraktionssprecher Beppo Praller entgegenzusetzen, dass ja schon jetzt Wortprotokolle kein Problem seien. Man müsse sich nur die Mühe machen, dies vor seiner Wortmeldung anzukündigen. Auch habe er in 13 Jahren Stadtratstätigkeit Akteneinsicht in sämtliche Unterlagen erhalten, die er angefordert hatte. Deswegen werde sich die Bürgervereinigung auch nicht gegen die negative Stellungnahme des Landratsamts stellen.

Mit 8:16 Stimmen lehnten die Stadträte dann die entsprechende der Hinweise des Landratsamts von der Verwaltung abgeänderte Geschäftsordnung ab.

„Na dann, vui Spaß“, meinte dazu nur der Bürgermeister.

### TOP 5: Änderung der Kindertagesstättengebührensatzung; Erhöhung der Elternbeiträge

**Sachverhalt:** Da die Gebühren für die Kindergartengruppe seit 2010 und die Gebühren für die Kinderkrippe seit 2013 nicht mehr erhöht wurden und um die einzelnen Erhöhungen in einem erträglichen Rahmen halten zu können, wird vorgeschlagen, die Krippengebühren um drei Prozent und die Kindergartengebühren um fünf Prozent zu erhöhen, da die Aufwendungen in weit höherem Maß gestiegen sind. Somit deckt einerseits die Erhöhung einen Teil der Kosten, andererseits wird jedoch die Erhöhung in einem für alle erträglichen Bereich gehalten.

Annette Heinloth, Fraktionssprecherin der Grünen, stellte fest, die Erhöhung sei „im Prinzip moderat“. Allerdings schlug sie vor, bei den Verwaltungsgebühren zukünftig über die Einführung einer Regelung im Falle von „Sozialer Härte“ nachzudenken; also falls sich Eltern zum Beispiel diese Gebühren nicht leisten könnten. Amtsleiter Franz Gehring erklärte ihr, die so genannte „Soziale Härte“ lasse sich von der Stadt immer schwer überprüfen. Zum Beispiel bei Fällen mit Hartz IV springe eh das Amt für Jugend und Familie ein. Gerne werde er sich aber grundsätzlich darüber Gedanken machen und im Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag machen. Heute solle jedoch erst einmal die Änderung dieser Satzung „durchgezogen werden“.

„Wir wollen Gebührenerhöhungen in Zukunft in kürzeren Intervallen durchführen, damit nicht so viel auf einmal erhöht werden muss“, fügte der Bürgermeister hinzu.

Die Stadträte beschlossen die Anhebung der Gebühren einstimmig.

### TOP 6: Änderung der Schulkindergartengebührensatzung; Erhöhung der Elternbeiträge

**Sachverhalt:** Da die Gebühren für den Schulkindergarten seit 2010 nicht mehr erhöht wurden und um die einzelnen Erhöhungen in einem erträglichen Rahmen halten zu können, wird vorgeschlagen, die Gebühren in Anlehnung an die Gebühren für die Kindergartengruppe um fünf Prozent zu erhöhen, da die Aufwendungen in weit höherem Maß gestiegen sind. Somit deckt einerseits die Erhöhung einen Teil der Kosten, andererseits wird jedoch die Erhöhung in einem für alle erträglichen Bereich gehalten. Ferner wird vorgeschlagen, das Teegeld von 1,60 Euro auf zwei Euro und das Spielgeld von sechs Euro auf sieben Euro zu erhöhen.

SPD-Rätin Roswitha Beyer war irritiert, dass die Beiträge für den Schulkindergarten höher sind als für den regulären Kindergarten. Eigentlich sei doch die Idee der Landesregierung gewesen, das letzte Kindergartenjahr kostenlos zu machen, um somit zumindest das letzte Jahr allen Kindern zu ermöglichen. Sie wollte nun wissen, ob dies nicht für den Schulkindergarten gelte. Amtsleiter Franz Gehring erklärte ihr, dass es einen Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro Kind und Monat gebe. In den Schulkindergarten gingen eigentlich nur die Kinder, die nach ihrem Alter zwar schon schulreif seien, jedoch noch ein Jahr zurückgestellt worden waren. Er ist sich sicher, dass der Zuschuss auch für den Schulkindergarten gelte. Damit kämen die Gebühren ja dann gar nicht wirklich bei den Familien an.

Die Stadträte beschlossen die Erhöhung der Gebühren einstimmig.

### TOP 7: Neues Konzept Arbeitsgruppe Stadtbus für die Ausschreibung März 2015

**Sachverhalt:** Der Vertrag mit dem aktuellen Betreiber der Stadtbuslinien 301 und 302 läuft Ende 2016 aus. Der Stadtrat hat am 15. Juli 2014 in die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern jeder Fraktion beschlossen, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Vorschläge für Linienführung und Taktfrequenz der zukünftigen Stadtbuslinien machen sollte. Die Arbeitsgruppe Stadtbus des Stadtrats hat mit Vertretern von MVV und Landratsamt verschiedene Alternativen der Linienführung und Taktzeiten diskutiert.

Wegen des engen Zeitrahmens (Entscheidung über Inhalt der Ausschreibung muss in der Februarsitzung des Stadtrats fallen, um den Termin für die Vorabveröffentlichung einzuhalten) ist es nicht mehr möglich, vor Verabschiedung der Ausschreibung eine Bürgerbefragung zu diesem Thema durchzuführen. Allerdings ist zu diesem frühen Zeitpunkt auch keine abgeschlossene Linienführung notwendig: Solange keine „grundsätzliche Änderung der Verkehrsführung oder Bedienungsfähigkeit“ vorliegt, können laut Auskunft des Landratsamts und des MVV im laufenden Vertrag kleinere Veränderung der Routen oder Wegfall/Hinzufügung von Haltestellen ohne neue Ausschreibung verabredet werden.

Deshalb hat sich die Arbeitsgruppe nach Abstimmung mit der Verwaltung auf folgende Vorgehensweise geeinigt:

Linienführungs-Alternativen – bei halber Taktfrequenz zwei Busse nötig, das heißt Mehrkosten zirka 100.000 Euro pro Jahr  
Beibehaltung der bisherigen Linienführung der Stadtbuslinien 301 und 302 (60- bzw. 30-Minuten-Takt)

Neue Linienführung der Stadtbuslinie 301 (301\*), die kürzere Taktzeiten ermöglicht (40- bzw. 20-Minuten-Takt)

Geringfügiger Ausbau der Taktzeiträume montags-freitags und samstags (Abschätzung der Mehrkosten zirka 10.000 Euro pro Monat)

Umfangreiche Bürgerbefragung bis Mitte 2015, um eine am Bedarf orientierte optimierte Linienführung und Taktzeiten zu ermitteln (neue Linienführung tritt erst Ende 2016 in Kraft)

Umsetzung der optimierten Linienführung und Taktzeiten mit dem MVV (Fahrpläne) und Einarbeitung in den Vertragsentwurf

### Linienführung:

Die Linienführung der bisherigen Stadtbuslinien 301 und 302 wird als bekannt vorausgesetzt.

Die neue Linienführung der Stadtbuslinie (301\*) hat sich aufgrund folgender Beobachtungen ergeben: Ein Teil der Haltestellen der bisherigen Linie 302 wird nur sehr selten benutzt und könnte nach Abschluss der Bürgerbefragung durch ein „Anruftaxi“ ersetzt werden, das kostengünstiger sein sollte. Die bisher schlecht oder nicht abgedeckten Stadtteile Nantwein, Weidach und das Gebiet Am Poing/Loisachbogen könnten

ebenso nach positivem Ausgang der Bürgerbefragung durch ein „Anruftaxi“ versorgt werden. Der relativ häufiger genutzte Teil der Haltestellen der bisherigen Linie 302 wird in die neue Linienführung 301\* integriert.

Die Kanalbrücke wird für den Stadtbuss geöffnet, falls es die zulässige Belastung erlaubt (wird aktuell von der Verwaltung geprüft). Um Missbrauch dieses „Schleichwegs“ zu vermeiden, wird eine Ampel mit beidseitiger Fotoüberwachung vorgeschlagen, die nur den Stadtbuss und Rettungsfahrzeuge passieren lässt.

Die geplante neue Linienführung deckt einen großen Teil des Stadtgebiets gut ab, wenn die vom MW angegebene „Fußläufigkeit“ von 300 Metern bzw. zirka fünf Minuten Gehzeit unterstellt wird. Die heutige Linie 301 misst zirka 9,31 Kilometer und dauert 30 Minuten, die Neue Linie 301\* misst nur zirka 8,63 Kilometer und sollte deshalb mit einem 40-Minuten-Takt problemlos machbar sein. Auch für den Fall, dass der Weg über die Kanalbrücke nicht möglich ist, besteht damit genügend Reserve für eine alternative Route. Das Gleiche gilt für den Freitagmorgen, wenn die Marktstraße gesperrt ist.

Falls im Berufs- und Schülerbeförderungsverkehr der Bus nicht ausreicht, könnte zu diesen Zeiten laut MW ein längerer „Verstärkerbus“ mit zirka 12 Metern Länge eingesetzt werden.

#### Fahrplanzeiten:

Die Taktfrequenzen sollen einen guten Anschluss an die S7 ermöglichen und werktags geringfügig in die Abendzeiten ausgedehnt werden (geschätzte Mehrkosten ca. 15.000 Euro/Jahr):

Montag – Freitag: Ausdehnung von zirka 19 Uhr auf zirka 20.30 Uhr; Samstag: Ausdehnung von zirka 17.15 Uhr auf zirka 20.30 Uhr

**Anmerkungen der Verwaltung:** Die Verwaltung weist daraufhin, dass die „Vorgehensweise“ Nr. 1 bis 4 sowie die neue Linienführung ausschließlich von der Arbeitsgruppe Stadtbuss vorgegeben und erarbeitet wurden. Die Verwaltung wurde von der Arbeitsgruppe lediglich über die neue Linienführung informiert. Die Beschlussvorlage wurde nach den Vorgaben der Arbeitsgruppe erstellt. Aus der Sicht der Verwaltung besteht hier ein ausreichend gut funktionierendes Netz der beiden Stadtbuslinien 301 und 302. Beschwerden bzw. Anregungen von Bürgern wurden in den vergangenen Jahren nahezu nicht eingebracht. Insgesamt wurden zirka 7000 Einwohner von Wolftrathausen (auch Kinder und Jugendliche ab dem 11. Lebensjahr), die im Bereich der Stadtbuslinie wohnen, in der Vergangenheit intensiv von der Verwaltung hinsichtlich der von Ihnen gewünschten Veränderungen bzw. Anregungen zur Linie durch ein persönliches Anschreiben und einem Fragebogen befragt. Im Ergebnis wurde bei der Umfrage im Jahr 1999 festgestellt, dass die Bevölkerung, die den Stadtbuss benutzt, mit dieser Einrichtung im Großen und Ganzen zufrieden war. Hier ist ein gemeinsames Konzept erarbeitet worden, dass auf die Wünsche und Erfordernisse der Bürger abgestimmt wurde.

Eine Änderung der Linienführung ist zwingend auf die Bedürfnisse der Nutzer, also der Bürger der Stadt Wolftrathausen, abzustimmen. Hierzu ist eine Bürgerbefragung vor der Beschlussfassung zu einer möglichen Änderung der derzeitigen Linien 301 und 302 unerlässlich. Dabei sollte eine kurze Taktzeit als wesentlicher Bestandteil der Linie beibehalten werden, um insbesondere lange Fahrzeiten innerhalb des Stadtgebietes zu vermeiden und damit die Attraktivität des Stadtbusses weiterhin gewährleisten zu können. Auch die Anbindung an die S-Bahn sollte weiterhin berücksichtigt werden. Hinsichtlich eines möglichen Einsatzes von so genannten „Anruftaxis“ sollte vorab geprüft werden, ob der Einsatz von „Anruftaxis“ auch aus finanzieller und organisatorischer Sicht (Abrechnung mit den Taxiunternehmen – Nachweise, Verwaltungsaufwand usw.) machbar ist.

Die Verwaltung äußert Bedenken bei der neuen Linienführung hinsichtlich der Verkehrsregelung an der Brücke des Loisach-Isar-Kanals in Verlängerung der Grubigsteinsstraße. Aus der Erfahrung zahlreicher Verkehrssituation in den letzten Jahren bestehen bei der Öffnung der Brücke mit einer Ampelregelung Bedenken bei der tatsächlichen Nutzung. Zum einen sind Vandalismusschäden an den Verkehrseinrichtungen nicht auszuschließen, zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass sich die Verkehrsteilnehmer zum Teil nicht an die Regeln halten und die Öffnung als „Abkürzung“ zwischen den beiden Stadtteilen genutzt wird.

Beschwerden von angrenzenden Anliegern sowie Nutzern der Fußwege sind nicht auszuschließen. Die Aufnahme der Verkehrsteilnehmer mit einer Kamera ist auf Konformität mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen vorab zu prüfen.

Des Weiteren weißt die Verwaltung daraufhin, dass die Brücke von einer Vielzahl von Fußgängern und Radfahrern benutzt wird. Da die Brücke lediglich eine Fahrbahnbreite von 3,10 m aufweist, bestehen hier Bedenken bezüglich der Sicherheit der Radfahrer bei gleichzeitiger Benutzung der Brücke bzw. den Zufahrten zur Brücke mit dem Stadtbuss.

Vor der für die Verkehrsregelung notwendigen Verkehrsrechtlichen Anordnung für die Verkehrsführung und Leitung an der Brücke ist die Polizei, die den fließenden Verkehr überwacht, anzuhören. Mit der Polizei sollte aus Sicht der Verwaltung vor der Beschlussfassung hinsichtlich der vorgesehene „neuen“ Verkehrsregelung an der Brücke zwingend Kontakt aufgenommen werden.

Die Erweiterung der Fahrzeiten werktags auf zirka 20.30 Uhr sollte in der Umfrage an die Bürger mit eingebracht werden. Hier regt die Verwaltung an, einen einjährigen Probebetrieb, wie bei dem Nachtbus zwischen Wolftrathausen und Geretsried, durchzuführen, um die Notwendigkeit der Fahrzeiterweiterung tatsächlich feststellen zu können.

**Beschlussvorschlag:** Die Stadt Wolftrathausen hat sich als Gründungsmitglied der „Energiewende Oberland“ zu einer ehrgeizigen Energiewende verpflichtet. Diese Energiewende ist nicht ohne Wende beim Individualverkehr erreichbar, der durch ein besseres Stadtbuskonzept zum Umsteigen motiviert werden soll. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, die Vorabkennzeichnung als erste Phase der Ausschreibung der zukünftigen Stadtbuslinien unter folgenden Bedingungen zu veranlassen: Der bisherige Einsatz eines einzigen Busses mit zirka neun Metern Länge wird durch einen zweiten, baugleichen Bus ergänzt, um eine kürzere Taktfrequenz zu ermöglichen. Optional sollen Lastspitzen durch einen längeren „Verstärkerbus“ abgefangen werden. Der Fahrplanzeitraum wird werktags auf zirka 20.30 Uhr ausgedehnt gegenüber dem aktuell gültigen Fahrplan.

Für die Vorabkennzeichnung als erste Phase der Ausschreibung der Stadtbuslinie(n) werden beide Alternativen – die bisherigen Linienführungen der Stadtbuslinien 301 und 302, die neue Linienführung 301\* – verwendet.

Es soll gemeinsam mit der Stadt Geretsried ausgeschrieben werden.

Vor Einstieg in die Diskussion stellte Helmut Forster (BVW) folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: „Ich stelle hiermit den Antrag, dass anstelle der vorgeschlagenen Beschlussempfehlung folgender Beschluss gefasst wird: Um ein möglichst effizientes Stadtbuskonzept zu verabschieden und dabei die berechtigten Interessen der potentiellen Nutzer unseres Stadtbusses (unsere Bürgerinnen und Bürger) zu berücksichtigen, werden wir bis Ende des Monats Februar 2015 Fragebögen an alle Einwohner versenden, die im Bereich der derzeitigen Stadtbuslinie wohnen. Diese Fragebögen sind von der Verwaltung zu erstellen. Um eine repräsentative Auswertung vornehmen zu können, ist ein auswertbarer Rücklauf von 25 Prozent der Fragebögen bis spätestens 20. März 2015 an die Stadtverwaltung erforderlich. Nach Auswertung dieser Fragebögen wird der Stadtrat dann in der darauf folgenden Stadtratssitzung das künftige Stadtbuskonzept beschließen.“

„Wir wurden mit Informationen zugeschüttet, der Arbeitskreis hat wirklich fleißig und gut gearbeitet“, betonte er. Nun müsse man aber die Bürger befragen, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

Die Fraktionen erbat sich fünf Minuten Pause, bevor sie über den Antrag abstimmten.

In dieser Zeit wurde Forster über die Inhalte des Protokolls der Bauausschusssitzung informiert. „Im Bauausschuss wurde Bürgerbeteiligung ja auch gefordert. Wenn das so ist, dann braucht es meinen Antrag ja nicht“, stellte er fest. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) erklärte ihm, dass die Bürgerbeteiligung zwar im Bauausschuss angesprochen, in dem der von Dr. Hans Schmidt (Grüne) formulierte Beschlussvorschlag jedoch nicht enthalten sei. „Wenn das jetzt mit rein soll, dann müssen wir den Beschlussvorschlag komplett ändern.“ Ihn hätten übrigens über 20 Schreiben besorgter Bürger erreicht, die befürchteten, dass Haltestellen gestrichen werden sollen. Über den Stadtbuss, so wie er jetzt laufe, hätten ihn hingegen keine Beschwerden erreicht. „Hier wird versucht, mit Gewalt ein bestehendes System zu ändern“, stellte er fest. CSU-Stadtrat Alfred Fraas erklärte, im Arbeitskreis seien verschiedene Varianten erarbeitet worden. Doch natürlich sei noch alles offen. Die Bürger sollten auf jeden Fall befragt werden, dazu sei auch schon ein Fragebogen erarbeitet worden, der bis zur Bürgerversammlung ausgewertet werden könnte. „Jetzt muss aber die Maximalvariante angekündigt werden, die Anpassungen erfolgen dann später“, erklärte er.

Dr. Manfred Fleischer (CSU) formulierte folgende Erweiterung des vorliegenden Beschlussvorschlags: „Zur endgültigen Entscheidung des Stadtrats wird eine Bürgerbefragung vorgeschaltet, die bis zur Bürgerversammlung am 19. März 2015 abzuschließen ist.“ Dem stimmten die Räte einstimmig zu.

Manfred Menke (SPD) erläuterte, warum der Beschlussvorschlag seit der vergangenen Bauausschusssitzung verändert werden musste. „Wir haben vergangene Woche die Information bekommen, dass eine so genannte Vorabkennzeichnung gemacht werden muss. Damit ist aber noch keine Entscheidung für die Route gefallen.“ Und Dr. Hans Schmidt (Grüne) fügte hinzu, die Vorabkennzeichnung beinhalte die Maximallösung mit zwei Bussen, um damit möglichen Rechtsschwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Empfohlen worden war das vom MVV. Die spezielle Formulierung sei auch mit dem MVV so besprochen. Schließlich meinte Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD): „Mit der Vorabkennzeichnung beschließen wir nur, dass wir erst später endgültig etwas beschließen.“ Froh, dass eine Bürgerbeteiligung möglich ist, ist Peter Ley (BVW). Man habe sich jetzt nur nach den Ein- und Ausstiegszahlen des MVV gerichtet, doch noch sei nichts endgültig. Dass sich die Situation für die älteren Mitbürger nicht verschlechtern dürfe, betonte Fritz Meixner (SPD). „Wir müssen im April etwas zur Ausschreibung bringen, was dann die nächsten zehn Jahre fährt. Da müssen wir an die älter werdende Gesellschaft denken“, sagte er.

Wie der Fragebogen, den der Arbeitskreis ausgearbeitet hat, nun an die Bürger gebracht werde, wollte dann noch Dr. Hans Schmidt wissen. Sein Vorschlag ist ein Frageblatt mit Erläuterungen und freigestempeltem Kuvert, das dem nächsten „Wolftrathausen aktuell“ beigelegt werden könnte. Weitere Fragebögen sollen zum Beispiel in Arztpraxen und Geschäften ausgelegt werden. Weiter soll er zum Download von der Website der Stadt zur Verfügung stehen. „Sie haben da eine lobenswerte Grundlage erarbeitet“, stellte Beppo Praller, BVW, fest. Da es sich letztendlich aber um ein „städtisches Papier“ handeln solle, sei eine abschließende Zusammenarbeit mit der Stadt erforderlich. Manfred Menke (SPD) bot an, dabei zu helfen, ein offizielles Papier der Stadt aus dem Fragebogen zu machen.

Die Stadträte folgten dem erweiterten Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig.

#### TOP 8: Abgabe des außer Dienst gestellten Versorgungs-LKW der FFW Wolftrathausen an die Stadt Brody

Sachverhalt: In der Dezembersitzung war die Überlassung des ausgemusterten Versorgungs-LKW Thema des Stadtrats. Zwischenzeitlich liegen sowohl ein Antrag der Osteuropahilfe e.V. als auch ein Überlassungsgesuch der Stadt Brody vor. In diesem wird ausgeführt, dass das Fahrzeug einen sehr hohen einsatztaktischen Wert für die Feuerwehr in Brody hätte. Es wird deshalb darum gebeten, dass die Stadt Wolftrathausen das Fahrzeug der Stadt Brody zur Verfügung stellt.

Gerlinde Berchtold (SPD) erinnerte daran, dass Brody die Wolftrathausener Freundschaftsstadt in der Ukraine ist. „Über vier Sitzungen hinweg diskutieren wir über die Verschickung des ausgemusterten Feuerwehr-Lastwagens.“ Doch gerade in Zeiten von kriegerischen Auseinandersetzungen sollten Freunde Freunde helfen. Eventuell könnte man sie fragen, ob sie vielleicht noch etwas brauchen.

„Trotz Bauchschmerzen werde ich dem zustimmen“, sagte Walter Daffner (BVW). Seine Argumente seien noch nicht ausgemüht.

Einstimmig wurde dann beschlossen, den Lastwagen nach Brody zu schicken.

#### TOP 9: Einbau eines „Bürgerladens“ und Renovierung der Fassade des Anwesens Untermarkt 10 – Genehmigung als städtische Baumaßnahme

Sachverhalt: In die derzeit leerstehenden Geschäftsräume des Anwesens Untermarkt 10 soll der „Bürgerladen“ einziehen; die hierfür notwendigen Umbauten (Änderungen im Grundriss und dem Tragwerk) sollen mit den ebenfalls notwendigen Sanierungsmaßnahmen (Haustechnik, Türen und Fenster) kombiniert werden.

Für einen barrierefreien Zugang soll eine Rampe angebaut und das Türelement in eine zweiteilige Glas-Schiebetür umgebaut werden. Die zum Laden gehörenden Fenster passen sich gestalterisch diesem Türelement an, das heißt sie sind festverglast mit einem kippbaren Oberlicht geplant.

Die zum „Gastraum“ gehörenden Fenster sind passend zur hofseitigen Gestaltung, zweiflügelig mit Sprossen vorgesehen.

Die Stadträte genehmigten einstimmig **für den Einbau eines „Bürgerladens“ und die Renovierung der Fassade des Anwesens Untermarkt 10.**

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

#### TOP 10: Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 81 für die Grundstücke südlich der Straße Am Poign und Am Loischbogen 19-27

Sachverhalt: Im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 81 stehen derzeit mehrere Grundstücke zum Verkauf bzw. sollen neu überplant werden. Verschiedentlich sind auch bereits vorbereitende Maßnahmen ergriffen worden, die mit den Zielen der Planung, nämlich der Regelung einer verträglichen Nachverdichtung, der Sicherung von notwendigen Flächen für den Gewässerunterhalt sowie bestehenden Wegeverbindungen und der Festsetzung von erhaltungswerten Bäumen, nicht vereinbar sind. Zur Sicherung der mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 81 beabsichtigten Planung soll daher eine Veränderungssperre beschlossen werden. Die Räte stimmten einstimmig für eine Veränderungssperre.

#### TOP 11: Nachnutzung des städtischen Grundstückes Bahnhofstr. 12 / Steghiasweg 10 (ehemalige Landwirtschaftsschule und -amt) – Vorstellung der Planungsgrundlagen (Pläne, Kosten) – Änderung der Bebauungspläne Nrn. 19A und 19A/3. Änderung

Sachverhalt: Die Landwirtschaftsschule und das Landwirtschaftsamt sind Ende des vergangenen Jahres aus ihren Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße 12-14 bzw. Steghiasweg 10 in Wolfratshausen ausgezogen, und ins „Grüne Zentrum“ nach Holzkirchen umgesiedelt. Der Gebäudekomplex in Wolfratshausen steht derzeit fast komplett leer, lediglich im EG des ehemaligen Internatsteils (Bahnhofstraße 14 Rückgebäude) wurde eine Interims-KiTa eingerichtet, die Hausmeisterwohnung im DG der Bahnhofstraße 12 ist ebenfalls noch bewohnt.

In der Folge der Klausur zur Landwirtschaftsschule am 13.12.2014 wurde das Architekturbüro Bogner und Neubauer aus Wolfratshausen mit der Entwicklung von Konzepten für die Nutzung des städteigenen Teils der Landwirtschaftsschule beauftragt, sowie mit der Hinterlegung der Konzepte mit den entsprechenden Kosten.

Das Grundstück Fl.Nr. 642 liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 19A, das Grundstück Fl.Nr. 642/2 im Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19A; die Festsetzungen beziehen sich ausschließlich auf den derzeitigen Gebäudebestand und müssen, wie die Festsetzungen der Straßenbegrenzungslinien, überprüft und angepasst werden.

Peter Plöb (CSU) wollte wissen, ob der Raum, der derzeit vom TSV genutzt werde, auch dazu gehöre. Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) erklärte ihm, dass dieser im dem Gebäudeteil liege, das noch dem Landkreis gehöre. Darüber werde im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gesprochen.

Im städtischen Gebäudeanteil sollen Wohnungen untergebracht werden, dies sieht der Plan aktuell vor. Dr. Ulrike Krischke (BVW) und Annette Heinloth (Grüne) hatten dazu eine neue Information von einer Einrichtung/Institution, die diese Räume bräuchte. Sie dürften aber noch nicht öffentlich sagen, um wen es sich handle. Um hier alle Möglichkeiten offen zu lassen, müsste der Beschluss angepasst werden. Dem stimmte auch Fritz Meixner (SPD) zu. Er betonte, die Nutzungen des Areals sollten gut aufeinander abgestimmt werden. Weiter wollte Meixner wissen, wie sich die voraussichtlichen Kosten verteilen. Dazu legte Bauamtsleiter Dieter Lejko folgende Kostenaufstellung vor:

Umbau Landwirtschaftsschule in Archiv und Wohnungen, Bahnhofsstraße 12:

Architekt Bogner + Neubauer, Wolfratshausen; Grundstück: 0 Euro, Herrichten und Erschließen: 0 Euro; Bauwerk – Baukonstruktion: Sanierung 176.085 Euro, Archiv 373.237 Euro, Westflügel 221.036 Euro; Bauwerk – Technische Anlagen: Sanierung 66.150 Euro, Archiv 335.160 Euro, Westflügel 169.344 Euro; Reserve: Sanierung 100.000 Euro, Archiv 150.000 Euro, Westflügel 152.304 Euro; Honorar Architekt: Sanierung 50.000 Euro, Archiv 110.000 Euro, Westflügel 90.000 Euro; Honorar Statik, Haustechnik und Elektro: Sanierung 30.000 Euro, Archiv 65.000 Euro, Westflügel 55.000 Euro; Gebühren: Sanierung 0 Euro, Archiv 10.000 Euro, Westflügel 10.000 Euro.

Bürgermeister Klaus Heilinglechner erklärte, die Wohnungen hätten zum Beispiel für Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätte verwendet werden können. Er ist sich sicher, die Wohnungen wären auf jeden Fall vermietbar. Und die Einnahmen seien zur Refinanzierung des Vorhabens notwendig. Heinloth versicherte, dass auch die Gruppierung Miete zahlen würde.

Die Stadträte beschlossen alle Änderungen einstimmig

#### TOP 12: Bekanntgaben und Anfragen Bekanntgaben des Bürgermeisters

**Haushaltssatzung:** Heilinglechner berichtete, das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde habe die Haushaltssatzung der Stadt geprüft. Es enthalte keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Nun muss die Stadt die Haushaltssatzung bekanntmachen, sie wird noch bis 27. Februar öffentlich ausgelegt. Außerdem ist sie von der Website der Stadt abrufbar.

**Lärmaktionsplanung:** Auftaktveranstaltung ist am 24. März. Hier sollen die Bürger über Anlass und Planung sowie Maßnahmemöglichkeiten informiert werden. Die Lärmkarten werden vom 23. März bis 24. April öffentlich ausgelegt. Bürger haben dann die Möglichkeit, Lärmprobleme oder Lösungsvorschläge einzureichen.

**Japanischer Generalkonsul:** Der Bürgermeister war vom japanischen Generalkonsul besucht worden. Dieser besuche derzeit alle Städte, die japanische Partnerstädte haben und informiere sich, wie der Austausch funktioniere. Außerdem habe er ausdrücklich seine Hilfe angeboten, falls ein Wolfratshausen Unternehmen an Geschäftsbeziehungen mit Japan interessiert sei.

#### Anfragen der Stadträte

**Anonymer Wurfzettel in Waldramer Briefkästen:** Helmut Forster (BVW) äußerte sich erbost über einen Wurfzettel, der mit dem Logo der Bürgervereinigung versehen, an Waldramer anonym verteilt worden war. Unter dem Logo sei der Bericht aus dem Isar-Loisachboten abgedruckt gewesen über die Umgehungsstraßen-Diskussion. Dann war darauf noch ein Scherenschnitt mit dem Wort „Widerstand“. Es fehlt jedoch ein Absender. „Wir von der Bürgervereinigung haben nichts damit zu tun“, versicherte er. Vielmehr habe die Fraktion bereits Kontakt mit der Polizei aufgenommen, strafrechtliche Schritte werden überlegt. „Wenn jemand ein Problem hat, dann soll er das auch benennen und nicht feige sein“, stellte er fest.

**Trinkwasser Geretsried:** Beppo Praller (BVW) wollte wissen, ob es möglich sei, eine Trinkwasserleitung von Wolfratshausen nach Geretsried zu bauen. Bürgermeister Heilinglechner versicherte, darüber mit dem Geretsrieder Bürgermeister Michael Müller zu sprechen.

**Zusätzliche Einfahrt nach Farchet:** Dr. Ulrike Krischke (BVW) regte an, dass mit den Baumaßnahmen, die demnächst am Autobahnzubringer und der B11 beginnen werden, gleich die Weichen für eine zusätzliche Zufahrt für Farchet gelegt werden könnten. „Es könnte vielleicht an der Kreuzung ein Kreisell entstehen“, schlug sie vor. Bürgermeister Heilinglechner sagte, er habe bereits mit dem Straßenbauamt darüber besprochen. Doch die zweite Einfahrtsituation sei zu kompliziert, da mache das Straßenbauamt nicht mit.

**Bürgerversammlung:** Dr. Hans Schmidt (Grüne) fragte Bürgermeister Heilinglechner, wie er den §18 Abs. 4 der Geschäftsordnung handhaben will; diese gelte ja noch immer, da erst eine Ersatzvorname neues Recht schaffe. Da die Bürgerversammlung am 19. März stattfindet, müsse innerhalb der nächsten Woche eine Aufforderung an alle Bürger gehen, Themen für die Tagesordnung zu nennen. Der Bürgermeister antwortete ihm, dass er eben gegen die weitere Gültigkeit der geänderten Geschäftsordnung gestimmt habe. Die vom Stadtrat beschlossene Geschäftsordnung sei nicht rechtskonform. Er werde sich nach der vom Landratsamt vorgegebenen Geschäftsordnung richten, das sei auch so abgesprochen. „Sie können das aber gerne einklagen.“

## Bekanntmachung

### der Haushaltssatzung der Stadt Wolfratshausen für das Haushaltsjahr 2015 gemäß Art. 65 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

Zu der in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Wolfratshausen am 9. 12. 2014 beschlossenen Haushaltssatzung hat das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen als Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 13. 1. 2015, Az 41.102-941 K die Vorlage der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan bestätigt und das Ergebnis der Prüfung mitgeteilt. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Rechtsaufsichtliche Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Haushaltssatzung 2015 sowie der Haushaltsplan mit Anlagen liegt gemäß Art. 65 Abs. 3 Satz 3 GO in der Zeit vom **13. 2. 2015 bis 27. 2. 2015** im Rathaus Wolfratshausen, Marienplatz 1, Stadtkämmerei (N/1 Zi. Nr. 6), während der allgemeinen Dienststunden öffentlich auf. Auf der Internetseite der Stadt unter [www.wolfratshausen.de](http://www.wolfratshausen.de) Rubrik Ämter/Abteilung 11 – Finanzen steht der Haushaltsplan vollständig zum Download bereit.

Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister

## Bekanntmachung

### Satzung über die Veränderungssperre für die Grundstücke südlich der Straße Am Poign und Am Loischbogen 19–27 gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 BauGB

Der Stadtrat hat am 17. 9. 2013 beschlossen, für den Bereich beiderseits der Lindenstraße den Bebauungsplan Nr. 81 aufzustellen; der Beschluss wurde am 19. 9. 2013 bekannt gemacht.

Zur Sicherung dieser Planung hat der Stadtrat am 10. 2. 2015 eine Veränderungssperre für die aus beiliegendem Lageplan vom 17. 9. 2013 ersichtlichen Grundstücke südlich der Straße Am Poign und Am Loischbogen 19–27 beschlossen.

Ab dem Tage dieser Bekanntmachung kann die Satzung über die Veränderungssperre im Rathaus der Stadt Wolfratshausen, Bürgerbüro und Bauamt, Zimmer N II/2, von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben (§ 10 Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB).

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Veränderungssperre in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 BauGB und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Klaus Heilinglechner, 1. Bürgermeister

## Stadt Wolfratshausen sucht Jugendliche für Austauschprogramm mit der Stadt Iruma

Der Bürgermeister der Stadt Iruma, Herr Tatsuo Tanaka, hat im Rahmen des Austauschprogramms wieder 7 Jugendliche aus Wolfratshausen nach Iruma eingeladen. Der Reise-termin liegt voraussichtlich im Zeitraum vom 3. August bis 10. August 2015. Interessierte Jugendliche können sich ab sofort schriftlich bei der Stadt Wolfratshausen, Abteilung 12 – Verwaltungsservice & Bildung, Frau Claudia Holzer, Marienplatz 1, 82515 Wolfratshausen, bewerben. Nachfolgende Voraussetzungen sollten erfüllt sein:

- Alter zwischen 17 und 21 Jahren
  - gute Englischkenntnisse
  - wohnhaft in Wolfratshausen
  - Bereitschaft im Sommer 2016 Jugendliche aus Iruma als Gastfamilie aufzunehmen.
- Die Unterbringung in Iruma erfolgt in Gastfamilien. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Flugkosten (ca. 1.200 Euro) selbst zu tragen sind. Zusätzliche Kosten, mit Ausnahme des persönlichen Bedarfs, fallen in Iruma nicht an. Die Bewerbungsunterlagen müssen bis spätestens Freitag, 13. März 2015 bei der Stadt Wolfratshausen eingehen. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf und ein aktuelles Lichtbild beizulegen. Bei mehr als 7 Bewerbungen behält sich die Stadt Wolfratshausen ein Auswahlverfahren vor.

Die Teilnahme an dem Austauschprogramm erfolgt ausschließlich auf eigenes Risiko des jeweiligen Teilnehmers. Eine Haftung übernimmt die Stadt nicht. Die Reisegruppe wird von einem offiziellen Vertreter der Stadt Wolfratshausen begleitet.

Neues aus



## Ferienrodeln am Schlittenberg

Am heutigen **Donnerstag, 19.02.2015**, lädt die örtliche Junge Union alle jungen Familien zum Rodelspaß am Waldramer Schlittenberg ein. Los geht das „Ferienrodeln“ um 12 Uhr Mittag und dauert bis zur Dämmerung. Damit die Kinder und Erwachsenen nicht durchfrieren stellt die JU Wolfratshausen kostenlos heißen Kinderpunsch zur Verfügung. „Wir freuen uns, wenn wir den Wolfratshausen Familien die Faschingsferien mit unserer Aktion versüßen können und hoffen auf viele Teilnehmer und vor allem viel Schnee!“, so der JU-Ortsvorsitzende Andreas Ofenbeck.



## Sondersitzung des Stadtrats in Wolfratshausen am 13. Januar 2015

Die erste Sitzung im neuen Jahr für den Wolfratshausener Stadtrat war gleich eine Sondersitzung. Im November hatten die Räte die Tagesordnungspunkte rund um das CIMA-Einzelhandelskonzept und das mögliche Bauvorhaben für ein Einkaufszentrum mit Wohnbebauung auf dem so genannten „Kraft-Areal“ der Kraft Stiftung – ehemals Baustoffe Kerndl heute Kraft Baustoffe – in den Januar verschoben. In einer dreistündigen Sitzung erörterten sie die Themenbereiche. Christian Hörmann, Projektleiter der CIMA, war erneut zur Sitzung geladen.

### TOP 1: Sitzungseröffnung

Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) begrüßte die Stadträte und wünschte allen ein „gesundes neues Jahr“. Außerdem konnte er Alfred Fraas (6.1., CSU) und Dr. Ulrike Kruschke (8.1., BVW) zum Geburtstag gratulieren. Entschuldigt war Peter A. Plöb (CSU).

### TOP 2: Entwicklungskonzept Handel und Versorgung a) Vorstellung des Untersuchungsberichts b) Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept (§ 1 Abs. 6 Ziffer 11 BauGB)

Im Rahmen einer Aktualisierung der Vorbereitenden Untersuchungen von 2002 (Städtebauförderungsmaßnahme) wurde die CIMA Beratung + Management GmbH, München mit der Erstellung eines Wirtschaftsgutachtens und Konzeptes für Handel und Versorgung beauftragt.

Die Ergebnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst, der allen Mitgliedern des Stadtrats mit der Ladung zur Stadtratssitzung vom 20. November 2014 zugegangen ist. Hörmann hatte die Ergebnisse in der Sitzung vom November 2014 vorgestellt und erläutert; das Gremium hatte sich jedoch für eine Zurückstellung der Entscheidung bis zur aktuellen Sitzung entschieden.

Aus der Diskussion am 20. November 2014 ging der Wunsch hervor, im Beschluss auch zum Ausdruck zu bringen, dass notwendige Änderungen auch angestoßen werden sollen; der Beschlussentwurf wurde entsprechend ergänzt.

In der Sondersitzung nun wurde auf eine Wiederholung des Entwicklungskonzepts Handel und Versorgung verzichtet, da es bereits im November von Hörmann ausführlich vorgestellt worden war. Bürgermeister Heilinglechner stieg deshalb sofort in die Diskussion ein.

Annette Heinloth (Grüne) betonte auch auf dieser Sitzung, sie fände das Konzept der CIMA sehr gut. Allerdings wisse sie immer noch nicht, ob mit Übernahme des Konzepts kleinflächiger Einzelhandel in den Stadtteilen nicht mehr möglich sei. „Wir wollen das dort nämlich gerne zulassen“, stellte sie fest. Hingegen sei sie auch gegen großflächigen Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“.

Laut Hörmann sei das kein Problem, da das Konzept keine unmittelbare Auswirkung auf bestehendes Baurecht habe. Läden zur Gebietsversorgung seien in Mischgebieten und allgemeinen Wohngebieten also weiterhin möglich und vor allem, durchaus erwünscht. Und die blieben ja meist unter 800 Quadratmetern, dies sei ja die offizielle Angabe, die großflächigen von nichtgroßflächigem Einzelhandel trennt. Das Konzept wolle dort eingreifen, wo es Risiken für Wolfratshausen gibt. „Und in Waldram ist nicht zu erwarten, dass plötzlich mehrere 799 Quadratmeter große Einzelhandelsunternehmen nebeneinander eröffnen werden, wie an manchen Ausfallstraßen andersorts in Bayern“, prognostizierte er. Die Grundidee des Konzepts sei, die Stärkung der Innenstadt. Dazu müsse der Einzelhandel in den Gewerbegebietslagen gesteuert werden. Eine andere Zahl als Grenze anstatt 800 Quadratmeter könne die Stadt laut Hörmann für sich nicht wählen. Vor Gericht wäre das dann eine willkürlich festgelegte Zahl, die anfechtbar wäre. Wie viel kleinflächigen Einzelhandel und in welcher Größe (bis 799 Quadratmeter, die Red.) eine Stadt zum Beispiel in Wohngebieten zulässt, kann sie in einer Einzelabwägung entscheiden.

Hier hakte Dr. Manfred Fleischer (CSU) noch einmal nach. Was denn sei, wenn der Waldramer Edeka-Markt irgendwann feststellte, nur noch mit einer Marktgröße von über 800 Quadratmetern in Waldram überleben zu können. Laut Hörmann sei dann eine Erweiterung möglich und zum Erhalt des Nahversorgers auch wünschenswert. Allerdings brauche es dafür die Ausweisung eines Sondergebiets, wie auch jetzt schon. Weiter stellte Fleischer fest, dass ja nicht alle Einzelhandel in den Gewerbegebiet als negativ empfänden, wie zum Beispiel das Sportgeschäft im Gewerbegebiet an der Loisch. Welche rechtlichen Auswirkungen das Einzelhandelskonzept auf die Gewerbegebiete hätte, wollte er wissen.

Laut Hörmann werde davon bestehendes Baurecht nicht betroffen, auch bestehender Einzelhandel genieße Bestandsschutz. Allerdings sollte die neue Sortimentsliste bei weiteren Entscheidungen in Betracht gezogen werden. Laut Bauamtsleiter Dieter Lejko ist Einzelhandel derzeit im Gewerbegebiet 1 ausgeschlossen und im Gewerbegebiet 2 – An der Loisch – grundsätzlich zulässig.

Beppo Praller (Fraktionssprecher BVW) erinnerte an die Auflistung der CIMA bezüglich der Umsatzströme der unterschiedlichen Einzelhandelsbetriebe. So habe Hörmann im November im Stadtrat erläutert, dass Wolfratshausen derzeit mit Möbel Mahler im Bayernvergleich der Einzelhandelsflächen gut dastehe, ohne Möbel Mahler jedoch eher unterdurchschnittlich ausgestattet sei. Nun wollte er wissen, ob die CIMA eine ähnliche Aussage auch für die Randsortimente der Discounter und der geplanten BayWa-Erweiterung treffen könne.

Hörmann antwortete ihm, diese Aktionswaren seien unbestimmte Waren, die alle zwei Wochen wechseln. Steuernd könne die Stadt hier nur über die Verkaufsflächen für solche Randsortimente eingreifen. In den aufgeführten Umsatzzahlen im Einzelhandelskonzept seien die Randsortimente bereits enthalten. Interessanter sei für Wolfratshausen, die Lücken in den Bereichen Schuhe, Textil, Sport und Elektrotechnik auszugleichen.

Welchen Einfluss die Anwendung der Sortimentsliste „Wolfratshausener Liste“ durch den Wolfratshausener Stadtrat auf die Städtebauförderung habe, wollte Manfred Menke (SPD) wissen. Laut Hörmann gebe es keine interne Checkliste bei neuen Vorhaben, bei denen ein Einzelhandelskonzept abgefragt werde. Doch sehe es die Regierung von Oberbayern gerne, wenn die Stadt ein Leitbild zur Stärkung der Innenstadt befolge.

Eine Entwicklung des Einzelhandels in allen Stadtteilen wünscht sich Grünen-Rat Dr. Hans Schmid. Er habe den Eindruck, dass die Innenstadt derzeit die gesamte Aufmerksamkeit erhalte. Der Bürgermeister antwortete ihm, dass es bei dem Einzelhandelskonzept eben um die Innenstadt gehe, die das Herz der Stadt sei. Deswegen sei sie besonders schützenswert. Und Hörmann fügte hinzu, die Abgrenzung des Zentralen Versorgungsbereichs erfolge durch Berücksichtigung verschiedener Kriterien. Zum einen werde die historisch gewachsene Struktur betrachtet. „Das Zentrum ist demnach der Ober- und Untermarkt“, stellte er fest. In späteren Jahren habe sich dann meist das Zentrum in Richtung eines Bahnhofs weiterentwickelt, wie in Wolfratshausen auch. Je weiter man sich vom Zentrum entferne, würden die Abstände zwischen dem Einzelhandel immer größer, hier werde dann spätestens eine Grenze gezogen. Schließlich meinte dazu dann noch der ehemalige Bürgermeister Helmut Forster (BVW): „Wir haben den Loischring schon vor Jahren als Innenstadt festgelegt.“

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt war in mehrere Punkte aufgeteilt. Schmid stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass jeder dieser Punkte einzeln beschlossen werden soll. Dies wurde mit zwei Gegenstimmen angenommen.

1. Der Stadtrat nimmt den Untersuchungsbericht der CIMA Beratung + Management GmbH, München vom August 2014 zur Kenntnis und macht sich den Inhalt zu Eigen. Dies wurde mit 20:4 Stimmen angenommen.

2. Der Stadtrat beschließt das im Untersuchungsbericht enthaltene Einzelhandelskonzept als Städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB. Dies wurde mit 21:3 Stimmen angenommen.

3. Der Stadtrat beschließt den vorgelegten „Zentralen Versorgungsbereich“ der Stadt Wolfratshausen.

Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD) stellte fest, das Kraft-Areal sei nicht im Zentralen Versorgungsgebiet enthalten. „Müssen wir dafür dann ein Sondergebiet ausweisen?“. Hörmann bestätigte ihm das. Der Beschluss wurde mit 20:4 Stimmen gefasst.

4. Der Stadtrat beschließt die „Wolfratshausener Liste“ als ortsspezifische Sortimentsliste.

Die Wolfratshausener Liste sieht aus wie folgt:

**Zentrumsrelevante Sortimente:** Arzneimittel, orthopädische und medizinische Produkte, Baby- und Kinderartikel, Bekleidung, Brillen und –zubehör, optische Erzeugnisse, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Drogerie- und Parfümeriewaren, Foto/Film/Zubehör, Glas, Porzellan, Keramik, Geschenkartikel, Haushaltswaren, Haus- und Heimtextilien Bettwaren, Hobby- und Sammelbedarf (z.B. Musikinstrumente, Briefmarken), Lederwaren, Papier- und Schreibwaren, Bürobbedarf, Schuhe, Spielwaren, Sportartikel, Campingartikel, Uhren, Schmuck.

Davon nahversorgungsrelevante Sortimente: Arzneimittel, orthopädische u. medizinische Produkte, Schnittblumen, Drogeriewaren, Parfüm und Kosmetika, Lebensmittel, Nahrungs- und Genussmittel, Reformwaren und Naturkost, Wasch- und Putzmittel.

**Nicht zentrumsrelevante Sortimente:** Autoteile und Autozubehör, Badeeinrichtung, Installationsmaterial, Sanitärerzeugnisse, Baumarktartikel, Bauelemente, Baustoffe, Eisenwaren, Boote und Zubehör, Campingartikel (Zelte, Schlafsäcke etc.) – ohne Bekleidung und Schuhe, Elektronikartikel (Unterhaltungselektronik/ „Braune Ware“), Haushaltselektronik („Weiße Ware“), Computer und Zubehöre, Fahrräder und Zubehör, Farben, Lacke, Tapeten, Teppiche, Bodenbeläge, Gartenartikel, Gartenbedarf, Pflanzen, Leuchten und Zubehör, Möbel, Küchen, Zooartikel, Tiere, Tiernahrung und -pflege.

Hörmann erläuterte noch einmal, warum Lebensmittel als nicht zentrumsrelevant aufgeführt würden: „Das würde sonst im Umkehrschluss bedeuten, dass Lebensmittel nur in Zentren angeboten werden dürfen. Das wollen wir ja auf keinen Fall.“ Selbstverständlich dürften aber ja auch nicht zentrumsrelevante Produkte in der Innenstadt angeboten werden.

Praller erkundigte sich nach der aktuell noch gültigen Sortimentsliste, die für das Gewerbegebiet 1 vor vielen Jahren aufgestellt worden war. Hörmann erklärte, diese behalte erst einmal Gültigkeit. Doch empfehle er der Stadt, sie nicht mehr anzuwenden. Vor Gericht sei sie anfechtbar, da sie auf einer veralteten Systematik beruhe und es „unscharfe Benennungen“ gebe. „In unserer aktuellen Liste benützen wir zum Beispiel die Warengruppensystematik des Statistischen Bundesamts“, so der CIMA-Berater. Die Stadträte erkannten die „Wolfratshausener Liste“ mit 3 Gegenstimmen an.

### TOP 3: Verträglichkeitsuntersuchung für eine großflächige Einzelhandelsnutzung auf dem Grundstück Sauerlacher Str. 25 - Vorstellung des Untersuchungsberichts

Der Grundstücks-, Bau- und Umweltausschuss hat am 10. September 2014 beschlossen, die CIMA Beratung + Management GmbH, Briener Str. 45, 80333 München mit der Verträglichkeitsuntersuchung für Einzelhandelsnutzungen im Zusammenhang mit einem Ansiedlungsvorhaben auf dem sog. „Kraft-Areal“ in Wolfratshausen (Fl.Nrn. 727 und 785/9, Gemarkung Wolfratshausen) zu beauftragen.

Nachdem Vorgespräche mit der Regierung von Oberbayern – Städtebauförderung, dem Büro Plankreis, der Lenkungsgruppe und der CIMA stattgefunden haben, sollte basierend auf den Ergebnissen aus dem gerade erstellten Einzelhandelsentwicklungskonzept eine fachliche Beurteilung aller relevanten und am Standort in Frage kommenden Branchen des Einzelhandels erfolgen, um eine fundierte Bewertungsgrundlage und Hinweise zu möglichen plane-rischen Festsetzungen zu erhalten.

Die Ergebnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst, der allen Mitgliedern des Stadtrates mit der Ladung zugegangen ist. Herr Hörmann wird die Ergebnisse in der Sitzung vorstellen und erläutern.

Geprüft wurde die Maximal-Variante des Vorhabens mit Lebensmittel-Vollsortimenter mit 3.000 Quadratmetern Verkaufsfläche, Lebensmittel-Discounter mit 1.200 Quadratmetern, Bäcker mit 50 Quadratmetern, Drogeriemarkt mit 600 Quadratmetern, Elektrofachmarkt mit 1.200 Quadratmetern, Schuhfachmarkt mit 600 Quadratmetern, Sportfachmarkt mit 600 Quadratmetern sowie Textilfachmarkt mit 500 Quadratmetern.

Laut CIMA darf die Einzelhandelsentwicklung „Kraft-Areal“ keine schädlichen Auswirkungen auf den definierten Zentralen Versorgungsbereich Innenstadt entfalten, soll die Nahversorgung in zentralen Bereichen der Stadt (Innenstadt, Weidach, Teile von Nantwein und nördliches Farchet) verbessert werden, soll die Kaufkraftbindung nach Wolfratshausen verbessert werden, soll das vorhandene Einzugsgebiet wieder stärker an Wolfratshausen binden, soll dazu beitragen, bestehende Kaufkraftabflüsse zu minimieren und gegebenenfalls sogar neue Kunden ansprechen und wichtige identifizierbare Branchenlücken schließen.

Das Fazit: Die Ausrichtung des Vorhabens geht mit den Leitlinien des Einzelhandelskonzepts der CIMA konform.

Untersucht wurde auch die Verträglichkeit in Bezug auf die Landesplanung. Hörmann führte weiter aus, dass die Stadt die Ausweisung von Sondergebieten, in denen Einzelhandel zulässig ist, „fein steuern“ solle. Allerdings dürfe sie dabei nicht willkürlich sein und sich auf grundsätzliche Leitlinien berufen. „Dafür haben Sie ja jetzt das Einzelhandelskonzept beschlossen“, erläuterte er. Bei großflächigem Einzelhandel würden Abwägungsmechanismen zur Pflicht, dazu gehöre auch, die potentiell schädlichen Auswirkungen eines solchen Marktes auf die Nachbargemeinden zu untersuchen.

Wolfratshausen bilde mit Geretsried ein Mittelzentrum. Der Einzugsbereich für die dort geplanten zwei Lebensmittelmärkte liege laut Landesentwicklungsprogramm (LEP) dann bei über 50.000 Einwohnern, für den angedachten Textilmarkt, den Elektrofachhandel und den Schuhladen komme man auf 94.291 Einwohner aus dem Umkreis von Wolfratshausen, die hier einkaufen gehen könnten. „Der Wolfratshausener Einzelhandel hat ein großes Gebiet zu versorgen, das ist eine starke Aufgabe“, betonte er. Aus der Sicht der Landesplanung könnte die Stadt für einen Lebensmittel-Vollsortimenter sogar rund 8.500 Quadratmeter vorsehen, für den Discounter 6.700 Quadratmeter. „Und das einmalig, also nicht alle Lebensmittelmärkte zusammengenommen. Ob das sinnvoll ist, ist eine andere Frage“, stellte Hörmann fest. Die CIMA schlug eine Reduzierung der genehmigungsfähigen Verkaufsfläche im Lebensmittelbereich auf insgesamt 3.300 statt 4.200 Quadratmeter inklusive Randsortimente vor. Die Vorgaben des LEP dürften also unterschritten werden, eine Überschreitung sei nicht angeraten. So halte man sich das Konzept für das Kraft-Areal auch an die Obergrenzen beim Textilfachmarkt, der Elektrogeräte und Unterhaltungselektronik sowie Foto, Sportartikel und Schuhe.

Die CIMA empfiehlt nach erfolgter Verträglichkeitsuntersuchung folgende Verteilung der Quadratmeterzahlen vor: Lebensmittelvollsortimenter 2.100 Quadratmeter, Discounter 1.200 Quadratmeter, Bäckerei 50 Quadratmeter, Bekleidungsfachmarkt 500 Quadratmeter, Sportartikelfachmarkt 1.000 Quadratmeter und Kiosk 50 Quadratmeter. Darüber hinaus wird die Ansiedlung eines Elektronikfachmarkts empfohlen, der aufgrund seines laut Wolfratshausener Liste nicht zentrumsrelevanten Hauptsortimentes bis zur maximalen landesplanerischen verträglichen Verkaufsfläche von rund 2.337 Quadratmeter am Vorhabenstandort genehmigungsfähig ist.

Hörmann sagte, er wisse aus Erfahrung, dass für einen Elektronikfachmarkt nur zwei mögliche Betreiber in Frage kämen – Media Markt/Saturn würden niemals nach Wolfratshausen kommen. Damit sei die Beschränkung der Verkaufsfläche auf 1.500 Quadratmeter durchaus ausreichend. Und auch für Sportgeschäfte gebe es eigentlich nur zwei mögliche Unternehmen, die sich hier ansiedeln würden. Auch hier wären die geplanten Ladengrößen entsprechend.

Die Verträglichkeitsuntersuchung wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen, eine Beschlussfassung war nicht erforderlich.

#### TOP 4: Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 83 für die Grundstücke Fl.Nrn. 727 und 785/9, Gemarkung Wolfratshausen, Sauerlacher Str. 25 – Aufstellungsabschluss

Sachverhalt: Im Juli 2013 behandelte der Bauausschuss einen Antrag auf Vorbescheid für den Neubau eines Einkaufszentrums an der Sauerlacher Straße. Angedacht waren insgesamt zirka 6.000 Quadratmeter Verkaufsfläche auf zwei Ladenebenen, wobei das komplette Obergeschoss durch einen Vollsortimenter belegt werden sollte. Vertreter aller Fraktionen haben im Rahmen der Diskussion betont, dass die Zulassung eines derartigen Projektes nur im Wege einer Bauleitplanung erfolgen könne und dieser u.a. eine Untersuchung der Verträglichkeit für Einzelhandelsnutzungen vorausgehen müsse.

Das Gutachten der CIMA vom 4. November 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Ansiedlung am Standort nicht zu unerwünschten städtebaulichen Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit der Innenstadt als Zentralem Versorgungsbereich in Wolfratshausen und in relevanten Zentren des Umlandes führt, wenn bestimmte Vorgaben eingehalten werden, die im Bebauungsplan festgesetzt werden können.

Die Prüfung der verkehrlichen Aspekte (Gutachten), die notwendige „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ für ein Vorhaben nach § 3c und Anhang 1 Nr. 18.8 UVPG (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) und damit des möglichen Verfahrens nach dem BauGB, sind erst nach einem Aufstellungsbeschluss bzw. der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens möglich.

Auch die frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange ist erst mit dem Ergebnis des Verkehrsgutachtens zielführend.

Um die Planungshoheit des Stadtrats zu verdeutlichen, wurde in den Beschlussentwurf aufgenommen, dass vor der Einleitung förmlicher Verfahrensschritte im Sinne von § 3 Abs. 1 (frühzeitige Unterrichtung der Bürger) und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange) das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Die CSU-Fraktion hatte für die Sitzung einen eigenen Beschlussvorschlag erarbeitet, den Fraktionssprecher Günther Eibl dem Gremium vorstellte.

1. Für den Lageplan vom 20. November 2015; Maßstab 1:1000 schwarz umrandeten Bereich nördlich der Sauerlacher Straße, zwischen Bahngelände und der Straße auf der Haid wird der Bebauungsplan Nr. 83 aufgestellt.

2. Der Bebauungsplan soll auf dem Grundstück Fl.Nr. 727 die Errichtung eines Einkaufszentrums im südlichen Teil, eine wohnwirtschaftliche Nutzung im nördlichen Teil sowie die notwendige Erschließung mit nachfolgenden Eckdaten sichern:

a) Das Sondergebiet „Einkaufszentrum“ darf eine maximale Verkaufsfläche von netto 6000m<sup>2</sup> nicht übersteigen; die Aufteilung der Flächenanteile soll dabei auf der Basis der Verträglichkeitsuntersuchung der CIMA vom 4. November 2014 erfolgen. Das Einkaufszentrum im südlichen Grundstücksteil ist mit einer Höhenentwicklung von UG, EG und OG darzustellen.

b) 4. Im nördlichen Teil des Grundstücks soll eine wohnwirtschaftliche Nutzung erfolgen. Diese ist auf einer Grundfläche von 1300m<sup>2</sup> mit einer Höhenentwicklung von UG, EG, 1.0G und 2.0G darzustellen.

c) Die zulässige Grundfläche für das gesamte Grundstück einschließlich der Anlagen nach §19 Abs. 4 Bau NVO darf einen Wert von 0,8 nicht übersteigen.

3. Für diesen Bebauungsplan ist ein Verkehrsgutachten zu erstellen. Als Basis für das Gutachten ist der Status Quo (S7-Endstation) zu nehmen. Sofern diese Untersuchung zu einem positiven Ergebnis kommt, ist im zweiten Teil des Gutachtens die Tieferle-

gung der S-Bahn unter die Sauerlacher Straße zu untersuchen. Den Gutachter benennt die Stadt Wolfratshausen.

4. Mit dem Investor ist ein städtebaulicher Vertrag bezüglich der Übernahme der Planungskosten (einschließlich notwendiger Gutachten), der Abtretung der notwendigen öffentlichen Verkehrsflächen, einer Vereinbarung über den Anteil von kostengünstigen Mietwohnungen und der Übernahme der Erschließungskosten abzuschließen. Eine Einleitung des Bebauungsplanverfahrens erfolgt erst nach der Unterzeichnung einer entsprechenden Grundzustimmung.

5. Bürgermeister Heilinglechner wird ermächtigt, mit der Fertigung des Bebauungsplanentwurfs ein Architekturbüro zu beauftragen.

„Damit wollen wir dem Investor Leitplanken geben und für Wolfratshausen eine sinnvolle städtebauliche Entwicklung ermöglichen“, fasste Eibl zusammen. Wichtig sei, dass über die Planungen für das Kraft-Areal der dringende Wunsch der Stadt, die S-Bahnverlängerung nur über eine Tunnelösung zu realisieren, nicht vergessen werde. Verwundert über den CSU-Beschlussvorschlag zeigte sich Grünen-Rätin Annette Heinloth. Wenige Tage vor der Sondersitzung hätten sich alle Fraktionssprecher zusammengesetzt, um gemeinsam einen Beschlussvorschlag zu erarbeiten. Dieser hätte unter anderem beinhaltet, dass auch eine Variante mit einem höheren Anteil an Wohnbebauung gegenüber der Einzelhandelsfläche als bisher vorgesehen, durchgerechnet werden solle. Für dieses sehr zentrale Grundstück müsse man sich eine sinnvolle städtebauliche Lösung überlegen. Sie könne sich allerdings nur schwer vorstellen, wie der Investor aus einem Einkaufszentrum mit zweistöckiger Tiefgarage ein „städtebauliches Highlight“ machen wolle. Auch sei es für sie nur schwer vorstellbar, dass hier keine neuen Verkehrsprobleme geschaffen würden. In diesem Zusammenhang erinnerte sie auf die alarmierenden Ergebnisse des Lärmkatasters und, dass die Stadt beschlossen habe, Abhilfe gegen das Lärmproblem zu schaffen. „Selbstverständlich wäre Nahversorgung hier schön“, bestätigte sie. Nachdem das Grundstück der Kraft-Stiftung gehöre, einer Stiftung, deren Zweck die Unterstützung von Senioren ist, könnte bei dem Neubau eben dieser Zweck auch erfüllt werden. Günstiger Wohnraum, fußläufige Einkaufsmöglichkeiten und eine Anbindung an den ÖPNV wären hier gut umsetzbar. Für die Entwicklung des Areals wünscht sie sich eine „Expertenrunde“. Geklärt werden soll dann, was hier wirklich nötig und sinnvoll ist.

Helmut Forster (BVW) erinnerte daran, dass die Diskussion um das Areal schon einige Zeit dauert. Es sei an der Zeit, für den Investor zu einem Ergebnis zu kommen. In dem 40 x 100 Meter großen Baukörper könnten 40 Wohnungen entstehen. „Das Vorhaben wird aber sofort gestoppt, falls das geforderte Gutachten uns sagt, der Verkehr wäre dann nicht mehr handelbar.“ Eine „Expertenrunde“ wie von Heinloth vorgeschlagen brauche er nicht.

Kritisch betrachtet Benedikt Brustmann (BVW) das Gesamtvorhaben. Fraglich sei, ob so ein großes Bauvorhaben für die Umgebung verträglich sei. Auch könne er sich nicht vorstellen, dass hier für den Verkehr eine gute Lösung gefunden werde. „Wenn man eine etwas kleinere Verkaufsfläche einplant, könnte das sich vielleicht positiv auf den Verkehr auswirken. Das sollten wir durch den Gutachter auch untersuchen lassen“, schlug er vor.

Die Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens brachte da Bürgermeister Heilinglechner ins Feld. Um das Projekt rentabel umzusetzen, brauche es laut Investor zwischen 6.000 und 6.500 Quadratmeter Verkaufsfläche. „Das ist die letzte Fläche in Wolfratshausen, die wir für Handel entwickeln können“, betonte er. Man müsse sich also genau überlegen, ob hier nur Wohnbebauung geschaffen werden soll. Deswegen empfehle er dem Stadtrat, den Aufstellungsbeschluss zu fassen. Danach könne die Stadt ihre Wünsche dem Investor mitteilen.

Als „Leuchtturm“ für Wolfratshausen sieht Zweiter Bürgermeister Fritz Schnaller (SPD) das mögliche Einkaufszentrum. Damit könnte es das Isarkaufhaus ablösen, für das derzeit keine Lösung in Sicht sei. Deswegen bat er, ganz entgegen Brustmanns Vorschlag, sogar um eine Erhöhung der möglichen Verkaufsfläche um 500 Quadratmeter gegenüber den im Beschlussvorschlag vorgegebenen 6.000 Quadratmetern. Bei zu wenig Verkaufsfläche befürchte er auch für die Einzelhändler zu wenig Rendite und dann bald wieder Leerstand.

Allerdings dürfe der Baukörper keine „Betonschachtel“ werden. Deswegen habe er sich schon selbst beim Investor über seine Pläne erkundigt. „Es wurde mir versichert, dass hier ein städtebaulich interessantes Projekt realisiert werden könne“, berichtete er.

Dr. Manfred Fleischer (CSU) möchte gerne ein „Signal“ geben, deswegen dürfe der TOP nicht wieder vertagt werden. Ob Wolfratshausen dann das Einkaufszentrum bekomme oder nicht, liege allerdings nicht in der Hand des Stadtrats. „Ausschlaggebend ist, ob es in Bayern möglich ist, einer Stadt mit besonderer Topografie – Bergwald, Isar und Loisach – die Chance für eine Entwicklung zu geben. Dafür sei jedoch die Troglösung für die S-Bahn-Verlängerung nach Geretsried unerlässlich. Er ist sich sicher, der Gutachter werde ausrechnen, Mehrverkehr ist unausweichlich. Wenn es für Wolfratshausen allerdings bei der Schrankenlösung bleibe, dann brauche es eigentlich auch gar keinen Gutachter. Und so könne das Vorhaben Wolfratshausen vielleicht sogar zu einem Tunnel für die S-Bahn verhelfen.

Von dem Konzept nicht überzeugt ist Dr. Ulrike Krischke (BVW). Das Grundstück sei für Nahversorgung gut geeignet, doch der vorgesehene Einzelhandel habe eher nicht Fußgänger oder Radfahrer als Zielgruppe. „Ich glaube nicht, dass einer seine neue Campingausrüstung oder den Flachbildschirm mit dem Fahrrad oder Bus nach Hause bringt“, meinte sie. Die durch das Anfahren des Einkaufszentrums zu erwartenden Verkehrsstau seien aber nicht nur unangenehm, sondern potentiell gefährlich, da in unmittelbarer Nähe das Krankenhaus sei. Auch sie schlage deswegen vor, vom Gutachter eine Variante mit weniger Verkaufsfläche prüfen zu lassen.

An einen Vorschlag für eine Bebauung des Grundstücks, der allerdings schon mindestens zwei Jahre zurückliege, erinnerte Dr. Hans Schmid (Grüne). Hier sei eine reine Wohnbebauung auch als rentabel angesehen worden. „Vier Prozent Rendite sind auch wirklich kein Hexenwerk“, stellt er fest. Er befürchte, dass auf den Stadtrat umso mehr Druck ausgeübt werden könne, je größer der Laden werde. Er befürchte sogar, die Stadträte könnten mit dem Druckmittel möglicher Leerstände erpresst werden. Er schlage vor, verschiedene Alternativen für das Areal untersuchen zu lassen.

„Das Ding auf den Weg bekommen“, will CSU-Fraktionssprecher Günther Eibl. Mit dem Aufstellungsbeschluss gebe der Stadtrat die Leitplanken für die Entwicklung des Geländes vor. Von einer deutlichen Reduzierung der beantragten Verkaufsfläche rate er ab.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

„Ich denke, dann steigt der Investor aus.“ Und so bat er seine Ratskollegen nach rund einstündiger Debatte das Thema nicht „totzureden“. Anette Heinloth (Grüne) widersprach ihm, bei einem so großen Projekt müsse sich der Stadtrat einfach Zeit nehmen. Sie hege sogar die Hoffnung, der Verkehr könne durch eine kleine Lösung hier sogar abnehmen. Vom „Erlebnissfaktor“ beim Einkaufen sprach Forster. Ein Lebensmittelmarkt biete heute kein wesentlich größeres Sortiment, präsentiere es aber anders. Die Erwartungen der Kunden hätten sich gewandelt: im Discounter werde die Waren des täglichen Bedarfs gekauft, im Vollsortimenter werde das Besondere angeboten. „Dafür wird mehr Raum benötigt“, erklärte er.

Einen Kompromissvorschlag hatte Fritz Meixner (SPD): Wie viel Quadratmeter ein Einzelhändler brauche, um gut über die Runden zu kommen, wisse er nicht. „Wenn einer sagt, er braucht 2.000 Quadratmeter, dann glaube ich ihm das“, meinte er trocken. Auch könne er akzeptieren, dass für die Händler eine gewisse Kombination mit anderem Einzelhandel wichtig ist. Und ein breiter Branchenmix steigere dann ja auch die Attraktivität der Stadt. Deswegen schlage er vor, in dem Einkaufszentrum einen Vollsortimenter, einen Sport- und einen Elektroladen einzuplanen. Damit schließe man die Lücken in der Innenstadt. Hinzukommen könnten dann noch ein Kiosk und eine Bäckerei. Insgesamt wären das dann rund 4.800 Quadratmeter Einzelhandelsfläche. Und das hätte er dann auch gerne vom Gutachter untersucht. Grundsätzlich stellte er fest, für Wolfratshausen wäre für solche Entscheidungen ein Leitbild sehr hilfreich. „Aber das fehlt immer noch.“ Aus dem Konzept gestrichen hätte Meixner damit gerne den Discounter. Und auch seine Fraktionskollegin Roswitha Beyer wollte wissen, warum denn zwei Supermärkte dort wichtig wären. Hörmann bestätigte die Aussage Forsters, dass es eben dem sehr nahe sei, wie man heutzutage einkaufe. Er stellte noch einmal fest, dass er das Konzept als sinnvolle Lösung für die Stadtentwicklung Wolfratshausens betrachte. Dank seiner Erfahrung rate er zu einer Verkaufsfläche zwischen 6.000 und 6.500 Quadratmetern.

Beschlossen wurde dann jeder Punkt des wie folgt veränderten CSU-Beschlussvorschlags einzeln:

- 1) Aufstellung des Bebauungsplans für den Lageplan: 22:2 Stimmen
- 2a) Ausweitung der Verkaufsfläche von 6.000 auf 6.500 Quadratmeter: 17:7 Stimmen  
Die Alternative, zwei Varianten jeweils mit 6.500 und 4.800 Quadratmetern Verkaufsfläche untersuchen lassen, wurde mit 8:16 Stimmen abgelehnt.
- 2b) Wohnwirtschaftliche Nutzung von 1.300 Quadratmetern: 21:3 Stimmen
- 2c) Zulässige Grundfläche darf Wert von 0,8 nicht übersteigen: 23:3 Stimmen
- 3) Erstellung Verkehrsgutachten: 24:0 Stimmen
- 4) Abschluss eines Städtebaulichen Vertrags: 24:0 Stimmen
- 5) Beauftragung des Architekturbüros zur Erstellung eines Bebauungsplanentwurfs: 24:0 Stimmen

#### Top 5: Bekanntgaben

Die Sondersitzung 27. Januar ist abgesagt. Die Stadt ist mit den Vorbereitungen noch nicht so weit.

Alfred Fraas (CSU): Das Einzelhandelskonzept sollte veröffentlicht werden. Amtsleiter Franz Gehring bestätigte das, es soll auf Internetseite der Stadt nachzulesen sein.

Gerlinde Berchtold (SPD): Der Veranstaltungskalender der Stadt sei lückenhaft, im Internet sei über die Veranstaltungen in der Loisachhalle keine ordentliche Aufstellung zu finden. Vergeblich gesucht hatte sie unter anderem den Abend mit Dominik Halamek, den Opernball, den Kinderfasching und auch das Starkbierfest. Das sei doch sehr schade, da in der Halle sehr viel geboten sei. An verschiedenen Stellen hätte sie sich die Informationen zusammentragen müssen, gelegentlich erfahre man sogar nur bei München Ticket, was in Wolfratshausen los ist. „Und wir geben schließlich 100.000 Euro für Kultur im Jahr aus, da muss das doch wenigstens auf unseren eigenen Seiten dargestellt werden“, schimpfte sie. Bürgermeister Klaus Heilinglechner stimmte ihr zu. Doch mit der neuen Internetseite, die demnächst online gestellt werde, sei das dann sicherlich besser. Er habe ebenfalls am Wochenende Klagen über fehlende Veranstaltungshinweise erhalten. Und so wies er die Stadtmitarbeiter an, das noch zu aktualisieren.



Hier rot umrandet das Kraft-Areal auf dem das Einkaufszentrum entstehen könnte

## Bekanntmachung

### Vollzug der Straßenverkehrsordnung (StVO);

Anordnung einer Grenzmarkierung im Hans-Urmiller-Ring auf Höhe des Anwesens Hausnummer 46a

Die Stadt Wolfratshausen erlässt als örtlich und sachlich zuständige Straßenverkehrsbehörde aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs aufgrund §§ 44 und 45 StVO in Verbindung mit Art. 2 und 3 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) vom 28. 6. 1990 (GVBl. S. 220), zuletzt geändert durch Gesetz am 7. 5. 2013 (GVBl. S. 246) folgende

#### Anordnung

1. Im Hans-Urmiller-Ring auf Höhe der nördlichen Zufahrt zum Anwesen 46a wird am südlichen Ende der vorgesezten Parkbuch (siehe Foto) eine Grenzmarkierung für ein Halt- und Parkverbot erlassen.
2. Die Anordnung in Ziff. 1 ist durch eine Markierung nach Z 299 darzustellen.
3. Die Beschaffung, Anbringung und Unterhaltung der Verkehrszeichen sowie der Markierung obliegt gemäß § 45 Abs. 5 StVO der Stadt Wolfratshausen.
4. Die Anordnung in Ziff. 1 tritt mit Anbringung des Verkehrszeichens in Kraft.

i. A. Wolfgang Mucha

Neues aus



## „Südtirol und Dolomiten“ Dia-Multivision

Vortrag am 26. Januar 2015 in der Loisachhalle Wolfratshausen

Am 26. Januar 2015 findet in der Loisachhalle der Dia-Vortrag von Hartmut Krinitz über Südtirol und die Dolomiten statt. Selten sieht man Bilder dieser Qualität, das Licht so warm, die Konturen so gestochen scharf...

Hartmut Krinitz zeigt das Land auf seine spezifische Weise und aus seinem professionellen Blickwinkel, der auch Kennern des Landes neue Einblicke verschaffen dürfte.

#### Der Europa-Spezialist

Hartmut Krinitz zählt zu den gefragtesten Vortragsreferenten im deutschsprachigen Raum.

Als professioneller Reisejournalist hat er bei renommierten Verlagen 15 Bildbände und mehr als 40 Kalender zu europäischen Themen veröffentlicht. Seine Bilder erscheinen weltweit in führenden Magazinen.

Seine Dia-Multivisionen wurden mit dem Prädikat „Leicavision“ ausgezeichnet, das für herausragende Fotografie und Rhetorik steht.

Durch regelmäßige, oft monatelange Aufenthalte gewinnt Hartmut Krinitz einen sehr persönlichen Bezug zu den bereisten Ländern und Städten.

Bei seinen Vorträgen verbindet er hochklassige Fotografie, Literaturauszüge, Originaltöne und fundierten Live-Kommentar zu einem eigenständigen Stil.

#### Südtirol – Dolomiten



Das Rezept ist so einfach wie genial: man mische alpenländische und mediterrane Lebensart, stelle die Dolomiten als „schönste Architektur der Welt“ (Le Corbusier) neben palmengesäumte Promenaden, das einsame Leben der Bergbauern neben pulsierenden Metropolen wie Bozen oder Meran und die Fülle von Vinschgau und Kalterer See neben Steinskulpturen wie Rosengarten, Sella und Drei Zinnen, drapiere dazu Almnen und Burgen, Kunst und Küche, drei Sprachen und einen eigenständigen Menschenschlag und nenne das Ganze statt Paradies bescheiden Südtirol.

Eli und Hartmut Krinitz haben sich auf Spurensuche begeben. Zahlreiche mehrmonatige Reisen zu verschiedenen Jahreszeiten führten sie zu Winzern, Apfelzüchtern und Heiligen, in düstere Rüstkammern und heitere Restaurants. Sie lebten auf einer Alm, zogen mit 2000 Schafen über Pässe und Gletscher nach Österreich und querten auf einer mehrwöchigen Wanderung die Dolomiten. Auf diesen Wegen hinter die Kulissen erschloß sich ein „Land im Land“, das trotz seiner wechselvollen Geschichte viel Eigenständigkeit bewahrt hat.

Die Veranstaltung „Südtirol und Dolomiten“ findet am 26. Januar 2015 in der Loisachhalle statt. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr, Einlass ist ab 19 Uhr.

Karten für den Dia Multivisions-Vortrag mit dem Preis von 12 Euro sowie ermäßigt 8 Euro (für Schüler, Studenten, SozialCard-Empfänger, Inhaber von Ehrenamtskarten) zzgl. Gebühren gibt es bei:

**Rathaus Wolfratshausen**, Bürgerbüro, Marienplatz 1, 82515 Wolfratshausen, Tel. 08171/214 0, Fax. 08171/214 252, [info@wolfratshausen.de](mailto:info@wolfratshausen.de), [www.wolfratshausen.de](http://www.wolfratshausen.de)

**Happy Holiday Reisen**, Johannisgasse 5, 82515 Wolfratshausen, Tel. 08171/481544, Fax. 08171/7048, [info@happy-holiday-reisen.de](mailto:info@happy-holiday-reisen.de)

**Reisebüro Hecher GmbH**, Egerlandstr. 58, 82538 Geretsried, Tel. 08171/98120, Fax. 08171/981220

und zzgl. 4 Euro (Abendkassengebühr) an der Abendkasse am Montag, 26. Januar 2015 ab 19 Uhr.

## Volkshochschule Wolfratshausen e.V.

Unser neues Programm erscheint erstmalig erst am 5. 2. 2015 und wird mit dem Isar-Kurier an die Haushalte verteilt. Ab diesem Termin sind dann auch wieder online-Anmeldungen unter [www.vhs-wolfratshausen.de](http://www.vhs-wolfratshausen.de) möglich.

Gerne stehen wir bereits vorab für Auskünfte zu den üblichen Geschäftszeiten zur Verfügung.

Am **Donnerstag, 19. 2. 2015** findet von 17.00 bis 19.00 Uhr im Foyer und Büro der Volkshochschule Wolfratshausen, Hammerschmiedweg 3 ein **Spracheninformationsabend** statt. An diesem Abend werden für Sie Kursleiter für Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch vor Ort sein und Ihnen bei der Auswahl des richtigen Kurses helfen. Gerne können Sie dann auch einen Blick in die Kursbücher werfen. Wir freuen uns auf Sie!

**Information und Anmeldung:** Mo.–Do. von 10.00 bis 12.00 Uhr, Do.–Nachmittag 16.00 bis 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Volkshochschule Wolfratshausen e.V., Hammerschmiedweg 3, 1. Stock, 82515 Wolfratshausen, Tel. 08171/29866, Fax 08171/911462, Internet: [www.vhs-wolfratshausen.de](http://www.vhs-wolfratshausen.de). Anmeldungen per Fax oder Internet sind jedoch immer möglich.